

# 19. DGB-Bundeskongress

## 1. Tag – Sonntag, 16. Mai 2010

(Beginn des Kongresses: 12.05 Uhr)

(Video „Handicap“ – Auftritt Scala & Kolacny Brothers „Schrei nach Liebe“ – Lebhafter Beifall)

### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen zum 19. Parlament der Arbeit, zum 19. Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Mein erster Gruß gilt Euch, liebe Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften unseres Bundes. Ihr werdet in den nächsten vier Tagen Rechenschaft einfordern, die Führung bestimmen, den inhaltlichen Kompass ausrichten und unsere Ziele festlegen. Wir tun dies im Bewusstsein dessen, dass wir sagen können: Nicht zuletzt unser entschlossenes Handeln, das abgestimmte Handeln von Betriebsräten und Gewerkschaften in der Finanzkrise hat eines wieder klar gemacht: Ohne eine starke, freie, unabhängige und entschlossen handelnde Gewerkschaftsbewegung kann die soziale Demokratie nicht existieren, haben die arbeitenden Menschen keinen Schutz. (Beifall)

In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Erfolg im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen, viel Erfolg bei der Stärkung unserer gemeinsamen Gewerkschaftsbewegung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Besonders herzlich begrüße ich die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Herzlich willkommen, Frau Dr. Merkel. (Beifall) Es ist uns eine Ehre, dass Sie gleich zu uns, zu den Vertreterinnen und Vertretern von über sechs Millionen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in Deutschland sprechen werden.

Politik und Wirtschaft, vor allem die abhängig Beschäftigten in Deutschland, in Europa und auch weltweit mussten nach dem Lehman-Zusammenbruch in einen tiefen Abgrund aus haltloser Spekulation, unseriösen Wetten und undurchsichtiger Verstrickung blicken. Hunderte von Milliarden wurden vor anderthalb Jahren in rasender Geschwindigkeit zur Verfügung gestellt, um den Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern. Dass die Finanzhaie jetzt zum Dank für diese Rettungspakete gegen ganze Staaten, gegen den Euro wetten, den Euro gefährden und versuchen, Länder in den Ruin zu treiben, Kolleginnen und Kollegen, das ist und das bleibt eine Schande. (Starker Beifall)

Denn wir wissen doch alle: Diejenigen, die heute gegen Griechenland spekulieren, spekulieren morgen gegen Spanien, gegen Irland, gegen Portugal, gegen Italien und irgendwann, vielleicht sogar bald, auch gegen uns. Letztlich spekulieren sie immer gegen die Schwachen, gegen die sozialen Rechte, gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deswegen war es wohl notwendig, erneut die Rettungsboote auszusenden und nun den Euro zu retten.

Frau Bundeskanzlerin, Sie werden ja sicherlich gleich etwas dazu sagen. Aber erklären Sie uns bitte auch, wie Sie dem Angriffskrieg der Hedgefonds dauerhaft den Garaus machen wollen, dauerhaft! (Starker Beifall) Appeasement-Politik, ein wenig die Märkte beruhigen, reicht da jedenfalls nicht aus.

Neulich titelte eine überregionale Zeitung: „Regierungen schonen die Banken“. Ich frage: Schonen die Banken auch die Regierungen? Die jüngste Entwicklung beweist, die Antwort ist nein.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Die deutschen Gewerkschaften haben außerordentlich verantwortungsbewusst mitgewirkt an der Bewältigung einer Krise, die nicht wir, sondern unseriöse Investmentbanker verursacht haben. Und wir sind auch weiter bereit, unseren Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten. Aber ich sage auch: Bei allem Verantwortungsbewusstsein, unsere Geduld gegenüber Gier und Geiz ist am Ende, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Deshalb mahnen wir heute: Machen Sie diesem Treiben jetzt ein Ende, bevor es zu spät ist. Sorgen Sie auch dafür, dass nicht die kleinen Leute allein die Zeche bezahlen müssen. Und deswegen: Setzen Sie sich für eine wirkungsvolle Steuer auf alle Finanztransaktionen ein. (Beifall) Wir sind zutiefst davon überzeugt: Wir brauchen diese Finanztransaktionssteuer, damit sich kurzfristige Spekulationen nicht mehr lohnen und das Wettbüro wenigstens nicht kostenlos betrieben werden kann. (Beifall)

Da helfen auch Selbstverpflichtungen nicht. Wir haben unsere Erfahrungen damit gemacht. Mit ihnen ist es nicht getan, übrigens nach unserer Überzeugung auch nicht mit der von Ihnen geplanten Bankenabgabe. Das sind aus unserer Sicht keine vernünftigen Alternativen. (Leichter Beifall) Bestenfalls sind sie ein Weichspüler für das schlechte politische Gewissen, aber mit Sicherheit kein Beitrag zur Gerechtigkeit in der Krise.

Frau Bundeskanzlerin, Sie wissen es und wir wissen es: Wir haben Sie unterstützt auf allen G-20-Gipfeln. Wir wollen, dass die Finanzhaie weltweit wirksam bekämpft werden. Aber von London bis Pittsburgh kenne ich nur Ankündigungen, wirklich passiert ist bislang nichts. Wir erwarten von Ihnen: Legen Sie den Zockern endlich das Handwerk, selbst wenn Sie mit der FDP eine kleine Schutzmacht der Spekulanten in der Regierung haben. (Heiterkeit – Beifall) Und ich sage mit Blick auf den vergangenen Sonntag: Es ist ja wenigstens ein Anfang, dass auch Sie nach der NRW-Wahl und nach dem Waterloo, das Sie dort erlebt haben, anfangen umzudenken.

Prinzipiell re-regulieren Sie die Finanzmärkte, Frau Bundeskanzlerin, in Deutschland, in Europa, und erhöhen Sie den politischen Druck, damit auch Kanada und Großbritannien nicht länger blockieren. Aber warten Sie bitte nicht, bis auch die Cayman-Inseln zustimmen oder die Wall Street Mitglied der Ethik-Kommission wird. (Beifall)

Ich glaube, die Botschaft, die von diesem Kongress ausgehen wird, ist: Wir müssen handeln, und zwar jetzt, entschlossen und schnell. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass so etwas, was wir vor anderthalb, zwei Jahren erlebt haben, was wir vor zwei Wochen erleben mussten, sich nicht wiederholen kann und nicht wieder passieren kann, Frau Bundeskanzlerin. (Beifall)

Liebe Gäste, meine Damen und Herren, wenn führende Repräsentanten aus Staat und Gesellschaft dieser Republik, wenn viele internationale Gäste zu uns kommen, dann ist dies auch Beleg für die Wichtigkeit unserer Gewerkschaftsarbeit. Ich heiße Sie, verehrte Gäste, alle herzlich willkommen bei uns. (Beifall)

Stellvertretend für die Unternehmen und Arbeitgeber begrüße ich Dr. Dieter Hundt, den Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände. (Leichter Beifall) Herr Dr. Hundt, wir kennen uns ja lange genug, und meine Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften kennen die Repräsentanten ihrer Arbeitgeberverbände lange genug, als dass wir uns wechselseitig Honig um den Mund schmieren müssten. Denn zu hart sind manchmal die Auseinandersetzungen, die wir miteinander führen. Trotzdem haben wir in den ersten beiden Jahren dieser Krise gemeinsam einen guten Weg zurückgelegt, um die Existenz von Arbeitsplätzen und Betrieben und damit die Zukunft der arbeitenden Menschen und unserer Volkswirtschaft zu sichern. Das Zusammenwirken von Betriebsräten und Unternehmensleitungen, unsere Zusammenarbeit zum Beispiel bei der Regelung zum Kurzarbeitergeld, die Zusammenarbeit der Tarifvertragsparteien, auch der Betriebsparteien hat die Krise abgefedert, und dieses hat Ihnen wie uns geholfen.

Ich kann nur raten: Vergessen Sie es nicht, wenn es wieder aufwärts geht. (Beifall) Denn: Kaum gibt es neue Aufträge, werden wieder nur Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter eingestellt, statt ordentliche Dauerarbeitsplätze zu schaffen. (Beifall) Da werden wieder Betriebsräte verteufelt. Da werden weiter Hungerlöhne gezahlt. Da gelten Unternehmen als verseucht, wenn Beschäftigte versuchen, einen Betriebsrat zu wählen. Das alles ist und bleibt ein Unding.

Sie haben in der Krise gerne die Idee der Sozialpartnerschaft bemüht. Folgen Sie Ihren eigenen Appellen auch, wenn es wieder besser wird. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren aus Unternehmen und Verbänden, es war gut, dass Sie sich in der Krise praktisch von der Ideologie des Shareholder-Value-Kapitalismus losgelöst und auf sozialen Zusammenhalt statt auf Massenentlassung gesetzt haben. Das war richtig. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass Sie sich als Vertreter der Realwirtschaft wesentlich stärker und auch öffentlicher von den Protagonisten des Spekulationskapitalismus abgesetzt hätten. (Vereinzelt Beifall) Denn Hedgefonds und die Hallodris unter den Bankern bedrohen ja gleichermaßen die Arbeitnehmerschaft und anständig wirtschaftende Unternehmen. Auch das sollten Sie, auch das sollte Ihre Seite einmal deutlich machen, meine Damen und Herren. (Beifall)

Im Übrigen: Im vergangenen Jahr haben wir zahlreiche 60-jährige Jubiläen gefeiert – auch das des Tarifvertragsgesetzes. Wir, die Tarifpartner, also die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, haben immer wieder bewiesen, dass wir uns zu unserer gemeinsamen Bedeutung und Verantwortung für die Volkswirtschaft bekennen und uns ihrer sehr wohl bewusst sind. Ich sage sehr prinzipiell: Die Tarifautonomie ist und bleibt für uns unverzichtbar. Sie darf in keiner Weise eingeschränkt oder beschädigt werden. (Beifall) Und ich füge hinzu: Wir werden diese Tarifautonomie als Kern unseres Sozialstaates entschlossen verteidigen. Dazu gehört auch die Tarifeinheit in den Betrieben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns auch über die zahlreichen Politikerinnen und Politiker, die an unserem Kongress teilnehmen – heute, bei den Diskussionen mit den Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien am Dienstag oder bei den Parteienabenden. Ich begrüße die Bundesministerinnen und Bundesminister, zahlreiche Bundestagsabgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien, die Repräsentanten der Arbeitnehmerorganisationen in den Parteien, die Vertreter der Bundesländer, die Vertreter der obersten Gerichte, die Vertreter der Sozialverbände, die vielen Betriebsräte und Jugendvertreterinnen unter uns, die Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirchen, der jüdischen Gemeinden in Deutschland und des Zentralrats der Muslime, die vielen Non-Profit-Organisationen, die Vertreter der Opferverbände, die Überlebenden der Konzentrationslager, die Repräsentanten der Sinti und Roma, die Vertreter der gewerkschaftlichen Einrichtungen, unsere Kolleginnen und Kollegen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Europäischen Gewerkschaftsbundes und der Branchen-Internationalen, der Stiftungen und Medien, aber auch Vertreter zahlreicher Botschaften hier in Deutschland. Ich bitte Sie: Haben Sie Verständnis dafür, dass ich keinen von Ihnen namentlich begrüße. Seien Sie sich sicher: Ihr Besuch ehrt uns, und wir sind dankbar für die Gespräche, die wir heute oder in den nächsten Tagen mit Ihnen führen können. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren. (Starker Beifall)

Als Vertreter meiner Heimatstadt, als Regierenden Bürgermeister dieser Stadt, in der der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen Sitz hat, begrüße ich schon traditionell Klaus Wowereit. (Beifall) Lieber Klaus, Du wirst in Deinem Grußwort sicherlich nicht verleugnen, dass Du seit Dresden auch stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bist. Ich möchte jetzt allerdings zu Dir noch einmal als Repräsentanten meiner Heimatstadt sprechen, als Repräsentanten der Stadt, in der wir tagen. Berlin ist Land und Kommune zugleich und damit wie viele Städte in diesem Land Opfer einer falschen Steuer- und Finanzpolitik. Sei Dir gewiss: Du und die anderen Oberhäupter der Städte und Gemeinden haben die Gewerkschaften an ihrer Seite, wenn es darum geht, die Kommunen mit dem notwendigen Geld auszustatten, das sie brauchen, um ihren Bildungs-, Sozial-, Infrastruktur-, Investitions- und Sicherheitsaufgaben nachkommen zu können. (Beifall)

Ich füge hinzu: Wenn dieses Land eine Finanzreform braucht, dann ist dies nicht eine Schenkung an die Besserverdienenden, sondern eine Stärkung der Gemeindefinanzen, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall) Und dann, Frau Bundeskanzlerin, Herr stellvertretender Parteivorsitzender und viele andere, ist auch eine Überprüfung der völlig unsinnigen Schuldenbremse im Grundgesetz fällig. (Beifall) Auch die größten Fehler einer Großen Koalition kann man rückgängig machen. (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns besonders darüber, dass weit über 200 Gäste aus aller Welt unseren Kongress besuchen. Ihnen und uns allen rufe ich einen Satz in Erinnerung, den eine afrikanische Kollegin im vergangenen Jahr auf unserem Kapitalismus-Kongress sagte. Sie sagte wörtlich: „Diese Welt braucht keine Almosen. Sie braucht Arbeit.“ (Beifall) Und ich füge hinzu: Sie braucht eine gerechte Verteilung des Reichtums, und sie braucht gute Arbeit, also „Decent Work“ – um einen Begriff der Internationalen Arbeitsorganisation aufzugreifen. Diesem Ziel werden wir allerdings nur näherkommen, wenn wir nicht nur gemeinsam von internationaler Solidarität reden, sondern die Globalisierung tatsächlich gemeinsam sozial gestalten. „Tatsächlich gemeinsam sozial gestalten“ – darüber werden wir in diesen Tagen sicherlich noch häufiger auf diesem Kongress sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das Rahmenprogramm für diese Eröffnung bewusst ausschließlich unter das Motto „Mut gegen Rechts“ gestellt. Kulturelle Beispiele aus unserer Anti-Faschismus-Arbeit wie auch die Ausstellung dort hinten im Saal legen Zeugnis ab von unserem Engagement gegen Rechts – überall in dieser Republik. Uns ist es ernst mit der Verteidigung von Menschenwürde, Demokratie und Freiheit. (Beifall) Wir sagen: Wir wollen nie wieder, dass die braune Pest ihren Ungeist über dieses Land, ja über Europa legen kann. Und dass die braune Gefahr allgegenwärtig ist, haben unsere Sorgen an diesem 1. Mai gezeigt, hat der brutale Überfall von Nazis auf die DGB-Demonstration am 1. Mai vor einem Jahr in Dortmund gezeigt. Und ich denke immer noch an den Kollegen, dessen DGB-Bus nach einer Anti-Nazi- und Anti-Kriegs-Demonstration in Dresden im Februar 2009 an einer Raststätte in Thüringen Halt gemacht hatte und der dort von rechten Schlägern so verprügelt wurde, dass er einen Schädelbruch erlitt.

Und nicht zuletzt die Wahlergebnisse in Ungarn oder die Wahlkampfaktivitäten der Rechtsradikalen in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt: Menschenverachtung, Verfolgung von Minderheiten, Antisemitismus sind leider kein Problem von gestern. Der Kampf gegen Rechts ist und bleibt eine ständige Herausforderung für uns alle, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. (Starker Beifall) Dieser Kampf ist auch kein Ritual. Er ist tägliches Bekenntnis und tägliche Notwendigkeit. Denn wenn die Demokratinnen und Demokraten schwach oder müde werden, werden die Neonazis stärker und hellwach. Im Übrigen: So wichtig es ist, dass wir Zivilcourage zeigen, so wichtig ist es auch, dass unser Staat Courage zeigt. (Beifall)

Courage, demokratische Courage, erwarten wir von den Gerichten. Sie dürfen nicht länger mit falsch verstandener Liberalität dem Treiben der Rechten Vorschub leisten, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall) Und wir erwarten das auch von unse-

ren Verfassungsorganen, die endlich ein zweites Verbotsverfahren gegen die NPD einleiten müssen. (Starker Beifall) Das Verbot der NPD und aller neofaschistischer Organisationen ist überfällig.

Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss: Es ist eine gute Tradition, dass wir diejenigen zu unserem Kongress einladen, die in früheren Zeiten Verantwortung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung getragen haben. Ich freue mich, dass Ihr so zahlreich unserer Einladung gefolgt seid. Ich hoffe, Ihr fühlt Euch wohl bei uns, und ich hoffe, dass Ihr noch lange unsere Arbeit begleiten könnt und uns Rat geben werdet.

Stellvertretend für Euch alle begrüße ich die früheren DGB-Vorsitzenden Ernst Breit und Dieter Schulte. (Starker Beifall) Wir freuen uns über den Besuch der früheren stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer und Ulf Fink (Starker Beifall). Und ich freue mich, Euch hier begrüßen zu können, die früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Jürgen Peters, Hermann Rappe, Monika Wulf-Matthies, Detlef Hensche, Roland Issen, Bruno Köbele und Lothar Krauß. Herzlich willkommen! (Anhaltender starker Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen – jetzt wird es noch einmal offiziell –, hiermit ist der 19. Ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unser 19. „Parlament der Arbeit“, eröffnet.

Frau Bundeskanzlerin, ich bitte Sie nun, das Wort zu nehmen. (Anhaltender starker Beifall)

### **Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland**

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Michael Sommer! Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, sehr geehrter Herr Wowereit! Sehr geehrte Delegierte, Gäste, meine Damen und Herren! Ich freue mich, heute bei der Eröffnung des diesjährigen Bundeskongresses des DGB dabei zu sein. Ich bin auch sehr gerne hierher gekommen – nicht nur, weil Sie diese Veranstaltung unter das Motto des Kampfes gegen den Rechtsradikalismus und des Rechtsextremismus gesetzt haben, was ich ausgesprochen wichtig finde. Ich kann Ihnen, Herr Sommer, nur zustimmen: Zivilcourage ist an allen Stellen gefragt – in der Politik, in den Betrieben, bei den Gerichten, im Rahmen des Gesetzes natürlich, aber es ist ausgesprochen wichtig. Die Tendenzen, die Sie auch in Europa genannt haben, sind besorgniserregend, aber eben nicht nur in Europa, sondern auch in unserem eigenen Lande.

Deshalb möchte ich all denen danken, die durch Projekte und durch Initiativen dazu beitragen, dass Rechtsextremismus und Extremismus in jeder Form in unserem Lande keine Chance haben. Die beiden Eingangsbeiträge haben uns ja ein kleines bisschen gezeigt, mit wie viel Enthusiasmus viele, viele Menschen in unserem Land dagegen auftreten. Deshalb ist es richtig, dass Sie das auch unterstützen. (Starker Beifall)

Meine Damen und Herren, seit meinem letzten Besuch beim DGB-Kongress im Jahre 2006 hat sich unglaublich viel ereignet, und vieles von dem haben wir uns, so denke ich, alle gemeinsam nicht vorstellen können. Die politischen Diskussionen werden auch in diesen Tagen weiter davon beherrscht, was die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise uns auferlegt. Wenn ich noch einmal zurückblicke: Die ersten Warnzeichen gab es im Sommer des Jahres 2007 mit den Schwierigkeiten der IKB. Dann gab es eine Schwierigkeit weltweit von Banken mit dem Kulminationspunkt im Herbst 2008. Und wir haben dann einen dramatischen Einbruch der Weltwirtschaft, der Realwirtschaft, erlebt: minus fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. So etwas hat es in den 60 Jahren der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht annähernd gegeben. Der schwierigste Wirtschaftseinbruch – noch einmal zur Erinnerung – war in den siebziger Jahren mit minus 0,9 Prozent und dann im Jahre 2009 mit minus fünf Prozent. Das Ganze hat sich jetzt ausgeweitet in eine Krise auch von Staaten, leider eben auch in Spekulationen gegen den Euro.

Und deshalb, Herr Sommer, kommt die Frage der Menschen nach dem, was wir denn tun, um das einzulösen, was ich immer und immer wieder gesagt habe – wir wollen alles daran setzen, dass sich eine solche Krise nie wiederholt –, mehr als berechtigt. (Zuruf: Und die Antwort?) – Die kommt ja; wir arbeiten uns Schritt für Schritt vor. (Heiterkeit – Beifall) Ich bin jedenfalls so strukturiert; ich komme gleich zu den Antworten. (Beifall)

Dabei ist die Aufgabe natürlich, dass wir zu allererst fragen: Was können wir bei uns zuhause tun, bei uns im eigenen Land. Da haben wir einiges gemacht, insbesondere bei den Vergütungssystemen. Die Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen hat bei der Frage der Vergütung – und nicht nur bei den Vorständen der Banken, die ja oft im Visier sind, sondern bei allen in den Banken – längerfristige Regularien eingeführt. Man darf diese Boni nicht sofort bekommen; man muss Erfolg nachweisen. Wir haben auch Beschränkungen eingesetzt. Wir haben in der Europäischen Union die Finanzmarktaufsicht gestärkt. Aber das ist zum Beispiel einer der Punkte; dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

An diesem Beispiel möchte ich Ihnen darstellen, wo manchmal die Schwierigkeiten liegen. Die Kommission hat einen Vorschlag zu einer Neuregelung der Finanzmarktaufsicht gemacht, entsprechend den G-20-Beschlüssen. Die Kommission hat diesen Vorschlag den Staats- und Regierungschefs und den Finanzministern gegeben. Dabei hat auch Deutschland sehr stark darauf Wert gelegt, dass unsere Märkte, unsere Banken auch von uns sehr stark beaufsichtigt werden; das heißt, dass wir nicht zu viel nach Europa gehen. Man kann also sagen: Wir haben den Vorschlag der Kommission abgeschwächt. Jetzt hat das Europäische Parlament gesagt: Das darf aber auf keinen Fall passieren; wir müssen eher den Vorschlag der Kommission noch verstärken. Und jetzt müssen wir aufpassen, dass wir nicht in einen monatelangen Prozess der Vermittlungen kommen, der dann in weiteren Lesungen im Europäischen Parlament mündet und wir ewig und drei Tage keine europäische Finanzmarktaufsicht bekommen.

Es geht darum, dass nationale Parlamente und Europäisches Parlament hier gleichermaßen arbeiten, und wir werden uns jetzt dafür einsetzen, dass sich das beschleunigt; denn nur dann kann die Richtlinie über die bessere Aufsicht über die Rating-Agenturen auch in Kraft treten, weil die Rating-Agenturen eine neue Aufsicht brauchen, und diese neue Aufsicht in Europa erst einmal beschlossen werden muss.

Wir haben in der Europäischen Union – am Freitag im Rat und jetzt am Dienstag in der Finanzministerkonferenz – endlich die neue Regulierung der Hedgefonds. Leider werden wir dabei Großbritannien überstimmen müssen – nur um einmal deutlich zu machen, wie schwierig das zum Teil ist; aber das geht mit Mehrheit. Aber ich glaube, wir sind uns einig, es ist endlich an der Zeit, dass das in Europa gemacht wird, meine Damen und Herren. (Starker Beifall)

Ich mahne – und der französische Präsident und ich haben uns jetzt in zwei Briefen an die Kommission gewandt –, dass wir dringend eine Regulierung für die sogenannten Derivate und für die Leerverkäufe brauchen. Das eilt, und hier muss mehr Transparenz sein. Auch ein Verbot von Leerverkäufen in bestimmtem Umfang ist dringend notwendig. Wir können das immer nur zeitweise zuhause alleine machen. Ansonsten ist es eine europäische Angelegenheit. Und ich kann nicht mehr und nicht weniger dafür tun – aber das tue ich mit aller Entschlossenheit –, dass hier endlich was auf den Tisch kommt.

All das, was wir tun, wird aber nur bedingt erfolgreich sein, wenn es auch in den Vereinigten Staaten von Amerika umgesetzt wird. Sie können darauf vertrauen, Herr Sommer, ich warte nicht auf die Cayman Islands. Aber die Amerikaner müssen diese Finanzmarktpakete aus den G-20-Beschlüssen auch umsetzen. Denn wir können Derivate regulieren; wir können Leerverkäufe verbieten: Wenn in Chicago oder in New York weiter spekuliert wird, wird es leider keinen Wert haben. Deshalb ist das ganze Problem eines, was nach internationaler Kooperation ruft. Und diese internationale Kooperation – auch darum will ich nicht herumreden – ist mühselig.

Sie war in der Stunde der Not stark, aber sie droht jetzt zu verlangsamen, weil ja alles scheinbar wieder so einigermaßen läuft. Wir werden deshalb jetzt auch in Kanada Druck machen müssen, damit wir da vorankommen. Ich bin den Gewerkschaften, die inzwischen eine sehr wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen, dankbar, und ich darf Ihren Vorsitzenden Michael Sommer hier einmal loben, weil er eine ganz herausragende Rolle dabei spielt. (Zurufe: Einmal? – Beifall) Sonst gibt es ja Lob und Kritik im Zusammenhang mit nationaler Tätigkeit; hier geht es um den internationalen Bereich. (Heiterkeit) Hier darf ich Ihnen sagen, was Sie ja vielleicht nicht jeden Tag erleben, dass ohne Michael Sommer die Stimme der internationalen Gewerkschaften in diesem G-20-Prozess so stark nicht wäre, wie sie ist, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren. (Beifall)

Jetzt zu der Frage, die die Menschen wirklich beschäftigt: Wie können wir die Verursacher mit heranziehen? Da habe ich eine unterschiedliche Meinung zu Michael Sommer. Die Bankenabgabe ist richtig – sie wird im Übrigen auch vom Internationalen Währungsfonds empfohlen –, sie sollte aber nicht das einzige Instrument bleiben. Eine Bankenabgabe ist richtig, weil wir einen Fonds aufbauen müssen, um späteren möglichen Krisen einen solchen Fonds entgegensetzen zu können, damit nicht wieder der Steuerzahler zahlen muss. Das ist die Aufgabe einer solchen Bankenabgabe.

Jetzt sagen Sie wahrscheinlich: „Das ist zu wenig.“ (Zuruf: Ja!) Das ist ja auch klar. Ich habe auch erst gestutzt, sage Ihnen aber: Wir haben jetzt drei Dinge zu schaffen, die G 20 beschlossen hat:

Erstens. Die Eigenkapitalanteile der Banken müssen erhöht werden, damit sie krisenfester werden. Das ist richtig und wichtig, ist auch zum großen Teil schon geschehen.

Zweitens. Die Banken müssen Kredite vergeben können. Ich glaube, das ist in unser aller Interesse. Wir können nicht in der einen Veranstaltung von einer Kreditklemme und in der zweiten Veranstaltung von einer Bankenabgabe sprechen.

Drittens. Das deutsche Bankensystem ist ein ganz spezielles. Schauen wir es uns einmal an. Wir haben die Deutsche Bank; die kann gut eine Bankenabgabe zahlen. Dann haben wir die Commerzbank; die gehört in wesentlichen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, also dem Steuerzahler. Wir haben die HRE; die gehört ganz dem Steuerzahler. Dann gibt es noch wenige kleine Banken. Schließlich haben wir die Volks- und Raiffeisenbanken und die Sparkassen, die sich in der Krise super verhalten haben. Die stellen kein systemisches Risiko dar, und denen können wir auch keine Bankenabgabe abnehmen. Das ist die Realität in Deutschland. (Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass wir in Deutschland eine Bankenabgabe einführen, aber es ist viel wichtiger, dass auch dort, wo die vielen Banken sind, wirklich Bankenabgaben eingeführt werden, nämlich an der Wall Street und in der City of London. Das ist viel wichtiger, und deshalb wünsche ich dem amerikanischen Präsidenten, dass er dafür die Mehrheiten im Abgeordnetenhaus und im Senat bekommt, damit endlich auch dort die Finanzmarktpakete verabschiedet werden können. Wir unterstützen Barack Obama jedenfalls bei seinem Ansinnen; denn nur so kommen wir wirklich voran.

Jetzt zu der Frage der Finanzmarkttransaktionssteuer. Ich habe immer wieder gesagt: Ich habe das Thema mit dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück in die G-20-Diskussion eingebracht. Dadurch, dass wir das so vehement eingebracht haben, haben wir erreicht, dass der Internationale Währungsfonds beauftragt wurde, dazu Vorschläge zu erarbeiten. Der IWF hat jetzt zwei Vorschläge gemacht. Ein Vorschlag beinhaltet die Bankenabgabe, und ein zweiter Vorschlag befasst sich damit, dass die Boni, also die Gehälter, und die Gewinne der Banken besteuert werden sollen. Er schlägt also eine sogenannte Finanzmarktaktivitätssteuer vor, sagt uns aber, dass er von einer Finanzmarkttransaktionssteuer nicht so viel hält, weil sie nicht nur die Banken im Auge hat, sondern weil sie alle Unternehmen, die an den Finanzmärkten arbeiten, zum Beispiel auch die DAX-Unternehmen in Deutschland, mit im Auge hat. (Zurufe) – Ja. Man kann darüber unterschiedlicher Meinung sein. Ich sage nur: Man muss sich überlegen: Was kann man international auch wirklich durchsetzen? Ich kann mühelos für die Finanzmarkttransaktionssteuer sein – mein Gott, das kostet mich gar nichts –, Sie fragen mich nur in vier Jahren: Was ist denn nun daraus geworden? Was haben Sie denn erreicht? Und ich muss Ihnen heute sagen: Wenn der Internationale Währungsfonds eine Finanzmarktaktivitätssteuer fordert und ich eine Chance habe, diese durchzusetzen, aber die andere wahrscheinlich nicht durchsetzen kann, dann werde ich mich für das, was ich durchsetzen kann, entscheiden. Da will ich auch mit offenen Karten spielen. So ist die Welt. (Zurufe)

Ich mache jetzt folgenden Vorschlag: Michael Sommer fährt ja demnächst wieder zu den internationalen Gewerkschaftstagen. Wenn auf diesen Tagungen die G-20-Gewerkschaften gemeinsam die jeweiligen Staats- und Regierungschefs dazu bringen, einhellig eine Finanzmarkttransaktionssteuer zu fordern, dann werde ich mich dem nicht entgegenstellen. (Beifall)

Jetzt haben wir in der letzten Woche erlebt – das war ja ein sehr ernsthafter, ich würde sogar sagen: ein für uns alle vor einiger Zeit noch unvorstellbarer Vorgang –, dass gegen den Euro, unsere Währung, spekuliert wurde. Ich möchte zwei Dinge dazu sagen: Erstens ruft es nach mehr Regulierung, so wie ich es dargestellt habe. Das ist richtig. Aber, meine Damen und Herren, leider ist das nicht die ganze Wahrheit. Leider ist es auch so, dass diese Spekulation nur möglich war und ist, weil es unter den Mitgliedstaaten des Euro erhebliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Stärke und in der jeweiligen Verschuldung gibt. Wenn man dieses Problem einfach ignoriert, wird man in Zukunft keine Ruhe haben. Deshalb war es richtig, jetzt einen Rettungsschirm aufzuspannen – darüber werden wir auch zu beraten haben –, aber wir haben damit nicht mehr gemacht, als dass wir uns Zeit gekauft haben, um die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und in den Haushaltsdefiziten der einzelnen Euroländer in Ordnung bringen zu können.

Meine Damen und Herren, was in Griechenland passiert ist, dass man über Jahre Statistiken gefälscht hat, ist völlig inakzeptabel. Deshalb haben wir jetzt auch gesagt: Eurostat muss mehr Einblicksmöglichkeiten bekommen. Aber dass mehrere Länder in der Eurozone, die ein hohes Defizit von ungefähr 10 Prozent oder etwas weniger haben, so beurteilt werden, dass man glaubt, sie werden diese Schulden in absehbarer Zeit nicht zurückzahlen können, weil ihre Wettbewerbsfähigkeit dazu nicht ausreicht, das ist ein Alarmsignal, wenn man sich die Frage stellt, wie Europa insgesamt gesehen wird.

In diesem Zusammenhang muss ich einen Dissens hier ganz klar benennen. Ich glaube, dass die Schuldenbremse richtig ist. Ich glaube das deshalb, weil wir in der Zukunft vor noch stärkeren Problemen stehen, als wir sie heute schon haben. Wir werden eine Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft haben, und zwar in unserem Jahrzehnt, also im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, stärker als im letzten Jahrzehnt und dann im kommenden Jahrzehnt noch einmal eine noch stärkere Veränderung. Es führt kein Weg daran vorbei, dass wir mehr ältere Menschen haben werden mit einer längeren Lebenserwartung und weniger jüngere Menschen, und dass wir daraus die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft unseres Landes ziehen müssen.

Nun kann man sagen: Die Märkte sind irrational, denen sollte man nicht glauben. Aber es wird auch kein Weg daran vorbeiführen, dass die Beurteilung der Leistungsfähigkeit auch der Bundesrepublik Deutschland davon abhängen wird, wie wir Zukunft gestalten können. Der diesjährige Haushalt – er ist der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet, zu dem stehe ich vollkommen – hat einen Umfang von 320 Milliarden Euro, und davon sind 80 Milliarden Euro Neuverschuldung. Wer glaubt, mit einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung einen solchen Pfad weitergehen zu können, der raubt sich die Zukunftsfähigkeit. Deshalb haben wir mit der Schuldenbremse ein Instrumentarium im Grundgesetz, das uns zwingt – ja, ich sage: das uns zwingt, und das wird nicht einfach –, einen Weg zu gehen, bei dem ab 2016 im Bund nur noch eine Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des BIP möglich ist, also etwa 6 Milliarden Euro. Damit bauen wir noch nicht einen Cent der Schulden ab, die wir schon gemacht haben, sondern wir begrenzen nur die Neuverschuldung. Für die Bundesländer ist ab dem Jahre 2020 keine Neuverschuldung mehr möglich.

Ich weiß, dass das schwierig wird, und ich weiß auch, dass beim Sparen die Frage der Gerechtigkeit ganz weit oben auf der Tagesordnung stehen wird. Aber ich weiß auch: Wenn wir wie heute im Bundeshaushalt mehr als 50 Prozent für Sozialausgaben und dann noch einmal 25 Prozent für Personalkosten und Zinszahlungen haben, werden wir die Zukunft nicht bauen können. (Leichter Beifall)

Das ist die schwierige Aufgabe, vor der wir alle gemeinsam stehen. Deshalb will ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen. Es ist richtig, Herr Sommer, in der Wirtschaftskrise haben die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern in herausragender Weise zusammengearbeitet. Ansonsten hätte die Politik überhaupt nicht agieren können. Und es ist richtig: Es war die Stunde, in der sich gezeigt hat, die Mitbestimmung ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Ein Pfund, das wir haben und das unsere Soziale Marktwirtschaft ausmacht. (Beifall)

Es ist ja fast ein bisschen umgekehrt wie im normalen Leben. Hier muss man sagen, man sollte sich in den guten Zeiten erinnern, wer in den schlechten Zeiten zusammengestanden hat. Normalerweise geht es ja in den guten Zeiten leichter, dass man zusammensteht, und in den schlechten kommt das Exempel auf die Probe. Hier war es gerade umgekehrt, aber es hat sich gezeigt, es hat funktioniert. Und dieses Gut der Sozialen Marktwirtschaft müssen wir im Übrigen als Leitgedanken auch in die Globalisierung hineinbringen, ansonsten werden alle Regeln nichts nützen, wenn das Denken im sozialen Ausgleich, im Miteinander nicht weltweit auch wirklich Kraft bekommt und ganz normal wird wie das Denken bei uns zuhause hier in Deutschland. (Beifall)

Ich sage auch, das ist alles andere als ausgemacht, weil es viele, viele internationale Tendenzen gibt zu sagen, wir machen so weiter, wie wir es immer gemacht haben – um dann in zehn Jahren bedrückt bei uns vor einer Situation zu stehen, bei der wir die nächste Krise haben. Das ist nicht die Politik. Und es ist im Übrigen nicht die Politik der gesamten Bundesregierung, wenn ich das auch einmal sagen darf. Sie können ja versuchen, uns auseinander zu dividieren. Ich bin die Bundeskanzlerin einer christlich-liberalen Koalition und will das hier heute auch noch einmal deutlich sagen. Ja, so ist es. (Heiterkeit) Das hat der Wähler so gewollt. (Heiterkeit)

Der Wähler hat ja dann in Deutschland im Übrigen ziemlich häufig Gelegenheit, seine Meinung wieder zu sagen. Insofern wird das alles auch seinen guten Gang nehmen. (Heiterkeit) Dennoch, und auch das sage ich, eine unserer Stärken der Sozialen Marktwirtschaft ist auch immer gewesen, dass wir selbst bei unterschiedlichen Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat bei den großen Reformprojekten über Jahrzehnte – ob das die Rente war, ob das die Gesundheit war – zusammengestanden haben. Und ich glaube, dies hat Deutschland nicht schwächer, sondern auch stärker gemacht, wenn man die langfristige Stabilität sieht.

Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse ist etwas, was uns mahnt, nicht weiter über unsere Verhältnisse zu leben. Ich habe immer wieder den Satz gesagt – der ist schwer zu verwirklichen, ich will das ganz eindeutig sagen –, wir wollen aus der Krise stärker hervorkommen, als wir in sie hineingegangen sind. Deshalb sage ich auch: Trotz allen Sparens müssen wir weiter Zukunft gestalten. Deshalb wird zum Beispiel das Betreuungsprogramm für unter dreijährige Kinder in Deutschland umgesetzt, weil das dringend notwendig ist, auch im Blick auf den demografischen Wandel und auf die Frage, wie wir mit Kindern umgehen. (Beifall)

Deshalb werden auch die Themen Bildung und Forschung Schwerpunkte dieser Bundesregierung und der nächsten Jahre bleiben. Weil es gar nicht anders geht. (Beifall) Wir werden immer mehr junge Menschen haben mit Migrationshintergrund. Wir werden immer mehr dafür sorgen müssen, dass uns keiner verloren geht. Wir haben miteinander vereinbart – Herr Wowerit weiß das –, dass wir zum Beispiel die Zahl der Schulabbrecher halbieren wollen, dass wir die jungen Menschen ausbildungsfähig machen wollen. Und es ist auf Dauer auch nicht einzusehen, dass die Kinder aus der Schule kommen und als

Erstes die Beitragszahler der Bundesagentur für Arbeit für die Schulabschlüsse sorgen müssen. Da brauchen wir das Geld wirklich woanders, meine Damen und Herren. Auch das muss sich verändern. (Beifall)

Und wir werden etwas tun, das ist auch gesagt worden, für die Kommunen. Ich bin ganz Ihrer Meinung. Wenn es einer Strukturreform bedarf, dann bedarf es einer für die Kommunen. Deshalb hat Wolfgang Schäuble die Kommission eingerichtet zur Neuordnung der kommunalen Finanzen. Aber meine Bitte ist auch – Herr Wowerit ist ja Mitglied des Deutschen Städtetages –, dass wir eine Antwort für alle Städte finden und nicht ganz wenige Städte dann wieder einen Konsens blockieren. Meine Bitte ist auch, dass die kommunalen Spitzenverbände versuchen, eine gemeinsame Meinung zu haben. Dann verhandelt es sich viel besser mit der Bundesregierung und den Bundesländern, meine Damen und Herren.

Das sind die Aufgaben. Ich weiß, dass die Kommunen in einer schwierigen Situation sind. Ich sage das gar nicht anders. Ich habe mir ja einmal angeschaut, was ist in den letzten zehn, zwölf Jahren passiert ist bei den Kommunen, wenn man sich ihre Ausgabenstruktur anguckt. Dann ist es so, dass die Ausgaben für Sozialleistungen massiv gestiegen sind und die Ausgaben für Bauleistungen zum Beispiel dramatisch gefallen sind. Auch da leben wir über unsere Verhältnisse. Auch da müssen wir schauen, wie wir das hinbekommen.

Nur, ich habe vorher über den Bundeshaushalt gesprochen: Auch wir haben erhebliche Defizite. Das heißt, wir können nicht einfach den Kommunen Geld geben und glauben, dass dann alles gut wird. Aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass Kommunen, ohne dass sie Jahr für Jahr mehr Schulden machen und immer mehr Nothaushalte kommen, auf Dauer überhaupt noch eine Perspektive haben, weil es auch die Bundesrepublik als Ganzes verändern würde, wenn kommunal ehrenamtlich Tätige überhaupt nichts mehr zu entscheiden haben, außer den Mangel zu verwalten. Ich weiß das, und deshalb werden wir da alle unsere Kraft hineinsetzen, meine Damen und Herren.

Jetzt ist die Frage: Wie können wir gerade auch in die Zukunft hinein miteinander arbeiten? Da, glaube ich, ist es eine wichtige Anregung des DGB gewesen, dass wir eine Konferenz machen werden mit der Bundesregierung, der Wirtschaft und Forschungsinstitutionen über die Arbeit der Zukunft. Das ist ein riesiges Problem. Aber ich sage auch: Wir müssen alles dafür tun, dass wir natürlich vor allen Dingen auch die Arbeit von heute möglichst gut und möglichst mit geringer Arbeitslosigkeit gestalten können.

Da hat sich erwiesen, dass das Instrument der Kurzarbeit herausragend ist. Es hat uns wirklich die Brücken gebaut hin in eine Zeit nach der Krise. Es sieht auch so aus, dass die Abwrackprämie – viel gescholten, viele Theorien wurden darüber entwickelt – genau ihre Wirkung entfaltet hat, weil die Exporte sich jetzt ganz gut entwickeln und die Inlandsnachfrage in diesem Jahr natürlich etwas geringer ist. Wenn man sieht, was man da für Theorien gehört hat, warum das alles ganz falsch ist, dann glaube ich, ist das absolut richtig gewesen. (Beifall)

Wir haben aus gutem Grund die Kurzarbeit jetzt fortentwickelt und weiter verlängert. Sie nimmt ab, aber sie ist in vielen Bereichen immer noch notwendig. Ich bedanke mich bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern, bei den Betriebsräten, die dafür Sorge getragen haben, dass von diesem Instrument verantwortungsvoll Gebrauch gemacht wurde. Ich bedanke mich bei all denen, die in den Betrieben auch als Betriebsräte dafür gesorgt haben, dass wir viele Flexibilisierungsinstrumente hatten, wie zum Beispiel die Arbeitszeitkonten, dass hier zum Teil ein großes Risiko eingegangen wird, wenn man bei leeren Konten sogar noch einen Wechsel sozusagen auf die Zukunft nimmt. Ich bedanke mich bei den Tarifpartnern, die zum Teil durch sehr, sehr verantwortungsvolle Tarifabschlüsse gezeigt haben, dass die Rettung und die Sicherung des Arbeitsplatzes im Augenblick das Aller-, Allerwichtigste ist.

Deshalb, zur Mitbestimmung habe ich gesprochen, können wir auch darauf setzen, dass wir die Frage der Tarifeinheit hoch werten und die Rechtsprechung, die da kommen kann oder nicht kommen kann, natürlich genau anschauen werden.

Meine Damen und Herren, um ein Thema will ich nicht herumreden. Das ist das Thema, das wir schon vor vier Jahren hatten, nämlich die Frage der flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhne. Ich glaube, dass das nicht die richtige Antwort ist. Ich glaube aber auf der anderen Seite, dass wir alles dafür tun müssen, dass die Tarifautonomie in Deutschland gestärkt wird. Sie ist für mich Ausdruck der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb haben wir auch an den Stellen, wo die Tarifpartner sich geeinigt haben auf branchenspezifische Mindestlöhne, jetzt auch sehr, sehr deutliche Entscheidungen der Bundesregierung gemacht. Die letzte anstehende Entscheidung werden die Pflegeberufe sein, wo wir dann, wenn die Tarifpartner das gemeinsam ausgehandelt haben, auch solche branchenspezifischen Mindestlöhne unterstützen. Und ich sage hinzu: Ein besonderes Augenmerk müssen wir auf die Phase haben, in der die Freizügigkeit in der Europäischen Union eintritt, weil dann natürlich noch mal Verwerfungen auftreten können, die wir heute so noch nicht haben.

Ich glaube ansonsten aber, dass ein einheitlicher flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn die Tarifautonomie schwächen wird. Darüber haben wir vielerlei Diskussionen geführt. Deshalb werden wir auch heute darüber miteinander nicht einig werden. Was ich aber sage, ist – da habe ich die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen gebeten, jetzt mal eine Tarifr Karte zu machen mit den häufigsten Berufen und zu schauen, wo es heute überall weiße Flecken gibt –, denn auch ich habe erkannt, dass gerade in den Dienstleistungsberufen die tariflichen Abschlüsse längst nicht mehr so flächendeckend sind, wie wir das aus der klassischen Industrie gewöhnt waren. Da muss gehandelt werden, meine Damen und Herren, denn sonst wäre das eine Unterminierung der Tarifautonomie.

Ein Thema, das Ihnen sehr am Herzen liegt, ist der Arbeitnehmerdatenschutz. Hier hat der Bundesinnenminister jetzt zum ersten Mal Eckpunkte vorgelegt. Ich glaube, darum wird es eine heiße Diskussion geben. Aber dass wir ein solches Gesetz brauchen, ist, glaube ich, unbestritten, und die Bundesregierung wird genau auf diesem Gebiet weiter handeln.

Meine Damen und Herren, ich will das nicht im Sinne eines Kassandrarufes sagen, aber ich sage, glaube ich, nicht zu viel, wenn ich sage: Vor uns liegen sehr, sehr schwierige Jahre. Sie dürfen eines mitnehmen: Bei allen strittigen Entscheidungen werde ich immer den Gesprächsfaden zu den Gewerkschaften nicht nur aufrechterhalten, sondern intensiv suchen. Bei allem, was wir zu entscheiden haben, ist völlig klar: Es wird in einer Weise geschehen, die das Miteinander und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert und voranbringt. Das wird nicht immer einfach sein. Ich glaube, unser gemeinsames Hauptziel muss sein, möglichst vielen Menschen die Chancen für Teilhabe und damit für Arbeit zu eröffnen.

Wenn ich mir die Frage anschau, was kann man im Bundeshaushalt sparen, dann wäre natürlich das Allereinfachste, dass wir bei den 40 Milliarden Euro – 40 Milliarden Euro! – sparen könnten, die wir für Hartz IV, also für das Arbeitslosengeld II ausgeben, und zwar deshalb, weil wir dann, wenn es gelänge, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, weniger Ausgaben hätten, und die Kommunen hätten für die Kosten der Unterkunft auch weniger Ausgaben. Deshalb hat Ursula von der Leyen jetzt für drei Gruppen Schwerpunkte gesetzt, die, glaube ich, auch von Ihnen mitgetragen werden.

Einmal für junge Menschen. Sie hat sich das angeschaut. In den Niederlanden bekommen die jungen Menschen in ganz kurzer Zeit ein Angebot, damit sie nicht aus dem Arbeitsmarkt herausfallen. Wir haben gesagt, wir versprechen als nächsten Schritt, innerhalb von sechs Wochen bekommt jeder unter 25-Jährige ein Angebot entweder für Arbeit, für Qualifizierung oder für eine Beschäftigung innerhalb des Arbeitsmarktsystems.

Zweitens werden wir uns beschleunigt um die vielen langzeitarbeitslosen Alleinerziehenden kümmern. Meine Damen und Herren, viele würden gerne arbeiten, Sie wissen das, können es aber nicht, weil sie keine Kinderbetreuung haben. Deshalb wird neben dem Ausbau der Kleinstkinderbetreuung, die ich Ihnen genannt habe, den die Bundesregierung ja mit den Ländern vereinbart hat, die Bundesagentur bevorzugt Tagesmütter bereitstellen, die dann die Betreuung der Kinder übernehmen können, damit die alleinerziehenden Arbeitslosen ins Erwerbsleben hineingehen können.

Der dritte Punkt schließt an eine kritische Diskussion an, die wir hier ja auch schon geführt haben. Das ist die Frage der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nur dann, wenn es uns gelingt, die Lebensarbeitszeit zu verlängern - - (Unruhe) - Ich weiß, dass ich mich auf vermintem Gebiet bewege, (Zurufe) aber schauen Sie, wir haben die Rente mit 67. Sie finden das falsch, aber Sie können angesichts der Demografie ja auch nicht ganz wegdrücken, sage ich mal, dass wir da ein Problem haben und dass wir die jüngeren Leute nicht immer mehr belasten können. Jetzt ist eines der Argumente, das Sie mit Recht immer wieder vorbringen: Was sollen Menschen, die mit 55, 56, 57 in hohem Maße keine Arbeit mehr finden, von der Rente mit 67 denken, außer dass man ihnen die Rente kürzen will? (Beifall) Das verstehe ich, ja. (Zuruf) – Nein, da brauchte ich gar nichts zu lernen, das weiß ich von alleine. (Heiterkeit) Wenn nun aber auf der einen Seite die Rente mit 67 durch die demografische Veränderung nicht einfach wegdiskutiert werden kann und es auf der anderen Seite richtig ist, dass man, wenn man früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden muss, keine Akzeptanz dafür finden wird, dann gibt es doch nur eine Möglichkeit, nämlich die Möglichkeit, auch älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben. Dagegen sind Sie doch auch nicht, meine Damen und Herren, oder? Hier würde ich wegen Ihrer öffentlichen Reputation sagen: Ein kleines bisschen einzelner Beifall wäre nicht schlecht. (Heiterkeit – Beifall)

Schauen Sie, was ich Ihnen hier sage, ist doch – dafür bin ich doch hier –, dass ich mit Ihnen über die ehrlichen Gegebenheiten reden muss. Es war schöner, als Norbert Blüm hier noch stand und gesagt hat: Die Rente ist sicher. Aber es war dann hinterher nicht schön, als man gemerkt hat, dass es so einfach nicht ist. Was ich möchte, ist, dass Deutschland einen Weg in die Zukunft geht, bei dem wir uns vor den Wahrheiten nicht drücken und trotzdem den sozialen Zusammenhalt erhalten.

Ich wünsche Ihnen gute Beratungstage, alles Gute, und danke, dass ich hier sein konnte. (Starker Beifall)

(Auftritt Samy Deluxe – Video „Respekt“ – Lebhafter Beifall)

**Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin**

Lieber Michael Sommer, liebe Delegierte des Bundeskongresses, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen in Berlin! Ich freue mich, dass ich anlässlich des 19. Parlaments der Arbeit und des 19. Bundeskongresses hier ein Grußwort sprechen darf. Das ist für mich eine besondere Ehre.

Lieber Michael Sommer, ich finde es nur ein bisschen schade, dass das immer nur alle vier Jahre passieren kann. Ich weiß, dass es für Dich besser ist, alle vier Jahre zu tagen; aber wir müssen immer so lange warten, bis Ihr wieder da seid. Herzlich willkommen in Eurer Hauptstadt Berlin! (Beifall)

Das Motto dieser Auftaktveranstaltung „Mut gegen Rechts“ ist ein Motto, das heute leider immer noch notwendig ist, weil es bedauerlicherweise in unserer Gesellschaft immer wieder nachwachsende Generationen von Menschen gibt, die nichts aus der unsäglichen Geschichte des Nationalsozialismus gelernt haben, die heute offen gegen unsere Demokratie auf die Straße gehen, die mit demokratischen Mitteln versuchen, unsere Verfassung auszuhebeln.

Dies konnten wir erst jüngst wieder am 1. Mai miterleben, als Neonazis versucht haben, den Tag der Arbeit zu missbrauchen – nicht nur die Chaoten in Kreuzberg-Friedrichshain, sondern die Neonazis versuchen zunehmend, den Tag der Arbeit zu missbrauchen. Ich war stolz, meine sehr verehrten Damen und Herren, als am nächsten Tag die Headlines nicht lauteten „Die Krawallmacher haben Berlin zerstört“, sondern „Berlin stellt sich gegen die Neonazis“. Das ist das Verdienst von Bürgerinnen und Bürgern, von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und von Politikerinnen und Politikern, die sich diesen Aufmärschen entgegengestellt und entgegengesetzt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall)

Mögen da Ordnungswidrigkeiten begangen worden sein – ich finde es gut, dass eine Demokratie wehrhaft ist. (Beifall) Eine Demokratie muss auch zeigen, dass sie es nicht zulässt, dass Menschen unsere Freiheit gefährden. Dazu gehört auch, wie Michael Sommer zu Recht gesagt hat, dass endlich das Verbot der NPD wieder auf die Tagesordnung kommt und die Innenminister derjenigen Länder, die das heute noch immer nicht wahrhaben wollen, am erfolgreichen Verbot der NPD mitarbeiten. (Beifall)

Jeder weiß, dass die Mittel der NPD zu 80 Prozent aus Steuergeldern kommen. Ich halte es für unerträglich, dass wir das alles noch mitfinanzieren. Deshalb muss hier gehandelt werden.

Eben ist in dem Musikbeitrag deutlich geworden: Intoleranz, Verfolgung von Menschen ist nicht nur ein Thema von Neonazis, sondern das umfasst unsere gesamte Gesellschaft. Auch da sind die Gewerkschaften immer Verbündete und Partnerinnen und Partner im Kampf gegen Intoleranz, gegen Ausgrenzung. Daher ist es wichtig, dass dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung genommen wird. Deshalb dem DGB ein großes Dankeschön, und zwar nicht nur für den heutigen Tag, wo man Zeichen setzt, sondern auch für die tägliche Arbeit, die dahintersteht.

Wir haben schwierige Zeiten. Ich glaube, das hängt auch mit dem eben beschriebenen Thema zusammen. Gerade in solchen Zeiten müssen wir aufpassen, dass nicht Extremisten die Oberhand gewinnen. Es ist für uns eine Aufforderung, für stabile Verhältnisse in dieser Republik zu sorgen, und zwar alle miteinander, unabhängig von der politischen Couleur, unabhängig davon, ob Arbeitgeberverband oder Gewerkschaft. Keiner kann ein Interesse daran haben, dass hier instabile Verhältnisse entstehen.

Wir befinden uns noch immer in dieser riesigen Wirtschafts- und Finanzkrise, die weltweit die Menschen erschüttert, die Verwerfungen hervorruft, die unterschiedlich sind. Die Bundeskanzlerin hat vorhin die Legende erzählt, aber aus ihrer Sicht. Ich weiß noch, als wir Ende des Jahres 2008 in Dresden zum sogenannten Bildungsgipfel zusammengekommen sind. Das war anschließend ein Maulwurfshügelchen, weil nichts herausgekommen ist, weil sich Länder und Bundesregierung um eine Milliarde Euro zusätzliche Investitionen von der Bundesseite her gestritten haben. Die war nicht da, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die eine Milliarde war nicht da. Zwei Wochen später haben innerhalb von einer Woche Bundestag und Bundesrat die Abschirmung im Umfang von 480 Milliarden Euro beschlossen. Das ging auf einmal. Ich füge hinzu: Das war notwendig. Aber es bleibt doch ein bitterer Beigeschmack, wie sich die Relationen durch internationale Banken Krisen, Finanzspekulationen, hausgemachte Dinge – all das kombiniert sich – verschieben.

Dann haben einige gedacht: Es ist schon wieder vorbei. Nein, es ist eben nicht vorbei. Spätestens mit der Griechenlandkrise ist doch allen einmal deutlich geworden, dass wir noch immer mittendrin sind. Es ist auch deutlich geworden, dass nationale Lösungen allein nicht mehr ausreichend sind, um sich dagegen zu wehren. Wieder mussten Bundestag und Bundesrat in

ganz kurzer Zeit ein Rettungspaket schnüren, diesmal für Griechenland: 22 Milliarden Euro plus einige Summen, die im Kleingedruckten nicht richtig ausgewiesen waren.

Das hielt zwei Tage. Man dachte: Das hält wunderbar, 22 Milliarden Euro sind ja ein riesiger Betrag. Es hielt ganze zwei Tage. Kaum waren die Wahllokale in Nordrhein-Westfalen geschlossen, kam die nächste Botschaft, dass andere Länder genauso gefährdet sind, dass Deutschland erst einmal wieder mit weit über 120 Milliarden Euro dabei ist. Im Rahmen des Kleingedruckten im Zusammenhang mit den 500 Milliarden Euro wird Deutschland noch mehr in die Verantwortung genommen.

Wieder einmal werden die Bürgerinnen und Bürger in die Verantwortung genommen, nicht die Spekulanten. Wieder einmal kommen die Spekulanten und die Finanzhaie davon. Bei denen haben wir nichts davon gehört, dass irgendjemand Schaden genommen hat, der dort spekuliert hat.

Die große Frage, die sich die Menschen in der Republik und selbstverständlich die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Saal stellen, lautet: Wie lange soll das eigentlich noch weitergehen? Wann ist die nächste Krise da? Hat Ackermann recht, der bei Illner eine schöne Plattform bekommen hat, dass das alles nichts nutzt? Und wie lange wird überhaupt noch das gesamte System dort funktionieren können?

Ich möchte hier nicht den Eindruck erwecken, als ob es irgendwo einfache Lösungen gibt. Dies ist sicherlich nicht der Fall. Keiner würde dieses System der Verantwortungslosigkeit dieser Spekulanten von heute auf morgen beseitigen können; da gebe ich der Bundeskanzlerin recht.

Es ist auch selbstverständlich, dass in solchen Notsituationen dem griechischen Volk unsere Solidarität gehört. Auch da zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche. (Lebhafte Beifall) Da sind noch hausgemachte Probleme dabei, ohne Frage. Aber wer heute so tut, als ob man das nicht hätte erkennen können und dass die Griechen so pffiffig waren, das alles zu verbergen, der hat natürlich auch nur die halbe Wahrheit erzählt.

Aber wir sehen, das Griechenland dran ist, wir wissen, dass auch andere Länder in Schwierigkeiten sind. Und da muss Solidarität herrschen. Wir sind stolz darauf, dass es dieses vereinte Europa gibt. Und für Deutschland bedeutet das vereinte Europa auch Frieden in Europa, und deshalb werden wir auch immer wieder den europäischen Gedanken mit aller Kraft verteidigen. Die Gewerkschaften waren immer diejenigen, die das auch nach vorne gebracht haben. Auch da sind wir uns einig, Michael Sommer. (Leichter Beifall) Das geht nur europaweit und international, die Solidarität in Europa ist nicht teilbar. (Beifall)

Aber die Beschreibung dieser Zustände alleine kann doch nicht die Lösung sein. Entweder es ist so, dass Politik nichts machen kann, dann soll man es offen sagen, dann erklärt man seinen eigenen Bankrott und sagt: „Es geht so.“ Oder man muss in der Tat sehen, mit welchen Instrumenten man dagegen arbeiten kann. Und da sind natürlich die Finanztransaktionssteuer oder eine europäische Ratingagentur oder natürlich das Verbot von Leerverkäufen und, und, und ein Instrument.

Die Kanzlerin hat das alles aufgezählt. Aber was hat sie im Prinzip gesagt? Wenn sich Michael Sommer durchsetzt, dann wird sie sich nicht in den Weg stellen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir vertrauen Michael Sommer, aber besser wäre es, wenn Michael Sommer und Angela Merkel gemeinsam in Europa dafür kämpfen würden. Das wäre die richtige Antwort dafür. (Lebhafte Beifall)

Wir wissen doch, dass das von einem Teil der Regierung – die Kanzlerin kam hier heute zwar in Grün-Schwarz an – – (Zurufe) – Ja, ein bisschen Rot war auch dabei. Aber nicht nur der Hintergrund, sondern der Vordergrund ist natürlich dominierend. Bei ihr selber war das so. Wir wissen, dass ein Teil dieser Regierung gar nicht daran denkt, überhaupt etwas zu machen. Wenn eine Partei nichts gelernt hat aus dieser Finanzkrise, dann ist es die FDP, und die ist auch noch stolz darauf. Deshalb braucht man mit denen gar nicht darüber zu reden. Solange sie etwas zu sagen hat, wird sie es verhindern, und zwar mit Absicht, nicht aus Dummheit. (Beifall)

Ich sage auch, diese Kontrolle hat doch nichts mit Ideologie zu tun. Das ist doch hier nicht irgendetwas, was linke Gewerkschaften oder linke Parteien von einer konservativen Regierung fordern, sondern es ist doch eine Frage von Anstand und Moral, dass die Spekulanten nicht weiter erfolgreich sein dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das muss doch im Moment das Ziel aller Demokratinnen und Demokraten sein. (Lebhafte Beifall)

Wir haben eine Situation, in der man über Schuldenbremse reden kann, wie man will. Das Ergebnis dieser Krise, neben den vielen Arbeitslosen, die auch produziert worden sind, neben den Regierungen, die ins Straucheln geraten sind, und den-

Volkswirtschaften, ist in Deutschland, dass alle drei Ebenen in den Ruin getrieben werden, die Kommunen genauso wie die Länder und der Bund. In diesem Zusammenhang über eine Schuldenbremse zu diskutieren, ist schon fast lächerlich.

Frau Roth (CDU), die Präsidentin des Deutschen Städtetages, hat das noch mal deutlich gemacht: 15 Milliarden Euro fehlen den Kommunen in diesem Jahr. Das ist ja nicht einmalig, das bleibt auch in den nächsten Jahren. Bei 15 Milliarden Euro Fehlbetrag in den Kommunen kann man nicht ein verbessertes Kinderbetreuungsangebot finanzieren, dann kann man nicht in die Infrastruktur investieren, dann kann man nicht im demografischen Wandel etwas für die Älteren in unserer Gesellschaft tun. Wer das nicht begreift, der versündigt sich an den Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb brauchen die Kommunen Hilfe von allen, und zwar von den Ländern genauso wie vom Bund. (Beifall)

Wer in einer solchen Phase noch von Steuersenkungen redet, der versündigt sich nun wirklich. Man kann in einem Steuersystem auch umschichten, das wird man bei unterschiedlichen Regierungen nicht verhindern können. Aber Steuervolumen zu entziehen, wenn man diese riesigen Schwierigkeiten hat, geht an der Notwendigkeit vorbei. Es hat ja lange gedauert, bis die Bundeskanzlerin das nach der NRW-Wahl mal gesagt hat. Ob es Regierungspolitik ist, haben wir noch nicht richtig gehört. Sie hat jedenfalls schon mal etwas gesagt. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Erkenntnis. Alles andere wäre fatal. Aber schon die alten Steuersenkungen führen bereits zu einer hohen Belastung. Noch besser wäre es, wenn man den Mut hätte, diese Steuersenkung, beispielsweise die für Hoteliers, zurückzunehmen, damit man mehr Kaufkraft für die Kommunen entfaltet. (Bravo-Rufe – lebhafter Beifall)

Wir werden in unserer Gesellschaft noch stärker den gesellschaftlichen Diskurs pflegen. Es geht darum, wie sich diese Gesellschaft neu ordnet. Wie stellt sie sich den Herausforderungen? Da gibt es Alternativen, und da lautet die Fragestellung: Wollen wir diese solidarische Gesellschaft? Wollen wir Solidarität, die es dort gibt? Wollen wir Gerechtigkeit und wollen wir Arbeit für alle haben? Oder wollen wir eine interessengesteuerte Politik haben? Das sind Alternativen, die liegen auf dem Tisch, und die kann man in der unterschiedlichen Herangehensweise auch spüren.

Ich glaube, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Solidarität will, und zwar nicht eine Solidarität als Almosen gegenüber denjenigen, die etwas schwächer sind, sondern aus Verstand. Auch die Mehrheitsgesellschaft muss verstehen, dass derjenige, der starke Schultern hat, mehr leisten muss als der Schwächere. Sonst funktioniert dieses System nicht. Es kann nicht angehen, dass jemand bettelt und dann ein Almosen kriegt, sondern Erkenntnis muss sein, dass eine solidarische Gesellschaft bedeutet, dass jeder mitgenommen wird, auch die Rentnerin, die in Altersarmut lebt. Sie muss teilhaben können am gesellschaftlichen Leben genauso wie der arbeitslose junge Mensch oder der Mensch mit Migrationshintergrund, der keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat. Solidarische Gesellschaft heißt, für alle ein Angebot zu machen. Das muss unsere Aufgabe sein. Dafür stehen die Gewerkschaften, und dafür steht auch die SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das bedeutet, dass das Thema Mindestlohn endlich mal beantwortet werden muss, aber doch nicht so, wie die Kanzlerin es hier getan hat. Es ist doch eine Schande, dass jemand den ganzen Tag arbeiten geht, sich den Buckel krumm macht. Das gilt für die Friseurin in Dresden genauso wie für den kleinen Angestellten in Wanne-Eickel, die davon leben können müssen, zwar nicht in Saus und Braus, aber doch minimal leben können müssen. Das ist Mindestlohn, und das brauchen wir in unserer Gesellschaft. (Starker Beifall)

Wir wissen, dass dieses Thema bei Gewerkschaften nicht immer unumstritten war, weil es in der Tat auch ein Eingeständnis ist, dass die Tarifautonomie in bestimmten Bereichen nicht funktioniert. Wir wollen das nicht ersetzen, sondern wir wollen eine starke Tarifautonomie. Aber dort, wo es nicht funktioniert, muss der Staat intervenieren. Und dafür muss man stehen. Wo kommen wir denn dahin, wenn heute schon 3,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Aufstocker sind und es politische Kräfte gibt, die das auch noch gut finden und sagen: „Es ist doch schön, dass die Arbeitgeber die Löhne sparen, soll der Staat das doch ausgleichen.“ Das sind dieselben, die Soziale Marktwirtschaft predigen. Nein, Soziale Marktwirtschaft heißt, einen Ausgleich zu schaffen nach dem Motto: für gute Arbeit auch gutes Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Bremen hat das Vergabegesetz schon geändert. Unser Vergabegesetz befindet sich im Gesetzgebungsverfahren. Wir sind noch ein bisschen hinterher. Die 7,50 Euro haben wir ins Gesetz hineingeschrieben. Ihr fordert 8,50 Euro. Das ist sicherlich vernünftig, und das muss auch als Orientierung dienen. Dies ist natürlich nicht der Lohn, den wir fordern. Nein, wir alle wollen einen höheren Lohn, aber es muss einen Mindestlohn geben, und ich glaube, auch das ist keine ideologische Frage mehr.

In allen Ländern der EU gibt es – auch unter konservativen Regierungen – den Mindestlohn. Das ist für mich eine Frage von Moral und Anstand. Schließlich geht es darum, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen vernünftigen Lohn zu zahlen. Viele Arbeitgeber tun dies aus Überzeugung. Viele Arbeitgeberverbände sind für den Mindestlohn. Nur unsere Regie-

rung ist dagegen. Das muss sich ändern. Und wir werden sie so lange treiben, bis sie sich bewegt. Frau Merkel hat sich heute ein bisschen bewegt. Wir werden ihr helfen, damit sie sich noch weiter bewegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das Thema „Kopfpauschale“ ist hier gar nicht angesprochen worden. Ich will nur ein Stichwort nennen: Wir wollen ein gerechtes Gesundheitssystem. Gerecht darf aber nicht bedeuten, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer unverschämten Art und Weise zur Kasse gebeten werden sollen. Es muss ein System sein, bei dem die Gesundheitsversorgung nicht vom Geldbeutel der Patienten abhängig ist. Wir müssen zu einem gerechten System kommen, und die Bürgerversicherung ist das richtige Stichwort – nicht die Kopfpauschale. Damit können wir nicht leben, und damit können auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht leben. (Beifall)

Ich wünsche dem DGB-Kongress einen guten Verlauf. Die Gewerkschaften sind in unserer Gesellschaft wesentliche Träger der Meinungsbildung. Im Pluralismus muss man kämpfen. Die Arbeitgeberverbände und auch andere versuchen, ihren Lobbyismus zu betreiben; das ist auch ihr legitimes Recht. Wer aber eine solidarische Gesellschaft will, wer eine Gesellschaft für alle will, der muss auch Gewerkschaften wollen, und zwar starke Gewerkschaften. Das ist unabdingbar. Sonst wird es in unserer Gesellschaft nicht funktionieren. Deshalb ist es so wichtig, dass dieser Kongress erfolgreich ist. Deshalb ist es so wichtig, dass die einzelnen Gewerkschaften erfolgreich sind. Alles Gute bei Eurer Arbeit! Viel Erfolg! Gemeinsam streiten für eine solidarische Gesellschaft im Interesse aller Menschen in unserer Republik – das ist wichtig für uns alle und für ein vereintes Europa. – Schönen Dank. (Starker Beifall)

(Auftritt Serdar Somuncu – Lebhafter Beifall)

#### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Bevor wir gleich in die Mittagspause gehen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, unseren Gästen zu danken – nationalen wie internationalen. (Heiterkeit) Ich nehme an, die Organisation wird auch daraus lernen. (Heiterkeit – Beifall) Das ist ja das Schöne an uns: Wir sind ja beharrlich, aber auch lernfähig.

Ich möchte mich bei denjenigen bedanken, die heute zu uns gesprochen haben: Zunächst bei der Bundeskanzlerin. Das war eine offene, eine ehrliche Rede; eine Rede, mit der sie uns nicht nach dem Mund geredet hat. Es gab aber ein paar Stellen, wo wir wissen, dass wir sie beim Wort nehmen werden, und zwar sehr schnell. Ich sage noch mal – und ich will jetzt nicht wiederholen, was auch Klaus Wowereit völlig zu Recht gesagt hat –: Die Regulierung der Finanzmärkte, dafür ist keine Zeit; dafür ist absolut keine Zeit. Die Schwierigkeit, die sie beschrieben hat, ist das eine. Die Tatsache, dass faktisch – Manager-Boni hin oder her – nichts passiert ist, um dem Treiben ein Ende zu machen, ist leider auch wahr. Deswegen muss dort etwas passieren, und zwar schnell.

Das, was sie heute gesagt hat, haben wir sehr wohl gehört und auch verstanden, auch in vielen anderen Fällen, was die Tarifautonomie, die Mitbestimmung und andere Fragen betrifft. Und beim Mindestlohn haben wir ja schon gemerkt: In den letzten vier Jahren hat es ja Lernprozesse gegeben. Wir werden alles tun, dass sich diese noch weiter beschleunigen.

Kolleginnen und Kollegen, das Gleiche gilt auch für das, was Klaus Wowereit gesagt hat. Ich meine nicht nur das, was er in seiner Eigenschaft als stellvertretender SPD-Vorsitzender gesagt hat, sondern ich will auch etwas zu dem sagen, was er in Bezug auf die Kommunen gesagt hat. Ich glaube, eine ganz wichtige Botschaft ist – damit wir uns darin nicht missverstehen –: Natürlich wollen wir eine Gemeindefinanzreform. Aber nicht durch Schleifung der Gewerbesteuer; das Gegenteil ist der Fall, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Ich möchte aber auch denjenigen danken, die dieses Rahmenprogramm heute mit organisiert und gestaltet haben. Das fängt bei der Ausstellung, wie gesagt, an und hört bei den Künstlerinnen und Künstlern nicht auf, die übrigens in der Gewerkschaft ver.di gut organisiert sind. (Starker Beifall) Ich nehme an, dass die Kolleginnen und Kollegen diejenigen, die noch nicht den Weg zu uns gefunden haben, auch hier noch an allen Ausgängen viele nationale und internationale Gäste abfangen werden, damit sie entsprechend die Mitgliedsurkunden unterschreiben können, wenigstens aber die Aufnahmeanträge – Aufnahmeanträge! Nicht Aufträge; das wären ja Aufträge dann an uns.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, ich will noch einmal ausdrücklich allen Künstlern danken, weil sie gezeigt haben, mit welcher Vielfalt gerade unsere jungen Kolleginnen und Kollegen auch den Kampf gegen Rechts führen, auch den Kampf gegen alltägliche Intoleranz. Wenn wir heute über Rechts besonders geredet haben, werden wir diese besonders schlimme Erscheinungsform haben. Aber wir wissen doch alle selbst, wie sehr Freiheitsbegrenzung und Intoleranz unser aller Leben tangieren kann. Und die Gewerkschaften sind ja diejenigen, die nun sehr genau wissen, dass man Freiheit, Respekt, Menschenwürde verteidigen muss, weil wir diejenigen sind, die als Allererste dran sind – und andere auch. Deswegen verteidigen wir diese

Republik und Menschenwürde überall – ob es sich jetzt um Fremdenhass handelt, ob es sich um Hass gegen Minderheiten handelt, wo auch immer. Wir wollen eine freie, eine respektable, eine respektvolle, tolerante Gesellschaft. Das ist unser Ziel, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Ich werde mich jetzt gar nicht bemühen, den Namen unseres türkischen oder unseres deutschen Kabarettisten mit türkischem Ursprung auszusprechen; das könnte nur schief gehen, ich werde mich also auf dieses Glatteis nicht wagen. Ich freue mich allerdings, jetzt noch einmal die Gruppe Scala ansagen zu können, eine Gesangsgruppe aus Belgien, die uns mit einer Neuvertonung eines Liedes von Konstantin Wecker mit dem schönen Titel „Sage Nein!“ erfreuen wird.

Bevor ich jetzt die Bühne hier verlasse, will ich sagen: Sie ist sozusagen die Eröffnung unserer gemeinsamen Pause. Da wir gnadenlos überzogen haben, was natürlich nicht schön ist, vertage ich den Kongress, wenn sie fertig sind, auf 15.30 Uhr. Aber dann bitte pünktlich sein!

(Auftritt Scala & Kolacny Brothers „Sag Nein!“ – Lebhafter Beifall)

(Unterbrechung des Kongresses: 13.57 Uhr)

-

(Fortsetzung des Kongresses: 15.35 Uhr)

### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Es ist eine gute Tradition, zu Beginn eines jeden Gewerkschaftskongresses unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen zu gedenken und damit ihr Lebenswerk zu würdigen. Ich bitte nun alle Anwesenden, sich zu erheben. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen) Ich möchte stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen, die von uns gegangen sind, einiger Verstorbener namentlich gedenken.

Wir trauern um Karin Alleweldt, Ramona Barchmann, Sigrid Bartholomy, Georg Benz, Hubert Bittner, Bruno Drexelius, Marta Ebenhoch, Herbert Enderwitz, Fritz Fischer, Jochen Fürbeth, Willi Gensmantel, Heinz Gester, Norbert Haak, Karl Himmelsbach, Dirk Höhner, Margret Honczek, Lothar Hüneke, Ursula Ibler, Adam Georg Kneib, Henry Köster, Mathias Manz, Hans Matthöfer, Hans Mayr, Anni Moser, Heinz Müller, Werner Pfennig, Heinz Putzhammer, Egon Schäfer, Helmut Schirrmacher, Werner Schreiber, Herbert Stadelmaier, Erich Standfest, Karin Trommer, Karl-Heinz Wagner, Erwin Walz, Ewald Wehner, Dieter Wimmer, Klaus-Dieter Zemlin.

Lasst uns aller in Stille gedenken. Wir werden sie nicht vergessen. – Ich danke Euch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt Eure Unterlagen gerichtet, ich habe meine auch gerichtet. Wir kommen nun zur Konstituierung des Kongresses. Der Bundeskongress ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend ist. Der pure Augenschein sagt, dass das der Fall ist. Die Mandatsprüfungskommission hat mir vorläufig mitgeteilt, dass zu Beginn des Kongresses 387 Delegierte anwesend waren. Damit ist der Kongress beschlussfähig. Wir haben 400 Delegierte eingeladen. Ich stelle also hiermit die Beschlussfähigkeit fest.

Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist für diesen Kongress auch eine Antragsberatungskommission benannt worden. Genauer gesagt: Sie ist nach Paragraph 7 Ziffer 9 der DGB-Satzung vom Bundesvorstand in seiner Sitzung am 7. Februar 2010 aus den Reihen der Delegierten gewählt worden. Es handelt sich dabei um Dietmar Schäfers von der IG BAU, Egbert Biermann, IG BCE, Ulrich Freese, IG BCE, Petra Grundmann, GEW, Wolfgang Rhode, IG Metall, Helga Schwitzer, IG Metall, Michaela Rosenberger, NGG, Bernhard Witthaut, GdP, Regina Rusch-Ziemba, TRANSNET, Dina Bösch, ver.di, und Andrea Kocsis, ver.di. Ihr findet die Namen auch in den Beratungsunterlagen auf blauem Papier unter Register 4.

Der Kongress muss die Antragsberatungskommission bestätigen. Ich frage die Delegierten: Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um ein Zeichen mit Euren Stimmkarten. Denkt daran, dass noch so hoch gestreckte Arme nicht ausreichen. Ihr müsst die Stimmkarten benutzen. Dann sehen wir auch gleich, wie die Stimmkarten aussehen. – Herzlichen Dank! Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist einstimmig so beschlossen. Die Antragsberatungskommission ist hiermit bestätigt.

Die Antragsberatungskommission hat aus ihrer Mitte den Kollegen Wolfgang Rhode zum Vorsitzenden bestimmt. Ich bitte Wolfgang Rhode, die Empfehlung der Antragsberatungskommission vorzutragen. Wolfgang, Du stehst bereits an Deinem Rednerpult bei der Antragsberatungskommission. Ich bitte Dich nun, das Wort zu ergreifen.

### **Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Lieber Michael, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bedanke ich mich bei Euch im Namen auch meiner Kolleginnen und Kollegen in der Antragsberatungskommission für Euer Vertrauen. Zu unseren Aufgaben gehört es nicht nur, Beschlussempfehlungen zu den Anträgen zu erarbeiten und auszusprechen. Wir, die Mitglieder der Antragsberatungskommission, bereiten auch Vorschläge für die Konstituierung unseres Kongresses vor. Unsere Vorschläge sind Euch mit den gesamten Kongressunterlagen rechtzeitig zugesandt worden.

Im Rahmen der Konstituierung des Kongresses ist nun gemäß Paragraph 7 Ziffer 11 und Paragraph 13 Ziffer 6 der DGB-Satzung die Geschäfts- und Wahlordnung zu verabschieden. Ihr findet die Geschäfts- und Wahlordnung nach der Tagesordnung auf den blauen Seiten in Euren Beratungsunterlagen unter der Registernummer 2.

Paragraph 1 enthält die Satzungsbestimmungen zur Eröffnung des Bundeskongresses, zur Wahl des Präsidiums und zur Beschlussfassung der Geschäfts- und Wahlordnung.

Auf eine Änderung möchte ich Euch hinweisen. Auf diesem Bundeskongress werden acht Delegierte oder Mitglieder des Bundesausschusses sowie der DGB-Vorsitzende und die stellvertretende DGB-Vorsitzende in das Präsidium gewählt. Beim 18.

ordentlichen Bundeskongress waren das noch sechs Delegierte beziehungsweise Mitglieder des Bundesausschusses, zuzüglich natürlich dem DGB-Vorsitzenden und der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden.

Hinweisen möchte ich Euch aber auch vor allem auf Paragraph 9. Er beinhaltet den gesamten Block an Formalien zu Anträgen, Initiativanträgen und Abänderungsanträgen. Unter Punkt 9.4 findet Ihr die Einreichungsfrist für Initiativ- und Abänderungsanträge. Die Einreichungsfrist ist der Tag der Kongressöffnung, also heute, bis 17 Uhr.

Das sieht auf den ersten Blick etwas knapp aus. Ich weiß auch, dass das die eine oder andere Diskussion hervorgerufen hat. Wir sind uns aber sicher, Kolleginnen und Kollegen, dass die Anträge von Euch schon im Vorfeld bearbeitet wurden. Für das Sammeln der Unterstützungsunterschriften müsste eigentlich die Zeit reichen. Und selbst, wenn diese Zeit nicht reicht, kann ich Euch nur anbieten, dann Eure Änderungswünsche bei der Diskussion der Anträge selber zu artikulieren. Unsere Empfehlung als Antragsberatungskommission ist ja niemals in Stein gemeißelt, sondern wir werden aufmerksam zuhören und versuchen, unter Umständen Eure Anliegen aufzunehmen. Im Übrigen kann die Antragsberatungskommission Euch Unterstützung beim Schreiben von Anträgen anbieten. Da meine ich natürlich organisatorische Unterstützung. Ich bitte Euch, falls Ihr diese Unterstützung braucht, Euch an die Antragsberatungskommission zu wenden. Von Euch aus gesehen rechts neben der Bühne findet Ihr Kolleginnen und Kollegen, die das bei Bedarf organisieren. Damit können wir das dann gleich elektronisch erfassen und in unsere Standards hereinbringen.

Die Antragsberatungskommission wird heute noch die eingereichten Initiativ- und Abänderungsanträge sichten, beraten und Empfehlungen für die Beschlüsse des Kongresses erarbeiten.

Ich möchte Euch ferner auf den Punkt 9.5 hinweisen. Dort ist festgelegt, dass Initiativ- und Abänderungsanträge zu den vorliegenden Satzungsanträgen nicht möglich sind. Darauf haben wir uns in der Antragsberatungskommission nach einer sehr gründlichen Debatte geeinigt. Die Satzung ist die Verfassung unseres Verbandes. Satzungsänderungen sind daher von größerer Bedeutung als andere Beschlüsse. Deshalb müssen den Delegierten Satzungsänderungen so rechtzeitig vor dem Kongress mitgeteilt werden, dass wir genügend Zeit zu einer sachgerechten Vorbereitung haben, und das ist der Hintergrund zu diesem Punkt der Geschäfts- und Wahlordnung.

Kolleginnen und Kollegen, die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme der Geschäfts- und Wahlordnung in der Euch vorliegenden Form.

#### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Danke, Wolfgang. Du hast auf einige wichtige Punkte aufmerksam gemacht. Ich frage die Delegierten, gibt es Wortmeldungen zur vorgelegten Geschäfts- und Wahlordnung? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Geschäfts- und Wahlordnung in der von der Antragsberatungskommission beratenen Fassung. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke, ich habe alle Ja-Stimmen gesehen. Wer ihr nicht zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Einige Gegenstimmen. Wer sich enthalten will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Damit ist der Geschäfts- und Wahlordnung mit sehr, sehr großer Mehrheit gefolgt worden.

Ich übergebe jetzt zum Thema „Wahl des Präsidiums“ wieder das Wort an Wolfgang Rhode.

#### **Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Laut Ziffer 1.2 der eben genannten Geschäfts- und Wahlordnung schlagen wir Euch folgende Kolleginnen und Kollegen für das Präsidium vor. Ihr könnt unseren Vorschlag auch unter der Registernummer 3 abgedruckt sehen. Unser Vorschlag lautet: Robert Feiger von der IG BAU, Edeltraud Glänzer von der IG BCE, Dr. Sabine Gerod von der GEW, Karola Pieschnik von der IG Metall, Erika Albers von TRANSNET, Claudia Wörmann-Adam von ver.di sowie den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes beziehungsweise die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dann die Kollegin Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, und last but not least den Kollegen Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB-Bezirks West. Das ist unser Vorschlag. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen, dass sie sich für die Leitung des Kongresses zur Verfügung gestellt haben. Die Antragsberatungskommission bittet Euch um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

#### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Danke, Wolfgang. Es unterliegt wiederum mir, die entsprechende Beschlussfassung herbeizuführen. Gibt es zum Vorschlag von Wolfgang Rhode und der Antragsberatungskommission zur Zusammensetzung des Präsidiums andere oder weitere Vorschläge? Ich gucke ins weite Rund des Kongresses – ich sehe niemanden. Dann darf ich auch in diesem Fall wieder um die

Abstimmung bitten. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer ent- hält sich? – Bei einer Stimmenthaltung ist der Kongress diesem Vorschlag gefolgt. – Ich bedanke mich.

Wolfgang, Du hast wieder das Wort.

**Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Nach Ziffer 4 müssen wir jetzt eine Mandatsprüfungs- und Wahlkommission wählen, die aus elf Delegierten, männlich und weiblich, besteht. Den Vorschlag der Antragsberatungskommission findet Ihr in den Beratungsunterlagen unter Register- nummer 5. Unser Vorschlag lautet: Ewald Thiel von der IG BAU, Roswitha Uhlemann von der IG BCE, Peter Antoszewski von der IG BCE, Hugo Müller von der Gewerkschaft der Polizei, Ilse Schaad von der GEW, Bertin Eichler von der IG Metall, Dieter Reinken von der IG Metall, Kerstin Meißner von der NGG, Petra Gangl von TRANSNET, Claudia Nowak von ver.di und Ga- briele Menge-Ullbrich, ebenfalls von ver.di

Wir empfehlen Euch, die eben genannten Kolleginnen und Kollegen zu wählen.

**Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Kolleginnen und Kollegen, als Nächstes rufe ich den Punkt 3 der Tagesordnung „Verabschiedung der Tagesordnung“ auf. Ihr findet sie in den Beratungsunterlagen auf blauem Papier mit der Registernummer 1.

Wolfgang, Du hast wieder das Wort.

**Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Ich möchte nur sagen: Die Tagesordnung enthält elf Punkte. Ihr habt sie sicher alle zur Kenntnis genommen. Ich möchte hier darauf verzichten, sie noch einmal einzeln vorzulesen. Wir empfehlen die Verabschiedung dieser Tagesordnung.

**Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Ich frage den Kongress: Kann auf die Verlesung der Tagesordnungspunkte verzichtet werden? Ich glaube, ja, weil Ihr sie alle ausgedrückt vorfindet. Wünscht jemand zur Tagesordnung das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass damit die Tagesordnung verabschiedet ist.

Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir die Tagesordnungspunkte 2 und 3 erledigt. Ich schlage vor, dass wir jetzt eine maximal fünfzehnminütige Pause machen, damit wir alle hier hochkommen können. Dann setzen wir den Kongress ganz ordnungsgemäß fort. Am besten, Ihr bleibt im Saal.

Der Kongress ist unterbrochen. – Herzlichen Dank.

(Unterbrechung des Kongresses: 15.52 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 16.06 Uhr)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit dem Kongress fort. Ich darf Euch im Namen des Präsidiums auf unserem 19. Ordentlichen Bundeskongress recht herzlich begrüßen. Wir danken für das uns ausgesprochene Vertrauen. Lasst uns jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass dieser Kongress auch ein Erfolg wird. Das Parlament der Arbeit beginnt jetzt also mit seinen fünftägigen Beratungen, die unter dem Motto „Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität“ stehen.

Ich glaube, ich spreche in aller Namen, wenn ich sage: Wir hatten eine wirklich tolle Eröffnungsveranstaltung mit dem belgi- schen Mädchenchor und mit Musik von Samy Deluxe. Ich frage die Kolleginnen und Kollegen von ver.di, ob der jetzt auch organisiert ist. – Sie sind dabei. Wir gehen davon aus, dass er ab morgen Mitglied ist.

Auch das Kabarett von – Michael, ich versuche es jetzt; ich hatte allerdings einen richtigen Wettbewerbsvorteil, weil ich den Namen in der Mittagspause üben konnte – Serdar Somuncu war hervorragend.

Wir sagen als Präsidium recht herzlichen Dank – ich denke, in Euer aller Namen – den Organisatorinnen und Organisatoren für diese tolle Eröffnungsveranstaltung. Ihr habt einen tollen Job gemacht und gute Arbeit. Herzlichen Dank. (Beifall)

Auch das Thema, Kolleginnen und Kollegen, war richtig gewählt: Mut gegen Rechts. Das sollte uns noch mehr Mut machen, aktiv gegen die braunen Rattenfänger vorzugehen.

Danke auch noch einmal an Michael Sommer und Wolfgang Rhode für die Einstimmung auf unseren Kongress.

Bevor wir mit unserer Tagesordnung fortfahren, darf ich einige notwendige organisatorische Hinweise geben. Wolfgang Rhode hat es bereits angesprochen: Initiativ- und Änderungsanträge sind bis heute 17 Uhr an der Wortmeldestelle abzugeben, vorzugsweise ausformuliert und, wenn möglich, in Papierform.

Zum Ablauf des Kongresses darf ich bekannt geben, dass sich der Kongressfahrplan, der Euch allen in den Unterlagen vorliegt, noch einmal ändern könnte. Das Präsidium behält sich vor, darüber zu entscheiden. Wir werden Euch unverzüglich über eventuelle notwendige Änderungen informieren.

Aus medienrechtlicher Sicht dürfen wir noch darauf hinweisen, dass der DGB-Kongress live im Internet übertragen und anschließend zu dokumentarischen Zwecken in der gesendeten Fassung online archiviert wird. Wir bitten Euch, dies auch bei Euren Wortbeiträgen zu berücksichtigen. (Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bitten Euch auch, das Rauchen auf die Pausen zu beschränken. Rauchen ist ausschließlich außerhalb des Gebäudes erlaubt. Zugänge nach draußen gibt es über die Pausenfoyers.

Ich komme zu einer zwar üblichen, normalerweise aber ziemlich zweck- und hoffnungslosen Aufforderung zum Thema Handys. Wir machen Euch den Vorschlag, dass im Plenum die Benutzung von Mobiltelefonen nur im Lautlos-Modus erlaubt ist; also bitte nicht den üblichen Wettbewerb der originellsten Klingeltöne veranstalten. Draußen in den Pausenfoyers können die Handys natürlich uneingeschränkt benutzt werden.

Außerdem befinden sich im Hotelbereich öffentliche Telefone. Ich wusste gar nicht, dass es die noch gibt. Auch hier ein Gruß an die Kolleginnen und Kollegen von ver.di, Stichwort: Telekom.

Für das Präsidium und die GBV-Mitglieder gilt – Michael tut gerade das Entsprechende –, dass die Handys in Mikrofönnähe generell abgeschaltet werden. Michael, vielen Dank.

Reisekostenabrechnungen bitte ausgefüllt und unterschrieben mit allen notwendigen Belegen bis spätestens morgen, also Montag, 17. Mai, 12 Uhr bei der DGB-Reisekostenstelle abgeben.

Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt die ehrenvolle und auch angenehme Aufgabe, den heutigen Geburtstagskindern zu gratulieren. Das Präsidium wünscht der Kollegin Katrin Altmann, Delegierte der IG BCE, und der Kollegin Lea Marquardt, Delegierte der IG Metall, sowie dem Kollegen Manfred Köppl, Delegierter der IG BCE, alles, alles Gute zum Geburtstag. Viel Gesundheit und uns allen einen erfolgreichen Kongress! (Beifall)

Ich darf Euch bitten, kurz nach vorn zu kommen. Wir haben natürlich auch Geschenke vorbereitet. (Beifall)

Der Kollege Manfred Köppl ist noch nicht anwesend. Wir übergeben das Geschenk dann später oder morgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie geht es jetzt weiter? Für das Präsidium habe ich gesagt, dass ich Euch nun durch den Nachmittag führen werde. Das heißt, ich werde die mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht des GBV und die Aussprache dazu leiten. Unsere Planung ist, diesen Tagesordnungspunkt heute auch abzuschließen.

Der Geschäftsführende Bundesvorstand wird jetzt seine mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht geben. Dabei wird als Erstes unser Vorsitzender Michael Sommer sprechen. Es ist vereinbart: Er hat für den Gesamtbereich eine Redezeit von 20 Minuten. Dann kommen die stellvertretende Vorsitzende Ingrid Sehrbrock mit zehn Minuten und die weiteren Vorstandsmitglieder Dietmar Hexel, Anneli Buntenbach und Claus Matecki mit ebenfalls zehn Minuten. Anschließend kommt der Bericht der Revisionskommission. Dann kommen wir zur Aussprache, zur Beantwortung und Erwidern der Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstands.

Die Wortmeldestelle wird ab sofort Eure Wortmeldungen annehmen. Auch darauf sei bereits jetzt hingewiesen: Die Wortmeldestelle ist hier vorne, von uns aus gesehen rechts, aus Eurer Sicht links.

Dann bitte ich unseren Vorsitzenden um seine mündlichen Ergänzungen zum schriftlichen Geschäftsbericht. – Michael, Du hast das Wort.

**Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Euch liegt der schriftliche Geschäftsbericht für die Jahre 2006 bis 2009 vor. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist eine Menge passiert, was meine Kolleginnen und Kollegen aus dem GBV und ich Euch mündlich berichten werden.

Da war zum Beispiel das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Kindersätzen bei Hartz IV. Die Richter haben uns in unserer Auffassung bestätigt, dass die Hartz-IV-Sätze zu niedrig sind und dass das System an sich ungerecht ist. Ich füge hinzu: Ich finde es schon bemerkenswert, dass sich die ganz große Koalition, die das Hartz-IV-Gesetz zum Schluss nach Bundestag und Bundesrat zu verantworten hat, von unserem obersten Gericht bescheinigen lassen musste, dass dieses Gesetz gegen Artikel 1 unseres Grundgesetzes, also gegen die Menschenwürde verstößt. Deswegen fordern wir den Gesetzgeber auf, echte Konsequenzen aus diesem Urteil zu ziehen, Tricksereien zu unterlassen und endlich die Regelsätze für Erwachsene und Kinder auf ein einigermaßen menschenwürdiges Niveau zu heben.

Unwürdig ist hingegen, dass der FDP-Vorsitzende das sogenannte Lohnabstandsgebot ins Feld geführt hat, um seine Antisozialstaatskampagne zu garnieren und letztendlich auch die Hartz-IV-Sätze zu senken. Wir haben uns mit ihm breit auseinandergesetzt. Ich will das nur auf einen kurzen Punkt bringen. Wir halten dem Vizekanzler entgegen: Nicht Hartz IV ist zu hoch, die Löhne sind zu niedrig. (Beifall)

Löhne von drei, vier oder sechs Euro die Stunde sind skandalös, davon kann man nicht leben. Wenn Menschen in Vollzeit arbeiten und trotzdem zum Jobcenter müssen, um über die Runden zu kommen, dann ist das schlicht Ausbeutung.

Um auch dieses hier klar zu sagen: Arbeitgeber, die Hungerlöhne zahlen, begehen Missbrauch, sie missbrauchen staatliche Leistungen, und sie versündigen sich an der gesellschaftlichen Solidarität. Dies beim Namen zu nennen, zu kämpfen gegen die krakenhafte Ausweitung des Niedriglohnssektors, einzutreten für Branchenmindestlöhne, ebenso für den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, haben die Arbeit des DGB, haben auch meine Arbeit in den vergangenen vier Jahren entscheidend geprägt bis in diese Tage und Monate hinein, wenn ich nur an den Kampf um die Mindestlöhne bei der Pflege denke oder an den schwierigen, aber letztendlich erfolgreichen Streik für einen Mindestlohn im Gebäudereinigerhandwerk, der ja jetzt auch endlich nach dem Entsendegesetz für allgemein verbindlich erklärt wurde. Kolleginnen und Kollegen, das war deshalb so wichtig, weil wir in einer Branche, in der es Not tat, durch Arbeitskampf einen Mindestlohn zu erreichen, auch wirklich Flagge zeigen und uns durchsetzen konnten.

Insgesamt will ich feststellen: In unserem Kampf für menschenwürdige Entlohnung, aber auch für die menschenwürdige Behandlung von sozial Schwachen, also diejenigen, die in irgendeiner Form auf Hartz IV angewiesen sind, hat uns das Urteil des Verfassungsgerichts Schubkraft gegeben. Und in Verhandlungen mit dem Bundesarbeitsministerium haben wir neue Branchenmindestlöhne mindestens auf den Weg bringen können.

Das alles sind Schritte in die richtige Richtung. Aber ich bleibe dabei: Wir haben es erst geschafft, wenn alle Branchen ins Entsendegesetz einbezogen werden und wenn es eine klare Untergrenze für alle gibt: Arbeit kostet mindestens 8,50 Euro die Stunde und keinen Cent weniger, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Der zweite zentrale Schwerpunkt unserer Arbeit war und ist die Kampagne „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Das gilt in mehrfacher Hinsicht. Dass Frauen 60 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes vielfach weniger verdienen als Männer, die schlechteren Jobs haben und Arbeitslosigkeit und Armut in weit größerem Maße sie betreffen als Männer, ist ungeheuerlich und unannehmbar für die Frauen und natürlich auch für die betroffenen Männer. Aber es geht hier um die Unterschiede, die nach wie vor zwischen den Geschlechtern ganz offensichtlich in diesem Land zu Lasten von Frauen gemacht werden.

Ich füge hinzu: Diese Ungleichbehandlung ist offensichtlich auch eine ökonomische Dummheit. Die Wirtschaft ist ebenso auf die Frauen, ihr Wissen und ihre Gestaltungskraft angewiesen wie die gesamte Gesellschaft. Und dass es meist die Mütter sind, die Kinder allein erziehen und schon deshalb oft keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, ist ein Unding. Ich begrüße deshalb die Initiative der Bundesarbeitsministerin, die die Jobcenter verpflichten will, Alleinerziehenden Betreuungsplätze für Kinder zu vermitteln. Nach der Äußerung der Bundeskanzlerin von heute Morgen füge ich hinzu: Das kann nicht nur über Tagesmütter geschehen. Aber ich glaube, darüber sind wir uns einig. Prinzipiell jedoch ist das, was die Bundesarbeitsministerin in diesem Frühjahr angekündigt hat, richtig, selbst wenn einige Herren dies noch immer nicht verstanden haben.

Kolleginnen und Kollegen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit fordern wir auch für Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen. So haben wir mit den großen Zeitarbeitsverbänden neue tarifliche Mindeststandards gesetzt. Wir arbeiten an einem Branchenmindestlohn für die Zeitarbeit. Und wir befinden uns in Gesprächen mit dem Bundesarbeitsministerium, um dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zwischen Stammebelegschaften und Leiharbeitsbeschäftigten auch uneingeschränkt gesetzlich Geltung zu verschaffen und diesen durchzusetzen. Dazu bedarf es Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Gespräche mit dem Bundesarbeitsministerium dazu sind aufgenommen worden; sie sind noch nicht abgeschlossen, sie haben auch noch nicht zum Erfolg geführt, und ich bin sehr gespannt, was uns dazu die Arbeitsministerin in dieser Woche zu sagen haben wird.

Denn wir müssen und wir werden Bestrebungen der Arbeitgeber, die glauben, mit Leiharbeit ihre Belegschaften spalten und die Kernbelegschaften unter Druck setzen zu können, einen Riegel vorschieben. Und wenn wir als Gewerkschaft von Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität reden, dann meinen wir das auch so. Wir wollen Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle im Betrieb, also für alle Beschäftigte sowohl in den Verwaltungen im öffentlichen Dienst als auch in privaten Unternehmen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Lasst mich einen kurzen Rückblick auf den September 2009 machen. Nach der Wahl im September 2009, nach dem Sieg von Schwarz-Gelb standen die Zeichen für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gerade günstig. Trotz der Erklärungen der Bundeskanzlerin zur Tarifautonomie und zur Mitbestimmung, die sie auch heute Morgen wiederholt hat, verhielt der Koalitionsvertrag in weiten Teilen nichts Gutes. Inzwischen können wir sagen: Wir haben Schlimmeres verhindert. Ich füge allerdings sehr deutlich hinzu: bislang jedenfalls. Denn letztendlich waren gerade die vergangenen Monate von den Wahlen und dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen und einer fast nicht zu ertragenden Politikstarre gekennzeichnet, die dazu führte, dass sich in diesem Land nichts bewegte, also auch nichts vorwärts bewegte. Deswegen ist unsere Aufmerksamkeit erneut gefordert.

Ich habe folgenden Eindruck: Auch bei manchen Konservativen hat sich herumgesprochen, dass sozialer Friede ohne uns, ohne die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ohne die Gewerkschaften nicht zu haben ist. Das ist in einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise, wie wir sie gerade erleben, von zentraler Bedeutung. Und deswegen haben wir uns eingemischt. Deswegen haben wir unseren Einfluss genutzt. Es ging und geht darum, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen vor Arbeitslosigkeit zu schützen und möglichst viele Arbeitsplätze über die Krise zu retten. Das war auch ein Grund, warum wir vor und hinter den Kulissen dafür gestritten haben, die Kurzarbeitergeld-Regelung weit bis ins nächste Jahr fortzuführen, und in diesem Sinne konnten wir auch einen kleinen oder mittelgroßen Fortschritt erzielen.

Kolleginnen und Kollegen, neben dem, dass wir die Krise für die Betroffenen abmildern wollten, wollen wir natürlich eines – das hat die heutige Eröffnungsveranstaltung auch deutlich gemacht –: Wir wollen, dass die Krisenlasten gerecht verteilt werden. Denn es kann doch nicht sein, dass die Großen gerettet werden und dass die kleinen Leute die Zeche zahlen müssen.

Es geht aber um mehr. Es geht darum, dass wir verhindern müssen, dass sich eine solche Krise wiederholt. Auf unserem Kapitalismus-Kongress haben wir Argumente gesammelt, Bündnispartner aus Wissenschaft und Gesellschaft aufgerufen, sich an unserer Seite einzumischen, und gemahnt, umzudenken und gegenzulenken. Diesem Kapitalismus-Kongress sind bis heute sehr, sehr viele kleine und große Veranstaltungen gefolgt, weil wir auch wollten, dass die Diskussion um eine soziale Regulierung dieser Marktwirtschaft, um die soziale Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems in die Fläche getragen wird. Ich will ankündigen, Kolleginnen und Kollegen: Wir planen im Herbst eine Fortsetzung des großen Kapitalismus-Kongresses hier in Berlin.

Wir haben aber auch machtvoll demonstriert. Wir haben demonstriert, weil wir es ernst meinen. Eine halbe Million Menschen ist vor einem Jahr in Berlin, Prag, Madrid und Brüssel auf die Straße gegangen, und ich kann Euch sagen: Die Botschaft ist sehr wohl angekommen. Die Regierungen haben die Warnung gehört. Sie müssen sie jetzt auch ernst nehmen, und vor allen Dingen müssen sie sie auch umsetzen. Ich warne erneut: Wir müssen immer wieder Druck machen. Denn wir wissen: Die Regierenden und insbesondere die Mächtigen vergessen gerne.

Auch und vor allem nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen wird sich zeigen, welche Linie sich in der schwarz-gelben Koalition durchsetzt: jene von großen Teilen der Union, die in Krisenzeiten mehr auf soziale Balance setzen, oder die der Neoliberalen in Union und FDP, die gegen die Gewerkschaften, gegen Arbeitnehmerrechte, gegen eine solidarische Gesundheitspolitik, aber auch bei Rente und Steuern gegen den Sozialstaat Front machen? Kolleginnen und Kollegen, ich sage allerdings auch mit Selbstbewusstsein: Das Signal der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen war eindeutig: Schwarz-Gelb wurde dort abgewählt, und das ist auch gut so. (Beifall)

Auch Nordrhein-Westfalen und die Debatten in Nordrhein-Westfalen vor der Wahl haben gezeigt: Die Menschen wollen Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie wollen eben nicht das Gegenteil. Machen wir uns aber nichts vor: Die Neoliberalen haben eine Wahl verloren. Aufgegeben haben sie noch lange nicht. Deswegen sage ich ihnen und Euch: Es sollte sich niemand täuschen. Wenn sich die Hardliner in der Koalition durchsetzen, werden sie von uns, von den Gewerkschaften, die richtigen Antworten bekommen und bekommen müssen, Kolleginnen und Kollegen. Ich sage zugespitzt – meine Kolleginnen und Kollegen werden das sicherlich noch im Einzelnen darstellen –: Bei der Kopfpauschale machen wir nicht mit. Wir machen keinen Frieden mit der Rente mit 67. Wir wollen Verbesserungen bei der Leiharbeit. Wir brauchen weitere Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz und einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn als unterste Lohngrenze. Und wir werden uns auch steuerpolitischen Eskapaden weiter in den Weg stellen. Wir werden die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verteidigen – von der Tarifautonomie über die Mitbestimmung bis zum Kündigungsschutz, der wieder ins Gerede kommen wird, und zwar über den Weg, dass man versucht, die befristete Beschäftigungsmöglichkeit insbesondere für junge Leute wieder auszudehnen. All das, was im Koalitionsvertrag geparkt war, wird jetzt kommen. All das, was für drei oder vier Monate von der politischen Bühne verschwinden musste, wird jetzt wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Ich sage dies nicht, weil ich es will, sondern weil wir wissen, dass wir uns wappnen müssen, und weil wir wissen, dass wir gewappnet sind.

Wir werden es nicht zulassen, dass die Krise einseitig auf dem Rücken der kleinen Leute abgeladen wird. Wir verstehen uns nicht nur als die Schutzmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern wir verstehen uns in ihrem Interesse als die Schutzmacht des Sozialstaates. Und das wollen wir auch bleiben, Kolleginnen und Kollegen. Denn das ist unser Markenzeichen. (Beifall)

Noch vor einem Jahr, vor dem Juni des vergangenen Jahres, hatte noch mancher von uns die Hoffnung, dass möglicherweise die Europäische Union sozialstaatlichen Fortschritt ermöglichen könnte. Nach den Wahlen vom vergangenen Juni, auch nach den Wahlergebnissen in den 27 Mitgliedsstaaten der EU, nach der neuen Zusammensetzung der EU-Kommission sind wir vom sozialen Fortschritt in Europa weiter entfernt denn je. Denn einerseits wissen wir, welchen Einfluss europäische Politik auf nationale Politik nimmt und wie sehr sich manchmal deutsche Politik hinter Europa versteckt, wenn es darum geht, arbeitnehmerfeindliche Vorhaben zu betreiben. Andererseits müssen wir mit den Folgen von Urteilen des Europäischen Gerichtshofes umgehen, die alles andere als sozial sind. Ich erinnere hier nur an das Ruffert- oder das Laval-Urteil. Da wird die Tarifautonomie untergraben und das Streikrecht ausgehöhlt, und damit soll letztendlich ein Eckpfeiler des sozialen Europas zerstört werden.

Im Kern geht es bei all diesen Urteilen und auch den Debatten mit der Europäischen Kommission immer wieder um eine Grundfrage, nämlich um die Grundfrage, ob die sozialen, ja die Menschenrechte weniger wert sind als die Freiheiten des Binnenmarktes. Und ich füge hinzu: Der Lissabon-Vertrag ist hier leider nicht eindeutig, und das ist auch der Grund, warum wir auch weiterhin für eine soziale Fortschrittsklausel mit Verfassungsrang eintreten. Wir wollen einfach nicht zurück hinter die Errungenschaften der Französischen Revolution. Menschenrechte müssen immer den Marktgesetzen vorgehen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Nicht zuletzt der Aktionstag der Europäischen Gewerkschaften gegen die Krise im Mai vergangenen Jahres hat gezeigt, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur in Deutschland, sondern europaweit dagegen wehren, dass sie zu den Verlierern gehören oder dass ihnen das Fell über die Ohren gezogen werden soll.

Ja, ich wiederhole: Wir wollen Europa. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen Europa. Allerdings: Sie wollen ein soziales Europa. Und wenn auch die politischen Rahmenbedingungen dafür schlechter geworden sind, dürfen wir von dem Ziel eines sozialen Europas nicht ablassen.

Ich füge hinzu: Wir werden sicherlich auch in Detailpunkten versuchen, weitere Verschlechterungen abzuwehren. Wir werden mithelfen, Sachkoalitionen im Europaparlament zu schmieden, um kleine Fortschritte zu erzielen – von den Euro-Betriebsräten bis zur aktuellen Debatte über die Arbeitszeitrichtlinie. Aber dem neoliberalen Bollwerk werden wir so mit einer Politik der kleinen Schritte allein nicht weiter beikommen. Wir brauchen eine gewerkschaftliche Gegenmacht, einen starken Europäischen Gewerkschaftsbund und die Kraft, uns als Widerpart zum Europa des Kapitals aufzustellen. Und ich weiß, welche Bedeutung das hat, wenn ich das sage; nicht weil ich es sage, sondern weil dahinter die Aufgabe steht, dass wir uns wesentlich stärker auch in die europäische Politik einbringen und letztendlich auch die Arbeit des Europäischen Gewerkschaftsbundes stärken und – ich füge hinzu – auch an der einen oder anderen Stelle politisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt auch für die internationale Arbeit; denn die Antwort auf die Globalität der Krise ist die Globalisierung der Gegenwehr – und sonst nichts. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, vor vier Jahren haben wir den Internationalen Gewerkschaftsbund mit gegründet. Dieser Internationale Gewerkschaftsbund hat nun 180 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in 165 Staaten dieser Erde. Erste inhaltliche – ich betone: inhaltliche – Kooperationen gibt es zudem mit dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund. So ist es gelungen, die chinesischen Kolleginnen und Kollegen mit an den Verhandlungstisch der Gewerkschaften beim Arbeitsministertreffen in Washington im April dieses Jahres zu holen. Wir hoffen, dass dieser Schritt auch ein Schritt der Annäherung ist, aber auch ein Schritt hin zur Demokratisierung der Gewerkschaftsbewegung in China selbst.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin stolz darauf, sagen zu können: Heute hat der Internationale Gewerkschaftsbund fast so viel Einfluss auf die internationale Politik, wie ihn die Sozialistische Internationale vor 25 oder 30 Jahren hatte und leider mittlerweile verloren hat. Wir sind heute als Gewerkschaften bei den Weltgipfeln der Spitzenmächte dabei. Wir waren aktiver Part bei den G-20-Konferenzen in Washington, London und Pittsburgh. Wir haben dort die Stimme der Arbeit erhoben. Wir haben den Führern der G-20-Staaten deutlich gemacht, dass Abermillionen Menschen durch das Treiben der Finanzspekulanten ihre Existenz verloren haben und dass es den Staatenkernern letztendlich vor allem um die Rettung von Arbeit gehen muss und dass es nicht allein um die Finanzarchitektur des Weltkapitals gehen kann – so wichtig es ist, an der einen oder anderen Stelle Stützbalken einzuziehen oder Alarmanlagen einzubauen.

Ich will die Gelegenheit nutzen, hier, von dieser Stelle aus, unserem scheidenden Generalsekretär, unserem Kollegen Guy Ryder für seine außerordentlich gute Arbeit im Interesse der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu danken. (Beifall) Ich will auch John Monks nicht unerwähnt lassen, unseren Generalsekretär in Europa, der im nächsten Jahr dann dieses Amt aufgeben wird. Sie sind beide hier; sie werden beide noch in dieser Woche die Möglichkeit haben, im Rahmen der Antragsberatungen zum Kongress zu sprechen, so Ihr das wollt. Ich will trotzdem die Gelegenheit nehmen, beiden für ihre Arbeit zu danken.

Kolleginnen und Kollegen, in den Berichtszeitraum fiel auch unser 60. Geburtstag. Den haben wir im vergangenen Oktober mit Stolz und Selbstbewusstsein gefeiert. Diese Feier war auch eine Demonstration unserer Kraft und unseres Anspruches, die Stimme der Arbeit, der starke Arm der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein. Es zeigt sich einmal mehr: Der oft gescholtene Dinosaurier des Industriezeitalters ist stolz, stark und quicklebendig. Wir sind eben auch kein Dinosaurier, und wir sind nicht zum Aussterben verurteilt. Das ist unser aller Verdienst. Dazu haben die 8.000 Hauptamtlichen der Gewerkschaften und des DGB beigetragen, vor allem aber die 10.000 ehrenamtlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die tagein, tagaus im Betrieb, in den Unternehmen, in den Verwaltungen ansprechbar sind, die helfen, wo es geht, die um gute Lösungen ringen und die auch manches Leid mit tragen müssen.

Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt danken wir unseren über sechs Millionen Mitgliedern, die uns in jeder Hinsicht erst die notwendige Kraft geben. All ihnen ist unsere Arbeit verpflichtet, aber ohne sie wäre auch unsere Arbeit nicht möglich.

Kolleginnen und Kollegen, gerade in der Krise ist vielen Menschen wieder bewusst geworden, dass sie uns brauchen. Und wir haben bewiesen, dass wir für sie da sind, dass wir etwas für sie tun können, wenn wir nur stark genug sind. Es hat eine Trendwende gegeben, eine Trendwende hin zu mehr Solidarität, zu neuer Hoffnung, zu neuem Fortschritt.

Kolleginnen und Kollegen, in diesem Bewusstsein haben die Gewerkschaftsvorsitzenden das Projekt Trendwende auf den Weg gebracht und den Entwurf einer neuen Satzung erarbeitet. Dieser Satzungsentwurf stellt klar: Der DGB ist für die Gewerkschaften unverzichtbar. Der Bund verallgemeinert ihre Politik und hat sie wirkungsvoll in die Gesellschaft einzubringen. Der DGB ist als Bund der Gewerkschaften nicht eine Organisation neben den Mitgliedsgewerkschaften, sondern ihre gemeinsame Einrichtung. Er hat Streitigkeiten zu schlichten und den Rechtsschutz zu organisieren. Er ist beamtenrechtliche Spitzenorganisation. Er hat die gemeinsamen Interessen der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Beschäftigungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik, der Sozialpolitik sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene wirkungsvoll zu vertreten.

Kolleginnen und Kollegen, dabei wissen wir alle: Die Kulturen der Gewerkschaftsarbeit sind in unseren Mitgliedsgewerkschaften höchst verschieden. Sie differieren aufgrund von Erfahrungen, unterschiedlichen Anforderungen in Branchen und Betrieben, ja auch angesichts sehr, sehr unterschiedlicher Organisationsbedingungen. Und dennoch: Die Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist die Summe der Stärke der Mitgliedsgewerkschaften. Unsere Kraft erwächst vor allem aus der Arbeit im Betrieb, der Arbeit unserer Betriebs- und Personalräte, unserer Tarifpolitik, unserer Jugend- und Frauenarbeit, auch unserer Senioren, natürlich auch unserer Arbeit in den Selbstverwaltungen, in gesellschaftlichen Zusammenhängen wie zum Beispiel in Zusammenarbeit auch mit Gewerksloseninitiativen, im Bündnis mit anderen progressiven Kräften und nicht zuletzt durch die gesellschaftspolitische Vertretung der Bewegung durch den Deutschen Gewerkschaftsbund.

Dies alles bündelt sich in dem Entwurf der neuen Satzung, die wir in den vergangenen Monaten auf den Weg gebracht haben. Dieser Entwurf ist sicherlich ein Kompromiss, aber ein notwendiger Kompromiss, um die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu erhalten und ihren Bund, den DGB, zukunftsfähig zu machen.

Kolleginnen und Kollegen, vier Jahre harter Arbeit liegen hinter uns, ereignisreiche Jahre. Der Beinahezusammenbruch des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems hat uns in Atem gehalten. Wir haben mit zwei grundlegend unterschiedlichen Regierungskoalitionen im Bund zusammen gearbeitet und große Veränderungen im Parteiengefüge erlebt. Ohne uns würde dieses Land in der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren anders aussehen. Wir waren Impulsgeber und treibende Kraft.

Es waren schwierige Jahre, aber auch Jahre, in denen wir uns deutlich und erfolgreich Gehör verschafft haben.

Kolleginnen und Kollegen, ich will resümierend feststellen: Es gibt keinerlei Grund, die Köpfe hängen zu lassen. Im Gegenteil: Wir bevorzugen weiter den aufrechten Gang. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

### **Robert Feigler, Vorsitzender des Kongresses**

Michael, vielen Dank. – Als Nächste hat das Wort die Kollegin Ingrid Sehrbrock. Ingrid, ich bitte Dich um Deine mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht.

### **Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sind weniger interessant geworden im Jahr drei der Krise, die Besserwisser von einst, von Friedrich Merz bis Wolfgang Clement, von Hans-Olaf Henkel bis Hans-Werner Sinn.

Was sie uns über Jahre einhämmerten, wie weise der Markt ist und wie hinderlich der Staat – es kommt nicht mehr so richtig an. Politiker von FDP über CDU/CSU bis hin zur SPD hatten sich ins Schlepptau nehmen lassen, auch die Grünen – mit fatalen Folgen. Spieler und Spekulanten haben den Staat und damit uns alle, besonders die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Haftung genommen. Und jetzt auch noch die Euro-Krise.

Was steht auf dem Spiel? Mühsam erkämpfte Milliardeninvestitionen in Bildung und Forschung, 13 Milliarden immerhin, verabredet auf den Bildungsgipfeln 2008 und 2009. Im Juni ist der nächste Bildungsgipfel. Die Zielsetzung war: Die Zahl der Schulabbrecher und der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung soll halbiert werden. Mehr Menschen sollen ein Studium aufnehmen und sich weiterbilden. Für ein Drittel der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, soll ein Krippenplatz bereitstehen.

Dass dies zustande kam, liebe Kolleginnen und Kollegen, lag nicht zuletzt auch daran, dass die Gewerkschaften und der DGB immer wieder den Finger in die Wunde der im OECD-Vergleich zu geringen Investitionen gelegt hatten. Deshalb sind auch die 13 Milliarden, die uns eigentlich noch zu wenig sind – aber immerhin, sie sind ja auch kein Pappentiel –, ermöglicht worden. Die Ministerpräsidenten, und zwar quer durch alle Parteien, haben damals wahre Pirouetten gedreht, als es um feste Zusagen für Investitionen ging. Die Kanzlerin hat ihnen in Sachen Bildung nichts mehr zu sagen, erst recht nicht nach der Föderalismusreform. Aber es war nötig.

Ich will nur wenige Fakten nennen, die zeigen, weshalb wir uns anstrengen müssen. Wenn rund 4 Millionen Menschen in Deutschland nicht richtig lesen und schreiben können, wenn 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung haben, wie kommen da eigentlich die Arbeitgeber und die Regierung auf die Idee, angesichts dieser Zahlen von einer entspannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu sprechen? Wenn mehr als 65.000 pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss verlassen, dann können wir uns nicht gemütlich zurücklehnen, und das werden wir auch nicht tun. Wir werden jedenfalls das Geld verteidigen, und wir werden, wo immer es geht, auch dazu beitragen, dass keine der Zusagen zurückgenommen wird. (Beifall)

Während an den Schulen in den sozialen Brennpunkten der Schimmel die Wände hochkriecht, lässt man es sich in der Nobel-Kita, zum Beispiel in Potsdam, gut gehen, mit Wellnessoase oder Chinesisch-Unterricht für die Kleinen. Weiter können die Lebenswelten nicht auseinander liegen, Kolleginnen und Kollegen. Akademiker bleiben in Deutschland unter sich. Das heißt nicht, dass Kinder, wie ich eines war, völlig ohne Chancen bleiben, aber wenn von 100 Akademikerkindern 71 studieren und von 100 Nichtakademikerkindern nur 24, dann zeigt sich die Unwucht im System. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung hat mit der zweimaligen Erhöhung des BAföG und der massiven Erhöhung der Stipendienmittel in den letzten Jahren viel Geld in die Hand genommen. Das muss man auch einmal anerkennen, und

das ist auch ein Erfolg der Lobbyarbeit der Gewerkschaften und des DGB, auch in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk. Es ist hervorragend, dass die Hans-Böckler-Stiftung mit ihrer Aktion „Du studierst, wir zahlen“ sich genau an die Gruppe gewandt hat, die sonst nicht zur Uni geht. Und dass die Bundesregierung jetzt noch einmal 400 Stipendien mehr finanziert, spricht auch für das Engagement der Hans-Böckler-Stiftung. Das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen. (Beifall)

Dennoch ist die Reform der Reform beim Bologna-Prozess dringend, Kolleginnen und Kollegen. Morgen findet die nationale Bologna-Konferenz statt. Es ist klar, dass Änderungen vorgenommen werden müssen: weniger Verschulung, bessere Möglichkeiten für den Wechsel von einer Universität zur anderen, weniger Stoff. Es muss auch möglich sein, den Bachelor in acht Semestern und nicht nur in sechs Semestern zu machen. Da ist dringender Handlungsbedarf, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb wollen wir auch einen Initiativantrag zu diesem Thema einbringen. (Beifall)

Gute Bildung und gute Bildungsabschlüsse sind ohne Zweifel die Platzanweiser in unserer Gesellschaft, und wir werden dem Verteilungskampf, der jetzt ansteht, nicht tatenlos zusehen. Niemand darf aus Gründen der Armut der Weg in weiterführende Bildung verwehrt werden; denn Bildung ist ein Menschenrecht, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb wollen wir ein durchlässiges Bildungssystem, keine Schmalspurausbildung im Betrieb, die Anschlussfähigkeit jeder Ausbildung und Zugangswege zum Studium ohne Abitur. Wir wollen keine sozialen Barrieren auf dem Weg in die Hochschule, sei es durch Studiengebühren, die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen oder eine schlecht gemachte Bologna-Reform.

Wir haben übrigens im letzten Jahr den Bildungstreik unterstützt, und wir werden auch die kommenden Aktionen rund um den 9. Juni unterstützen. Ich finde, es ist ein gutes Zeichen, dass die Studierenden wieder selbst für ihre Sache kämpfen, aber auch, dass sie die Gewerkschaften als Bündnispartner akzeptieren. So werden wir das auch in Zukunft machen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Was steht auf dem Spiel? Die Zukunft junger Menschen steht auf dem Spiel; denn sie spüren die Krise am stärksten. Die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen ist um 20 Prozent gestiegen. Sie sind die unfreiwilligen Vorreiter einer schönen neuen und vor allem flexiblen Arbeitswelt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mehr als 60 Prozent der jungen Beschäftigten waren 2008 schon in unsicheren, mies bezahlten Arbeitsverhältnissen, zu Niedriglöhnen, befristet, in Leiharbeit, als Praktikanten oder mit Honorarverträgen. Übrigens werden wir unser Konzept, wie Praktika geregelt werden sollen, wieder einbringen. In der letzten Wahlperiode sind wir auf den letzten Metern gescheitert, weil die beiden zuständigen Ministerien sich nicht einig konnten. Wir haben bisher keine Lösung, aber wir werden das Thema wieder aus der Tasche holen. Niemand soll annehmen, wir hätten aufgegeben. (Vereinzelt Beifall)

Ganz besonders auf Hilfe angewiesen sind junge Leute, die die Schule ohne oder mit einem schlechten Abschluss verlassen. Die Zahl von 1,5 Millionen ohne Abschluss ist ja eigentlich erstaunlich, wo doch die Partner des Ausbildungspakts uns immer erzählen, dass nur 14.000 pro Jahr übrig bleiben, die nicht versorgt sind. Wie kommen dann 1,5 Millionen zusammen? Diese jungen Leute brauchen die Chance, sich auch in einem anderen Umfeld als im Klassensaal selbst zu beweisen. Sie brauchen die Erfahrung, dass sie etwas anderes können, dann wachsen auch wieder die Motivation und die Lernbereitschaft. Also in die Betriebe, mit ausbildungsbegleitenden Hilfen oder mit einem Trainingsprogramm davor und mit festen Zusagen für eine Lehrstelle. Ich weiß, dass die IG BCE und die IG Metall entsprechende Programme haben. Das sind die richtigen Wege.

Wir wollen auch erreichen, dass die Petition für ein Grundrecht auf Ausbildung wieder auf die Tagesordnung kommt. Über 72.000 haben sie unterschrieben, und es ist höchste Zeit, dass sich der Bundestag nach mehr als zwei Jahren wieder damit befasst. Keine Ausbildung ist nämlich mehr als ein Stolperstein im Leben. Die Bildungspolitiker im Bundestag müssen jetzt endlich handeln und das Thema auf die Tagesordnung setzen.

Die Föderalismusreform war ein schwerer Fehler der Großen Koalition. (Beifall) Das wissen inzwischen viele, die das mit verbrochen haben. Wir müssen schauen, wie wir dennoch gemeinsam über die Runden kommen, aber wir wollen natürlich eigentlich eine schnelle Korrektur, nämlich einen starken Bund in der Bildungspolitik und keinen föderalen Flickenteppich.

Wie schafft man eigentlich Aufmerksamkeit für die Anliegen von Frauen, Kolleginnen und Kollegen, wenn seit Jahren der Eindruck entsteht: „Da ist die Luft raus“? Wir haben es erreicht mit der Initiative „Ich bin mehr wert“. Die Schnauzbartaktion, vor dem Brandenburger Tor in Berlin zum Beispiel, ebenso in Stuttgart, in Frankfurt und in vielen anderen Städten, wollte sagen: Mit Bart wäre das nicht passiert, die schlechtere Bezahlung von Frauen in Deutschland. Im Durchschnitt erhalten Frauen in Deutschland 23 Prozent weniger, in Europa sind es nur 15 Prozent. Es kann doch nicht sein, dass eines der wichtigsten Industrieländer beim Entgelt so schlecht abschneidet. Wir landen wieder einmal auf einem der hinteren Plätze. Wenn Frauen trotz exzellenter Ausbildung rund ein Viertel weniger verdienen, und das über alle Branchen, Berufe, Altersgruppen und Positionen hinweg, muss es strukturelle Gründe geben, die nicht bei der einzelnen Frau liegen. (Leichter Beifall)

Das hat viele Menschen zu Recht empört, und wir haben auch in den eigenen Reihen kritisch nachgefragt und nachgehakt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ohne die Sozialpartner können wir allerdings die Sache nicht regeln – das ist mir auch klar –, und ohne den Gesetzgeber kommen wir auch nicht weiter. Wir brauchen gesetzlichen Druck, aber wir brauchen auch die Sozialpartner. Das ist keine Frage. (Beifall)

Für mich ist in dieser Situation noch Folgendes wichtig, Kolleginnen und Kollegen: In dieser aktuellen Krise werden mehr Frauen als je zuvor Familienernährerinnen. Das ist eine interessante Entwicklung.

Anders als früher ziehen sich die Frauen in der Krise nicht zurück. Ihre Männer werden arbeitslos, aber sie ziehen sich nicht zurück. Und wenn dies so ist, Kolleginnen und Kollegen, dann gewinnen unsere alten Forderungen erst recht an Bedeutung. Die eigenständige soziale Absicherung, gleiches Entgelt, Karrierechancen, Kinderbetreuung. Frauen sind nämlich definitiv keine Hinzuverdienerinnen mehr, und so dürfen sie auch nicht behandelt werden. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, dem Koalitionsvertrag habe ich übrigens nicht zugestimmt. Nicht aus Prinzip, aber die Steuersenkungspläne schienen mir schon im Dezember völlig realitätsfern. Kopfpauschale, ein Relikt des Leipziger Parteitags meiner Partei, schien mir eigentlich abgehakt. Eine Definition von Sozialer Marktwirtschaft, die im wirtschaftspolitischen Teil vor allem die Eigentumssicherung und die freie Entfaltung der Person zum Ziel hat, das war mir zu viel FDP in den Vereinbarungen. Und wer sich in diesen Zeiten von seinen Vorkrisen-Fantasien nicht trennen kann, der muss damit leben, dass er als politischer Geisterfahrer geschmäht wird. Alle sind auf der falschen Spur, nur die FDP nicht. (Vereinzelt Beifall)

Nun ist es gut, dass die Kanzlerin Herrn Westerwelle nach der Steuerschätzung vor die Kameras gezerrt und damit erst einmal sichergestellt hat, dass für Steuersenkungen jetzt überhaupt nicht die Zeit ist. Und ich hoffe, sie hat gemeinsam mit ihm die Pläne ganz tief versenkt.

Letzter Punkt. Es wird natürlich schwieriger werden und es wird sicherlich auch so sein, dass die Wirtschaft in diesen Zeiten wieder einige Begehrlichkeiten auf den Tisch legt. Einiges haben wir ja schon im Koalitionsvertrag, Michael hat es schon genannt: Ausweitung der befristeten Verschlechterung beim Jugendarbeitsschutz steht auch im Koalitionsvertrag, Festschreibung der Sittenwidrigkeit von Löhnen war auch eine Idee, Eingriff in den Kündigungsschutz. Ich hatte in all diesen Fragen in der letzten Zeit mit Vernünftigen und Unvernünftigen in den Fraktionen geredet und unsere Positionen dargestellt.

Nun will ich nicht sagen, dass das allein mein Verdienst ist, aber ich glaube, es hat auch dazu beigetragen, dass nichts davon bis jetzt realisiert ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich werde auch daran bleiben, dass in diesen Fragen keine Verschlechterungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgenommen werden. (Vereinzelt Beifall) Das gilt übrigens auch für den Datenschutz. – Hier leuchtet es schon rot auf. Ich bin sofort fertig, aber ich will noch sagen, dass Arbeitnehmer-Datenschutz uns ein ganz, ganz wichtiges Anliegen ist und ein Gesetzentwurf gemacht wird. Wir werden nicht akzeptieren, was in den Eckpunkten des Innenministers steht. Das ist nämlich mehr oder weniger ein Freibrief für die Arbeitgeber. Da müssen wir dran bleiben. Es ist auch kein Nischenthema, das haben viele, glaube ich, festgestellt, sozusagen für Leute, die sich als Experten damit beschäftigen. Es betrifft jeden von uns, und deshalb ist es wichtig, dass wir dazu Position beziehen.

Allerletzter Punkt. In dieser Zeit reden natürlich wieder viele über die Soziale Marktwirtschaft. Ich finde, das kann man machen. Aber dann über die richtige Soziale Marktwirtschaft. Die richtige Soziale Marktwirtschaft muss sich verabschieden vom Deregulierungswahn, von überzogener Flexibilisierung aller Lebensverhältnisse, von zunehmend unsicherer Beschäftigung, der despektierlichen Bewertung öffentlicher Dienstleistung und der Menschen, die da arbeiten, und des Staates insgesamt.

Die richtige Soziale Marktwirtschaft zieht das soziale Sicherungssystem nicht in den Unterbietungswettbewerb weltweit. Das ist nämlich schon passiert. Und sie nimmt Tarifautonomie und Mitbestimmung ernst. Eines muss klar sein: Die richtige Soziale Marktwirtschaft muss menschenwürdige Arbeit wollen, nicht nur bei uns, sondern auch weltweit, und das ist auch ein Stück Versprechen an unsere Kolleginnen und Kollegen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Ich nenne ausdrücklich Namrata Bali aus Indien. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe. – Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Ingrid, vielen Dank. Wegen der etwas rauen Stimmen, Ihr habt es gehört, konnte sie auch nicht ganz so schnell sprechen. Deswegen haben wir auch etwas zugegeben. (Heiterkeit) Die Lampe hat aber trotzdem rechtzeitig geblinkt. Es war alles noch im Limit. – Vielen Dank, Ingrid.

Ich rufe nun auf Dietmar Hexel. – Dietmar, bitte Deinen mündlichen Geschäftsbericht.

**Dietmar Hexel, Mitglied des DGB-Bundesvorstands**

Wertes Präsidium! Liebe Delegierte! Verehrte Gäste! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die nächsten zehn Minuten bitte ich Euch, mit mir einen kurzen Blick auf das zu werfen, was mir besonders wichtig war. Wesentlich ist: Ohne die Kolleginnen und Kollegen in meinem Vorstandsbereich, der gesamten Vorstandsverwaltung, den Bezirken und Regionen wären die Arbeitsergebnisse nicht möglich gewesen. Euch allen ein herzliches Dankeschön für Euren Einsatz. Das gilt natürlich auch für meine vier Kolleginnen und Kollegen im geschäftsführenden Bundesvorstand für Unterstützung, Tat und Rat und manchmal auch sinnvollen Widerspruch.

Zwei Drittel meiner Energie und meiner Aufgaben fallen in den Innenbereich des DGB, ein Drittel in die Politik. Innenbereiche stehen selten im Scheinwerferlicht, doch wir brauchen sie, damit der DGB seine Politik überhaupt umsetzen kann. Wer organisiert zum Beispiel – nach Euren politischen Vorgaben – die vielen kleinen und großen Veranstaltungen, zum Beispiel die Großdemonstration im letzten Jahr, übrigens auf den Tag genau heute vor einem Jahr? Unser Bereich Veranstaltungs- und Innenservice. In den Büros werden die PCs und Laptops von unseren EDV-Kollegen am Laufen gehalten. Und um Personalentwicklung im DGB und eine gute Ausbildung unserer Auszubildenden kümmert sich der Bereich Personal. Auch die Akademie der Arbeit, die wir aktuell in „Europäische Akademie“ umbenannt haben, sowie das DGB-Bildungswerk in Düsseldorf mit unseren vier DGB-Bildungszentren gehören zum Innenbereich.

Wir wollen als DGB ein guter Dienstleister für Euch als Gewerkschaften sein, aber gleichzeitig auch ein attraktiver Arbeitgeber. Unter anderem durch die Zertifizierung als familienfreundlicher Betrieb, durch ein verbessertes Gesundheitsmanagement für unsere Beschäftigten, durch ein neues Weiterbildungsprogramm, um den Umbauprozess des DGB aktiv zu unterstützen.

Dieser Umbau passiert. Der DGB ändert und wandelt sich in vielen Schritten. Die Anforderungen an den DGB als Bund von acht Gewerkschaften haben sich stark verändert. Gleichzeitig sinken unsere Einnahmen, und die Kosten steigen. Ein Lösungsweg ist: größere Teams, effektivere Arbeitsstrukturen, Konzentration der Aufgaben und veränderte Strukturen.

Mit 66 DGB-Regionen gibt es nun 22 weniger als beim letzten Kongress. Ich weiß, nicht immer war diese Veränderung einfach, und manchmal war sie auch schmerzhaft. Unser Wandel ist noch nicht abgeschlossen. Dieser Wandel ist eine Bedingung, damit wir lebendig bleiben und im Sinne der Gewerkschaften handlungsfähig. Mein Leitsatz ist dabei: Nicht Mangel verwalten, sondern Potenziale gestalten. Im ersten Quartal wurden die DGB-internen Wahlen abgeschlossen. Fünf von neun Bezirksvorsitzenden sind neu in dieser Funktion. Davon erstmals zwei Frauen.

Und wenn es in der ganzen Gewerkschafts„familie“, also unserer Großfamilie, darum geht, Konflikte zu klären, dann kümmert sich Organisationspolitik auch darum. Wie in allen Großfamilien: Nicht immer sind alle acht Mitglieder einer Meinung. Vor allem wenn es um Zuständigkeiten und Mitgliederpotenziale geht. Dafür haben wir bewährte Verfahren: bilaterale Gespräche, freiwillige Vermittlung durch den DGB – und im Zweifel das DGB-Schiedsgericht. Das entscheidet abschließend und verbindlich.

Das DGB-Schiedsgericht tagte in diesem Jahr schon mehrfach. Ich wünsche mir in Zukunft weniger formale Verfahren, mehr Vertrauen untereinander und mehr präventive Dialoge zwischen den Gewerkschaften. Vor allen Dingen wünsche ich mir die Stärkung des DGB als Autorität und verbindlichen Schlichter. Gewerkschaften sind sehr unterschiedlich. Diese Unterschiede haben uns stark gemacht. Unsere Zukunft liegt darin, gemeinsam neue Mitglieder zu gewinnen, und nicht darin, um sie zu streiten!

Gewerkschaften schützen vor Willkür und Unrecht. Im letzten Jahr haben wir 150.000-mal für unsere Mitglieder vor Gericht gestanden und gestritten. Der DGB erhält 12 Prozent der Beitragseinnahmen von Euch, den Gewerkschaften. 40 Prozent bekommt die DGB Rechtsschutz GmbH. Sie ist mit 700 Beschäftigten die größte Fachkanzlei für Arbeits- und Sozialrecht in der Bundesrepublik Deutschland.

Jährlich geben wir für den Rechtsschutz rund 50 Millionen Euro aus. 50 Millionen, eine Menge Geld. Jedes Gewerkschaftsmitglied bekommt bei Bedarf dafür einen exzellenten und kostenlosen Rechtsschutz. Seit dem letzten Kongress haben wir insgesamt 1,4 Milliarden Euro für Mitglieder erstritten. 1,4 Milliarden! (Beifall) Dafür danke ich als verantwortliches Vorstandsmitglied den Teams der DGB Rechtsschutz GmbH, denn die machen die Arbeit, ihrer Geschäftsführung und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Apitzsch herzlich.

Recht, liebe Kolleginnen und Kollegen, findet nicht nur vor Gericht statt. Recht entsteht auch in der täglichen Auseinandersetzung. Dafür stehen Betriebs- und Personalräte. Aktuell laufen die Betriebsratswahlen 2010. Der DGB unterstützt die Gewerkschaften dabei durch gemeinsame Materialien und eine öffentliche Kampagne. Die Zwischenbilanz von Euch, den Ge-

werkschaften, bei den Betriebsratswahlen ist ermutigend. Natürlich, in Einzelfällen läuft es nicht rund. Da gibt es zum Beispiel einen Skandal bei Westerwelle. – Ich meine nicht den FDP-Vorsitzenden, der an sich auch eher schon eine Katastrophe ist, sondern ich meine die Firma Westerwelle in Ostwestfalen, die die Betriebsratswahl behindert hat und keine Tarifverträge wünscht. Die Folge: Die Belegschaft streikt. Wir werden dazu noch mehr hören. Sie streikt schon seit zwei Wochen. Das nenne ich Mut zur Mitbestimmung und Freiheit. Das ist großartig; denn Mitbestimmung heißt stets ein Stück Freiheit erringen und Herrschaft verkleinern. (Beifall)

Wir mischen uns deshalb auch ein bei der Arbeit der Regierungskommission für gute Unternehmensführung, der sogenannten Kodex-Kommission. Bisher stand in diesem Kodex: „Der Kodex ist für die Rechte der Aktionäre da.“ Also Shareholder Value pur. Das wurde auf unseren Antrag hin gestrichen. Nun steht drin: „Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet.“ Dieser neue, klare Auftrag des Kodex lautet also „Stakeholder statt Shareholder, Nachhaltigkeit statt Kurzfristprofit“. Auf diese Änderung, liebe Kolleginnen und Kollegen, die wir erreicht haben, bin ich stolz; denn Kapitalgesellschaften müssen jetzt anders geführt werden. Wir müssen unser Denken ändern, wir müssen radikal umsteuern, in den Unternehmen ebenso wie in der gesamten Wirtschaft.

Ein Weiteres ist gelungen: Wir haben mit dafür gesorgt, dass es ein Gesetz zur Begrenzung der Managergehälter gibt. Leider wirkt es noch nicht, wie die Zahlen im ersten Quartal zeigen. Die „Gier“-Prämien für Manager sind nach wie vor in Kraft und sind ein wesentlicher Verstärker für die Wirtschafts- und Finanzkrise gewesen und sind es nach wie vor. Wenn Manager das 30- bis 50- oder gar 100-fache des Einkommens eines qualifizierten Arbeitnehmers erhalten, dann hat das mit Leistung nichts zu tun. Solche Gehälter sind reine Statussymbole eines Managerfeudalismus. Sie sind nicht vermittelbar, unfair und auch ungerecht. (Beifall)

Nachhaltiges Wirtschaften, das gilt auch für unsere natürlichen Ressourcen, die Energie und unser Weltklima. Wir sind eine Industrienation mit guter Dienstleistung, und wir wollen es auch bleiben. Wir wollen unseren Wohlstand und unseren Planeten erhalten. Er ist unsere natürliche Lebensgrundlage. Die schwarz-gelbe Regierung hat aktuell vor 14 Tagen ihre eigenen Klimaziele zur Makulatur erklärt. Sie kürzt bei Erneuerbaren Energien, bei der Fotovoltaik und im Wärmebereich. Das ist falsch. Wir haben die Regierung aufgefordert, dies zu lassen und für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine sichere Energieversorgung unter Einschluss der Kohle, aber ohne Atomstrom zu sorgen. (Beifall)

Zum Schluss etwas, was mir sehr am Herzen liegt und was einen Großteil meiner Arbeit in den letzten vier Jahren ausgemacht hat. Wir erinnern uns – Michael hat es schon erwähnt –: Schon 2006 war uns klar, wir müssen etwas tun, um die Attraktivität der Gewerkschaften und die Mitgliederzahlen zu steigern. Die Frage war also: Wie können wir wieder wachsen, welche neuen Ideen haben wir, und welche neuen langfristigen Strategien für die Globalisierung gibt es? 2006 haben die Vorsitzenden die Initiative „Trendwende“ gestartet. Das war die Führung der Gewerkschaften, die sich überlegt hat, was zu tun war. Es war kein Projekt des DGB, es war eine strategische Initiative der Gewerkschaftsführung. Am 4. Mai dieses Jahres haben die Vorsitzenden unter Leitung von Michael Sommer diese Initiative formal beendet. Ich kann nicht auf alles eingehen. Das wichtigste Projekt, die Satzung, hat Michael schon erwähnt. Ich will aber aus Zeitgründen kurz drei Ergebnisse nennen.

Der neue Index „Gute Arbeit“ misst seit 2007 die Qualität der Arbeit. Wie zufrieden sind die Arbeitnehmer? Wie attraktiv ist ein Unternehmen? Welche Entwicklungschancen haben die Arbeitnehmer? Und: Wo drückt der Schuh? „Gute Arbeit“ macht uns zufrieden. Sie gibt einen Sinn, und sie macht nicht krank. Nur mit „guter Arbeit“ sind gute Produkte und Dienstleistungen möglich. Nur mit „guter Arbeit“ sind Unternehmen überhaupt zukunftsfähig. Und dafür dient der Index „Gute Arbeit“.

Besonders Lothar Schröder und Michael Vassiliadis haben sich hier sehr engagiert. Und auch Frank Bsirske als „Projektpaten“ danke ich für das Engagement, dass es dieses neue Produkt gibt. Herzlichen Dank. (Beifall)

Das zweite Produkt hat eine Herkulesaufgabe erfolgreich bewältigt: Die Gewerkschaften, der DGB Rechtsschutz sind inzwischen in einem gemeinsamen EDV-Netz vernetzt. Wir sparen jetzt richtig Geld und Zeit. Es sind mehrere Millionen in drei Jahren. Unseren EDV-Leitern, die es ermöglicht haben, und natürlich auch den „Projektpaten“, zuerst Jürgen Peters und später Berthold Huber, ein herzliches Dankeschön fürs Kurshalten gegen eine Menge Widerstand, insbesondere, lieber Berthold, für Deine Unterstützung auf der Zielgeraden.

Es ist in der Initiative „Trendwende“ auch ein wunderbares Pflänzchen entstanden, das andere weiterpflegen müssen, was wir als DGB nicht können. Jedes Jahr verlassen 80.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Das sind in zehn Jahren fast eine Million Arbeitslose. Über Rechtsradikalismus müssen wir uns dann in einigen Bereichen nicht wundern. Gegen diese gesellschaftliche und menschliche Tragödie haben die Gewerkschaften gemeinsam mit Unternehmen und der Bundesagentur für Arbeit ein praktisches Zeichen gesetzt. Sechs Zukunftscamps „Future now“ wurden organisiert. Junge Menschen der

siebten Klasse haben in den Ferien zusammen gelebt, gearbeitet und gelernt. Es ist skandalös, wenn die Gesellschaft diese jungen Menschen abschreibt. Stattdessen müssen wir sie aktiv begleiten, in der siebten Klasse vor dem Schulabschluss abholen und hineinbegleiten in den Betrieb. „Übergangsmangement“ haben wir das genannt. Wir sind froh, dass andere dieses Konzept nachahmen. Schön wäre es, wenn daraus ein bundesweites Programm mit gewerkschaftlichen Mentoren entstehen könnte.

Die UNESCO hat unser Konzept für nachhaltiges Lernen ausgezeichnet. Darauf sind wir stolz. Entscheidend ist: Es stimmt nicht, dass diese jungen Menschen nichts können. In drei Wochen Zukunftscamp haben wir gesehen, welche Talente in ihnen stecken und dass sie Spaß haben, wenn man ihnen etwas zutraut und wenn man Spaß beim Lernen vermittelt. Ich danke den beiden „Projektpaten“ Ulrich Thöne und Konrad Freiberg für das engagierte Mitmachen. Ich denke, Ihr wart auch begeistert. Natürlich danke ich auch allen Sponsoren und der Bundesagentur für Arbeit. (Beifall)

Liebe Kollegen, ich konnte aus Zeitgründen nicht alle Projekte nennen. Michael Sommer, Alexander Kirchner, Hubertus Schmoldt, Franz-Josef Möllenberg, Klaus Wiesehügel haben bei anderen Projekten geholfen und zum Erfolg beigetragen. Dafür herzlichen Dank. Mir hat die Arbeit als Projektkoordinator unter der Leitung von Michael Sommer Spaß gemacht. Gute Arbeit soll ja auch Freude machen. Ich hoffe, dass wir uns alle den strategischen Themen und Fragen, die da entstanden sind, in Zukunft widmen werden.

Mit Erlaubnis des Präsidiums würde ich noch ein paar Sekunden für Sarah reservieren, die zu Beginn eines Camps nicht wusste, dass sie singen kann. Die letzten Sekunden möchte ich gerne für sie reservieren. Hier ist Sarah mit einem Campsong „Willst Du was ändern, musst Du was tun“.

(Video mit Sarah und dem Lied „Willst Du was ändern, musst Du was tun“ – Beifall)

Ich danke allen, die geholfen haben, und Euch fürs Zuhören. (Beifall)

#### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Dietmar, herzlichen Dank. Das war jetzt die Präsentationsvariante, bei der man nicht sieht, auf welchem Ampelstatus die Lampe innen ist. Insofern war das durchaus clever, war allerdings auch noch einigermaßen im grünen Bereich. (Heiterkeit)

Es folgt Annelie Buntenbach mit ihren Ergänzungen zum Geschäftsbericht. Annelie, bitte schön.

#### **Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstands**

Danke schön, Robert. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn Ihr jetzt von mir Gesang erwartet, muss ich Euch enttäuschen. (Zurufe: Oh!) – Ich glaube, es ist besser, ich lasse das.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir sind jetzt im dritten Jahr der Krise. Ich glaube, die größten Herausforderungen liegen noch vor uns, am Arbeitsmarkt, in den Betrieben, bei der sozialen Sicherung, beim Sozialstaat und insgesamt in der Gesellschaft. Wir wissen alle, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist auf Rekordniveau. Durch die Krise wachsen die Defizite in den Sozialversicherungen. Die Kassen der Städte und Gemeinden sind leer. Und wer weiß schon, was nach den Rettungspaketen für die Banken, für Griechenland und den Euro noch nötig sein wird.

Kaum ist die Wahl in NRW vorbei, wird jetzt das große Sparpaket angekündigt, und zwar mit der absurden Begründung, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vielleicht kann mir mal irgendjemand erklären, wen die Kanzlerin denn damit eigentlich meint, die Kurzarbeiter oder vielleicht die Kolleginnen und Kollegen, die mit Niedriglöhnen abgespeist werden, Rentner, Hartz IV-Bezieher? Wenn jetzt im Herbst der große Sparhammer kommt, dann kann aus der Finanzkrise ganz schnell eine soziale Krise werden.

Der DGB, die Gewerkschaften, die Betriebs- und Personalräte – wir sind gefragt wie lange nicht mehr. Das haben wir nicht zuletzt bei der Kurzarbeit, bei dem großen Kraftakt zur Beschäftigungssicherung unter Beweis gestellt. Nur deshalb ist ja unser Arbeitsmarkt bis heute noch relativ stabil. Aber wir kneifen auch nicht, wenn es darum geht, Konflikte auszuhalten und Konflikte auszutragen.

Wer meint, er könnte im Windschatten der Krise die Löhne und Sozialleistungen noch weiter drücken und den Sozialstaat noch weiter in Richtung Sozialhilfestaat drängen – wer das meint, der sollte sich warm anziehen. (Beifall)

Wer nämlich über „spätromische Dekadenz“ und „anstrengungslosen Wohlstand“ schwadroniert und damit Hartz-IV-Bezieher diffamiert – übrigens keineswegs nur arbeitslose –, der hat nichts anderes im Sinn, als uns in die Taschen zu greifen und bei Hoteliers oder anderen Geschenke zu verteilen. Mit Verantwortung für die Gesellschaft hat das überhaupt nichts zu tun, sondern das ist die schlechte alte neoliberale Umverteilungspolitik von unten nach oben. Davon hatten wir mehr als genug, damit muss endlich Schluss sein.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nun war die Welt auch vor der Krise keineswegs in Ordnung. Mit den Hartz-Gesetzen hat die Politik trotz unserer Warnungen die Weichen falsch gestellt, und zwar in Richtung auf einen immer größer werdenden Niedriglohnbereich, staatlich subventioniertes Lohndumping, organisierten Missbrauch bei der Leiharbeit, Hartz IV – und damit Armut trotz Arbeit.

Noch mitten in der Krise zeigt sich jetzt, dass vor allem die großen Unternehmen schon wieder voll auf die Leiharbeit setzen. Deshalb brauchen wir klare – gesetzliche – Schranken gegen Lohndumping und gegen eine Politik des Heuerns und Feuerns. Das heißt: endlich Mindestlöhne, gar keine Frage. Aber das heißt auch: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Und für die Gewerkschaften gilt: Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern wir werden auch diejenigen, die in prekäre Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit abgedrängt werden, nicht alleine lassen. Werden uns mit Beschäftigung zweiter Klasse nicht abfinden.

Prekäre Jobs statt anständiger Arbeitsplätze, das ist – Ihr wisst das alle – keine Seltenheit, sondern ein Massenphänomen. Es trifft in der Mehrzahl Frauen, Jugendliche, die versuchen, einen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden, Migrantinnen und Migranten.

Lasst mich in dem Zusammenhang einen Punkt ansprechen: Unsere Gesellschaft muss sich endlich darauf einstellen, auch den Zugewanderten einen Platz zu geben. (Beifall) Das gilt für die Gleichbehandlung, die Anerkennung von Leistungen, Kompetenzen und Abschlüssen, aber eben auch für die gesellschaftliche und politische Teilhabe.

Da könnte ein Blick in die Betriebe helfen, denn bei den Betriebsratswahlen können alle, die in dem Betrieb arbeiten, unabhängig vom Status wählen und gewählt werden. Ich glaube, da kann die Politik in Sachen Demokratie eine ganze Menge von unseren Kolleginnen und Kollegen im Betrieb lernen! (Beifall)

Das kann sie auch, was die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus angeht, wenn ich mir die Ausstellung „Mut gegen Rechts“ anschau oder die vielfältigen Beispiele von gewerkschaftlichem Engagement gegen Rechts.

Ich bin froh und als Gewerkschafterin auch stolz darauf, dass immer wieder DGB und Gewerkschaften, dass wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier mit in der ersten Reihe stehen.

Wir dürfen alten und neuen Nazis keinen Raum lassen! Und wir müssen dafür eintreten, dass diejenigen gestärkt werden, die sich vor Ort querstellen und sich für Toleranz und Demokratie einsetzen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lasst mich noch einmal auf Hartz IV zurückkommen. Hartz IV hat den Druck in Richtung Niedriglohn massiv verschärft. Inzwischen rutscht jeder Dritte, der arbeitslos wird, direkt in Hartz IV.

Hartz IV selbst schützt vor Armut nicht. Da bedurfte es leider eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, um dies den Regierenden klarzumachen. Darauf hat Michael schon hingewiesen. Wobei übrigens dieses Urteil nicht zuletzt auch auf den hartnäckigen Einsatz von DGB und Gewerkschaften zurückgeht.

Jetzt haben wir es amtlich: Auch Kinder, deren Eltern auf Hartz IV angewiesen sind, haben ein Recht auf Bildung und vernünftige Startchancen in ihr Leben.

Deshalb werden wir hier auch nicht locker lassen: Wir brauchen nicht noch mehr Sonntagsreden von Schwarz-Gelb über Kinderarmut, sondern wir brauchen endlich Taten, wir brauchen substanzielle Verbesserungen, um den Skandal Kinderarmut zu beenden. (Beifall)

Die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt ist auch ein zentraler Grund für die Probleme der sozialen Sicherungssysteme. Wie soll denn bei einem Lohn von 5 oder 6 Euro eine anständige Rente herauskommen? Gleichzeitig hat die Politik die Leistungen der Rentenversicherung noch einmal um bis zu 25 Prozent zusammengestrichen. Deshalb droht uns in Zukunft Altersarmut.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Rente muss zum Leben reichen! An diesem Thema können sich die Parteien jetzt nicht mehr vorbeidrücken. Das haben wir mit unseren Aktionswochen im vergangenen Jahr gemeinsam auf die politische Tagesordnung gesetzt.

An dieser Stelle noch einmal meinen ganz herzlichen Dank für Eure vielen guten Ideen und Euer Engagement.

Wir werden weiter am Ball bleiben, auch bei der Rente mit 67. Im Herbst muss die Bundesregierung erklären, warum die Rente mit 67 arbeitsmarkt- und sozialpolitisch vertretbar sein soll. Wir haben dazu eine klare Position, gestützt auf Zahlen, Daten und Erfahrungen aus dem wirklichen Leben. Diese klare Position heißt: Die Rente mit 67 ist nicht vertretbar! (Beifall)

Und die Koalition würde sich keinen Zacken aus der Krone brechen, wenn sie dies endlich zur Kenntnis nehmen und die Rente mit 67 stoppen würde. (Beifall)

Diese ganzen Probleme sind ja nicht vom Himmel gefallen, sondern sie sind politisch gemacht. Und da legt die Koalition jetzt sogar noch eine Schippe drauf: Beispiel Kopfpauschale. Alle, ganz gleich ob Sekretärin, Rentner oder Abteilungsleiter, sollen, wenn es nach der Koalition – vor allem der FDP – geht, die gleiche Pauschale zahlen. Und wer das nicht zahlen kann, soll einen „Sozialausgleich“ beantragen – Hartz IV lässt grüßen. Da werden Versicherte zu Bittstellern und statt solidarisch finanzierter Sicherheit droht die Bedürftigkeitsprüfung.

Deshalb sagen wir: Stoppt die Kopfpauschale, sie wäre das Ende der Solidarität im Gesundheitswesen! (Beifall) Dazu haben wir die Initiative ergriffen und ein Bündnis gestartet: Köpfe gegen Kopfpauschale. Das ist ein Bündnis aus unterschiedlichsten Verbänden und Vereinen und prominenten Unterstützern.

Die Bürgerinnen und Bürger haben bei der Wahl in NRW auch über die Kopfpauschale abgestimmt. Jetzt hat die Kopfpauschale im Bundesrat keine Mehrheit mehr. Damit kann die FDP die Kopfpauschale begraben, auch wenn sie das nicht wahrhaben will.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aber damit ist die Auseinandersetzung nicht vorbei. Den Krankenkassen droht im nächsten Jahr ein Defizit von 10 bis 15 Milliarden Euro. Und die Koalition will – das hat sie klar und deutlich angekündigt – den Arbeitgeberbeitrag einfrieren. Das heißt, alle Belastungen sollen allein den Versicherten aufgedrückt werden.

Um das zu verschleiern, sollen noch mehr Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung – still und heimlich – privatisiert werden.

Deshalb werden wir hier weiter Druck machen, als DGB gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem Bündnis. Da setze ich auch auf Euch; das müssen wir nämlich alle zusammen anpacken. Wir stehen für die solidarische Alternative. Diese solidarische Alternative heißt Bürgerversicherung. (Beifall)

Wir haben den Minister für den Juli eingeladen, und zwar zu einer öffentlichen Diskussion. Ich bin gespannt, ob er sich der Auseinandersetzung stellt. Das werden wir ja sehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in diesem Jahr werden die Weichen gestellt: mehr Solidarität oder die Entkernung der gesetzlichen Krankenversicherung. Ich bin sicher: Wir brauchen wieder mehr Solidarität, nicht nur in der Krankenversicherung, sondern in der gesamten Gesellschaft. Das durchzusetzen wird – gerade angesichts der Krise und der Bewältigung der Krisenlasten – ganz bestimmt nicht einfach.

Aber ich bin sicher, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Für den Sozialstaat, für mehr Solidarität in unserer Gesellschaft lohnt sich unser Einsatz. – Danke schön. (Beifall)

#### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Annelie, auch für die zeitliche Punktlandung. Jetzt ist Claus Matecki an der Reihe. – Claus, bitte schön.

#### **Claus Matecki, Mitglied des DGB-Bundesvorstands**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Land steckt in der schwersten Krise seit 80 Jahren. Die Jagd nach schnellen Rekordrenditen hat unsere Gesellschaft fast an den Abgrund geführt. Deshalb: Wir können und wir wollen nicht zur Tagesordnung übergehen.

Nur zur Erinnerung: Diese Krise hat weltweit mehr als 20 Millionen Arbeitsplätze zerstört, diese Krise hat über 40 Millionen Menschen in Armut gestürzt. Eine solche Krise darf sich nie wiederholen, nie wieder. Nie wieder dürfen Banker die Arbeitsplätze und den Lebensstandard unserer Kolleginnen und Kollegen bedrohen.

Dass es bei den Geldanlagen auch anders geht, haben wir bei unseren DGB-Geldanlagen bewiesen. Die Aufgabe ist durch die Krise nicht gerade einfacher geworden. Das eine ist das Zusammenhalten der Kasse, und das andere ist die vernünftige Anlage von Geldern zu Konditionen mit beherrschbaren Risiken. Kurz gesagt: Trotz der schwierigen Situation haben wir das dank unserer soliden Anlagestrategie gut gemeistert.

Mit vereinten Kräften ist es uns gelungen, eine soziale Katastrophe zu verhindern. Nicht die Finanzjongleure, sondern unsere Belegschaften, unsere Betriebsrätinnen und Betriebsräte und nicht zuletzt unsere Hauptamtlichen haben dafür gesorgt, dass Massenentlassungen verhindert wurden. Wir haben Druck aufgebaut, sodass die Politik unsere Forderungen teilweise umsetzte. Und die Kurzarbeit hat viele Arbeitsplätze gesichert. Wir haben als Erste ein zukunftsgerichtetes Konjunkturpaket vorgelegt, als die Märkte kläglich versagten. Wir haben die aktive Rolle des Staats eingefordert, die Politik hat gehandelt, und das ist gut so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Krise hat nicht wie die große Weltwirtschaftskrise 1929 zum Umdenken und Gegensteuern geführt. Das Monster ist quicklebendig, so sagt es der Bundespräsident. Die Ursachen der Krise wirken immer noch. Die Finanzmärkte wurden nicht an die Kette gelegt, das Kasino ist weiterhin geöffnet. Die Umverteilung von unten nach oben geht weiter, die Reallöhne sinken das sechste Jahr in Folge. Die globalen Ungleichgewichte werden nicht solidarisch abgebaut.

Warum ist das so? Warum konnte sich die Wirtschafts- und Finanzkrise zur Staatskrise auswachsen? Die Antwort ist schon fast banal: Für große Teile von Wirtschaft und Politik ist die Macht der Märkte unantastbar. Die Unverfrorenheit, mit der die Banken vor der öffentlichen Kritik auf Tauchstation gehen und die Politik gleichzeitig für ihre Interessen in Geiselhaft nehmen, macht viele fassungslos. Sie haben Politik und Steuerzahler immer wieder erfolgreich mit dem drohenden Untergang erpresst.

Der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds Johnson hat kürzlich den Verlauf der US-amerikanischen Bankenrettung als einen Putsch der Wall Street bezeichnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Mann hat Recht. Und ich füge hinzu: Für Deutschland gilt das Gleiche.

Nur so erklärt sich, dass die Verursacher der Krise zwar mit Steuergeld gerettet wurden, die Zeche aber nicht zahlen müssen. Nur so erklärt sich, dass Investmentbanken schon wieder Rekordgewinne einfahren können. Nur so erklärt sich, dass Spekulationen weiterhin erlaubt sind. Damit aber nicht genug. Jetzt entscheiden die Finanzmärkte auch noch über die Zukunft Europas.

Was mit Griechenland passiert ist, hätte zur Kernschmelze der gesamten Eurozone führen können. Seit einem halben Jahr zocken Hedgefonds und Investmentbanken mit Kreditausfallversicherungen auf den Untergang der Akropolis. Ratingagenturen, die kürzlich noch Bestnoten für Schrottpapiere vergaben, orakeln jetzt über die Zukunft demokratischer Staaten. Ich sage es deutlich: Diese Extraprofite der Finanzakrobaten bezahlen unsere griechischen Kolleginnen und Kollegen mit Lohn- und Rentenkürzungen. Und alles nur, weil Merkel, Schäuble und Westerwelle sich geweigert haben, schnell und unbürokratisch zu helfen. Das schadet uns, das schadet unserem Land, und das schadet Europa. (Leichter Beifall)

Eine solidarische Lösung dieser Schuldenkrise ist nur möglich, wenn wir dafür sorgen, dass steigende Löhne und mehr öffentliche Investitionen unseren Binnenmarkt in Schwung bringen. Kurzfristig müssen wir durch schnelle Finanzhilfen und strenge Regulierungen den Spekulanten das Handwerk legen.

An den Gewerkschaften hat es nicht gelegen, dass bis heute keine Lehren aus dieser Krise gezogen wurden. Wir haben wichtige Abwehrkämpfe organisiert. Wir haben über die Ursachen der Krise aufgeklärt, und wir haben unsere Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus immer wieder deutlich gemacht. Wir haben in unseren Veröffentlichungen wie „Klartext“ und „Standpunkt“ immer wieder Position bezogen. Wir haben nicht nur kritisiert, sondern wir haben immer wieder unsere Antworten formuliert. In rund 200 Veranstaltungen in unseren Regionen haben wir in den letzten zwei Jahren über die Krise aufgeklärt und diskutiert. Nicht zuletzt ging es dabei um die Umsetzung der Konjunkturprogramme und die Finanzsituation der Kommunen. Der Irrwitz der Schuldenbremse wird hier besonders deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erfolglos waren wir nicht. Die öffentliche Meinung hat sich in vielen Politikfeldern zu unseren Gunsten gedreht. Ich nenne an vorderster Stelle das Thema „Mindestlohn“. Nicht zuletzt dank unserer Mindestlohnkampagne ist es uns gelungen, eine Zustimmung von rund 80 Prozent zu Mindestlöhnen in der Bevölkerung zu erreichen. Trotzdem lehnt die Bundesregierung – wir haben heute Morgen die Kanzlerin gehört – einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Mittlerweile haben wir Mindestlöhne auf der Basis des Arbeitnehmerentendegesetzes durchgesetzt: im Bereich der Abfallwirtschaft, im Baugewerbe, bei Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken, im Dachdecker- und Elektrohandwerk, in der Gebäudereinigung, im Maler- und Lackiererhandwerk sowie bei Wäschedienstleistungen im Objektkundengeschäft.

Unsere Forderung gilt aber für alle Branchen. Niemals werden wir Armutslöhne akzeptieren. Es ist ein Gebot der Menschenwürde. Wer vollschichtig arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können. (Beifall) Wir fordern die Politik auf, ihren Widerstand gegen Mindestlöhne aufzugeben.

Auch in anderen Politikfeldern konnten wir die öffentliche Meinung positiv beeinflussen. Ich nenne nur einige Stichworte: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, öffentliches Eigentum statt Privatisierung, Vermögens- und Finanztransaktionssteuer. Für alle diese Forderungen gibt es bereits heute breite Mehrheiten in der Bevölkerung. Dennoch, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die ideologischen Wegbereiter dieser Krise in die Regierung gewählt wurden.

Drei Jahrzehnte neoliberale Politik haben die Spuren in den Köpfen vieler Menschen hinterlassen. Unsere Gesellschaft ist tief gespalten. Die Trennlinien verlaufen zwischen arm und reich, zwischen sicher und prekär und zwischen krank und gesund. Immer mehr Menschen führen einen täglichen Existenzkampf; da bleibt Solidarität oftmals auf der Strecke.

Das ist aber für uns kein Grund zurückzustecken. Die Erkenntnis geht manchmal verschlungene Wege, und sie wächst. Noch nie in der Geschichte dieser Republik hat eine Regierung so schnell an Rückhalt verloren. Den Menschen reicht es mit einer Regierung, die sich schützend vor Banker und Unternehmer, Hoteliers und Vermögende stellt, während die arbeitende Bevölkerung die Zeche dieser Krise bezahlen muss. (Leichter Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die größten Auseinandersetzungen stehen uns aber noch bevor. Die Bankenrettung ließ die Staatsverschuldung auf 1,7 Billionen Euro steigen. Merkel, Schäuble und Westerwelle wollen nun die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen und die Rentner dazu zwingen, den Gürtel enger zu schnallen. Die geplünderten Kassen bieten wieder einmal den Vorwand für den Kahlschlag des öffentlichen Dienstes, für die Privatisierung von Verkehrsunternehmen, von Sozialwohnungen und anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kurzum: Die Krise des Neoliberalismus soll durch eine erhöhte Dosis falscher Medizin überwunden werden.

Wir werden uns gegen diesen Angriffen zur Wehr setzen. Wir streiten für eine soziale und ökologische Reformpolitik. Unsere Positionen sind klar: Wir treten ein für eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte. Die Finanzwirtschaft muss der Realwirtschaft dienen und nicht umgekehrt.

Wir brauchen Investitionen in Arbeitsplätze, aber keine neuen Spekulationsblasen. Um dies zu erreichen, müssen wir systemrelevante Banken zerlegen, einen Finanzmarkt-TÜV einführen und die Verursacher der Krise durch eine echte Bankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer zur Kasse bitten.

Wir unterstützen die tarifpolitische Auseinandersetzung der Bankbeschäftigten für bessere Bezahlung und faire Beratungsbedingungen. Unsere Tagung „Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen“ hat gezeigt: Es gibt gemeinsame Interessen von Beschäftigten und Verbrauchern für bessere Regelungen am Finanzmarkt. Diese gesellschaftlichen Bündnisse sind wichtig.

Wir treten ein für eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Deswegen muss der arbeits- und sozialpolitische Irrweg der letzten Jahre beendet werden. Mindestlöhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die staatliche Förderung regulärer Beschäftigung sind das Gebot der Stunde. Eine andere Steuerpolitik kann dazu beitragen, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Deswegen müssen hohe Einkommen und Vermögen zukünftig stärker besteuert werden. So bremsen wir den Zufluss in die Spekulation und haben mehr Geld für die Sozialkassen und öffentlichen Investitionen.

Wir treten ein für einen modernen Sozialstaat, der die Lebensrisiken der Menschen absichert und die Gesellschaft sozial durchlässiger macht. Ein moderner Sozialstaat investiert in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Ein moderner Sozialstaat kennt keine Kinderarmut, keine Kopfpauschale und keine Rente mit 67. Wir treten ein, Kolleginnen und Kollegen, für nachhaltiges Wirtschaften, das den Klimawandel bekämpft und den ökologischen Umbau anpackt. Wir treten ein für eine zukünftige Strukturpolitik. Industrie und Dienstleistungen gehören für uns zusammen. Wir treten ein für eine stärkere Rolle öffentli-

chen Eigentums. „Privat vor Staat“ war gestern. Die Finanzkrise hat uns klargemacht: Der Kapitalmarkt ist kein verlässlicher Partner, wenn die Politik ihren öffentlichen Auftrag gut erfüllen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor schweren Zeiten. Doch wir haben einen politischen Kompass und eine handlungsfähige Organisation. Wir streiten für Ideen, die nachhaltiger sind als die Jagd nach dem schnellen Euro. Wir sind nicht allein. Wir haben einflussreiche Bündnispartner, die gemeinsam mit uns streiten werden: die Kirchen, die Sozialverbände, soziale Bewegungen und auch Parteien. Gemeinsam können wir unsere Gesellschaft lebenswerter machen. – Vielen Dank. (Beifall)

#### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Claus. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Geschäftsbericht gehört natürlich auch der Bericht der Revisionskommission. Diesen gibt Bertin Eichler, Sprecher der Revisionskommission, ab. – Bertin, Du hast das Wort.

#### **Bertin Eichler, Sprecher der Revisionskommission**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als Grundlage für die Existenz von Revisionskommissionen habe ich ein kleines witziges japanisches Sprichwort gefunden. Es lautet: „Geld hat keine Beine, aber es kann laufen.“ – Also, es gilt, darauf zu achten, dass es sich nicht selbstständig macht, und das gilt sicherlich insbesondere für Mitgliedsbeiträge. Unsere Mitglieder müssen sich sicher sein, dass mit ihren Beiträgen sorgfältig umgegangen wird.

Auf dem letzten Bundeskongress des DGB im Jahre 2006 wählten die Delegierten den Kollegen Werner Bischoff von der IG BCE, den Kollegen Hans-Joachim Wilms von der IG BAU sowie mich von der IG Metall als Mitglieder der dreiköpfigen Revisionskommission. Im März 2010 schieden die Kollegen Werner Bischoff und Hans-Joachim Wilms aus. An dieser Stelle möchte ich mich bei Werner und bei Hajo recht herzlich für die kollegiale und gute Zusammenarbeit bedanken. (Beifall) Als ihre Nachfolger hat der Bundesausschuss am 3. März 2010 die Kollegen Robert Feiger von der IG BAU und Peter Hausmann von der IG BCE nachgewählt. – So viel zum Personellen.

Nun zu den Inhalten. In den Jahren 2006 bis 2010 haben wir insgesamt 16 Revisionen durchgeführt; der in der Satzung vorgegebene vierteljährliche Turnus wurde also eingehalten. Der Revisionsumfang erstreckte sich auf die Bundeshauptkasse, auf den Solidaritätsfonds und auf die jeweiligen Kontenbewegungen. Hierbei wurden jeweils Stichproben der Bankkonten, der Tageskasse sowie der Buchungsbelege durchgeführt. Die Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte der VTG des DGB sowie die Jahresabschlüsse des DGB lagen uns ebenfalls vor, wurden von uns geprüft und für in Ordnung gefunden. Besonderheiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind hier nicht zu berichten. Sämtliche Prüfberichte wurden von Wirtschaftsprüfern testiert. Sie hatten jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Zusätzlich zu den eben genannten regelmäßigen Prüfungsinhalten haben wir einige besondere Aktivitäten der letzten vier Jahre überprüft. Dies waren die Kommunikationskampagne, der Aktionstag am 21.10.2006, die DGB-Begleitkampagnen zu den Betriebsratswahlen 2006 und 2010, die Demonstrationen in Berlin am 11. Februar 2006 und in Straßburg am 14. Februar 2010, die Initiative „Trendwende“, die Kampagnen zum Mindestlohn und zur Alterssicherung, der DGB-Kapitalismus-Kongress und die Aktionswoche des EGB in 2009.

Insgesamt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann festgehalten werden: Diese Abrechnungen erfolgten ordnungsgemäß. Die jeweils vorgesehenen Budgets wurden eingehalten und konnten im Einzelfall sogar unterschritten werden.

Darüber hinaus haben wir natürlich geprüft, ob die einzelnen Ausgabeposten durch Beschlüsse des Bundesvorstands gedeckt waren. Dem Bundesvorstand haben wir über jede Revision schriftlich berichtet. Dem Bundesausschuss wurde einmal jährlich mündlich Bericht erstattet; so sieht es die Satzung des DGB vor. In beiden Gremien wurden die Berichte zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zusammenfassend, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich feststellen: Die Buchhaltung war stets auf dem aktuellen Stand. Nachweise und Belege waren vorhanden, geordnet und nachvollziehbar. Die für unsere Prüfungen erforderlichen Unterlagen wurden uns jederzeit zur Verfügung gestellt. Es gab keinen Anlass zu Beanstandungen, und Nachfragen von unserer Seite konnten stets kompetent und abschließend beantwortet werden.

Im Namen der Revisionskommission möchte ich mich deshalb bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzabteilung recht herzlich für die Arbeit bedanken, stellvertretend bei ihrem Leiter Matthias Müller und dem verantwortlichen Vorstandsmitglied Claus Matecki. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Bertin. – Kolleginnen und Kollegen! Wir sind jetzt mit der Berichterstattung zum schriftlichen Geschäftsbericht durch. Herzlichen Dank für Eure Geduld, aber auch für Eure Disziplin.

Um dieses hohe Maß an Ruhe und Disziplin auch aufrechterhalten zu können, schlagen wir Euch vor, dass wir jetzt eine kurze Pause von ziemlich exakt zehn Minuten machen. Anschließend fahren wir mit den Wortmeldungen oder Aussprachen fort.

(Unterbrechung des Kongresses: 17:39 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 17.53 Uhr)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten mit dem Kongress fortfahren. Wir haben schon drei Minuten Verspätung. – Wir fahren jetzt mit der Aussprache fort. Wir nehmen uns dafür ausreichend Zeit. Das heißt, jeder und jede, die etwas sagen möchten, bekommen auch die Gelegenheit dazu. So sind wir.

Es liegen derzeit acht Wortmeldungen vor. Zu den Wortmeldungen noch folgende Hinweise. Bitte beachtet die Redezeit von zehn Minuten. Es folgt der Hinweis, dass die zehn Minuten nicht voll ausgenutzt werden müssen. Dazu auch der Hinweis an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes. Die haben das getan; das war auch in Ordnung.

Auf der Innenseite des Rednerpultes befindet sich – ich habe es vorhin gesagt – eine kleine Ampelanlage, die nach acht Minuten von Grün auf Gelb springt und nach 9 Minuten und 30 Sekunden, also 30 Sekunden vor Ablauf der zehn Minuten, auf Rot umspringt. Ihr habt also 30 Minuten Zeit, Euren Schlusssatz zu formulieren. (Heiterkeit) – Ich habe es schon mitbekommen, wollte mich korrigieren, aber Ihr wart mit dem Lachen schneller. Selbstverständlich 30 Sekunden!

Sofern Ihr konkrete Fragen im Rahmen der Wortbeiträge oder Wortmeldungen an einzelne Vorstandsbereiche, an einzelne Vorstandsmitglieder habt, gebt dies bitte entweder bereits bei der Wortmeldung oder in Eurem Wortbeitrag ganz konkret mit an, damit wir uns in der Beantwortung der Fragen auch darauf einstellen können.

Als Erster spricht jetzt der Kollege Dieter Petermann von der Gewerkschaft TRANSNET mit der Delegiertennummer 258. Ihm folgt – also bitte bereit halten – der Kollege Otto König, IG Metall, Delegiertennummer 201. – Dieter, Du hast das Wort.

**Dieter Petermann**

Sehr geehrte Delegierte, werte Gäste! Auf der Seniorenpolitischen Konferenz des DGB am 9. Dezember 2009 in Hamburg, die unter der Überschrift „Gerechtigkeit für alle Generationen – Herausforderung für die Sozialpolitik“ stand, sagte Annelie Buntentbach zum Schluss ihres Vortrages: „Die Gewerkschaften brauchen engagierte und lautstarke Seniorinnen und Senioren.“ Das sind wir, und das wollen wir auch sein. (Vereinzelt Beifall)

Der Geschäftsbericht 2006/2009 des DGB befasst sich nur in einem für meine Begriffe kleinen Abschnitt mit der Seniorinnen- und Seniorenpolitik. Sie ist weitaus umfangreicher, als hier dargestellt. Mir ist bewusst: Die Tarifpolitik und der Kampf um das Wohl der berufstätigen Kolleginnen und Kollegen bilden das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Zur Förderung der seniorenpolitischen Arbeit wurde im DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg der Landesseniorenarbeitskreis gebildet. Er besteht aus Vertretern von Seniorinnen und Senioren aller Einzelgewerkschaften. Nicht in allen DGB-Bezirken ist so eine kontinuierliche Abstimmung der gewerkschaftlichen Arbeitskreise möglich.

Die Arbeit des Landesseniorenarbeitskreises besteht in der Einschätzung der Sozialpolitik, in der Erarbeitung von Forderungen an die Sozialpolitik und in der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu politischen Themen, die für Seniorinnen und Senioren und nachfolgende Generationen, das heißt rentennahe Jahrgänge, wichtig sind.

Zur Realisierung der Aufgaben wirken im Landesseniorenarbeitskreis drei Fachausschüsse: In den Fachausschüssen Renten und Versorgung, Gesundheit und Pflege sowie Wohnen werden fachspezifische und sozialpolitische Themen diskutiert, gemeinsame Interessen artikuliert sowie Aufgaben in Form von Festlegungen und Initiativen dem Landesseniorenarbeitskreis vorgeschlagen. Schwerpunktthemen bilden unter anderem: Angleichung des aktuellen Rentenwertes, Rente mit 67, Nullrunden bei den Renten, die Gesundheitsreform und ihre Auswirkungen auf die Seniorinnen und Senioren und rentennahe Jahrgänge, Wohnen im Alter und die Bezahlbarkeit von Wohnraum und andere wichtige Themen. Diese Schwerpunktthemen werden von den Politikern in den Fraktionen vom Berliner Senat und vom Deutschen Bundestag herangetragen sowie als Petitionen den Petitionsausschüssen von Senat und Bundestag zur Kenntnis gebracht.

Zur Kenntnis bringen möchte ich noch eine Bemerkung zur Anlage des Geschäftsberichtes. Im Abschnitt „Soziale Sicherungssysteme“ heißt es im angenommenen Antrag H 001 in der Fassung des Änderungsantrages L 006 – ich zitiere –: „Der Fortbestand zweier unterschiedlicher Rechtsgebiete in der gesetzlichen Rentenversicherung in Ost- und Westdeutschland muss überwunden werden. Eine abschließende Regelung ist in der laufenden Legislaturperiode anzustreben.“ So weit das Zitat.

Im Erledigungsvermerk auf Seite 115 finde ich die Aussage: „Der DGB hat in mehreren Stellungnahmen und Anhörungen, aber auch mehrfach in seiner Pressearbeit die Position vertreten, dass von der Bundesregierung ein Vorschlag für die Angleichung der Rechenwerte der Rentenversicherung in Ost- und Westdeutschland erwartet wird.“ Was versteht der DGB unter „Rechenwerte“? Heißt das etwa, der DGB folgt hier den Ausführungen des Sachverständigenrates: besitzstandswahrende Umbasierung der Rechengrößen? Wenn das so ist, kann ich Euch schon heute sagen, gibt das einen Proteststurm aus den neuen Bundesländern.

Warum trifft der DGB keine Aussage zum Vorschlag von ver.di, einem Angleichungszuschlag im Stufenmodell, das von mehreren Einzelgewerkschaften und Sozialverbänden unterstützt wird?

Doch zurück zum Landesseniorenarbeitskreis. Damit Ihr Euch ein weiteres Bild von der Arbeit des Landesseniorenarbeitskreises machen könnt, ist im Vorraum zu dieser Konferenz ein Informationsstand aufgebaut, an dem Ihr Euch mit aussagekräftigem Material zur Arbeit des Landesseniorenarbeitskreises versorgen könnt. Die den Stand betreuenden Kollegen stehen Euch gerne für weitere Informationen zur Verfügung.

Lassen Sie mich ganz schnell noch einen kleinen Schlenker zu den zu beschließenden Anträgen machen.

Durch die unterschiedliche Orientierung der Einzelgewerkschaften zu Fragen der Sozialpolitik sind der Solidaritätsgedanke und die kollektive Verantwortung stark eingeschränkt. Es fehlt die innerliche Identifizierung zwischen Jung und Alt. Die Stärkung der seniorenpolitischen Vertretung innerhalb des DGB hängt schließlich auch von der Frage ab, ob und wie stark Seniorenpolitik in der Satzung der Einzelgewerkschaften und des DGB durch die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren verankert wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Dieter. – Ich darf noch einen organisatorischen Hinweis bezüglich des Abendessens im Haus geben. Es ist mehrfach angefragt worden, ob es heute die Möglichkeit gibt, im Haus zu Abend zu essen. Der erste Hinweis für alle, die an ihren Bezirksabenden der DGB-Bezirke teilnehmen: Dort ist natürlich Essen organisiert. Insofern müssen diejenigen hier nicht mit berücksichtigt werden. Wer aber heute Abend nicht an einer DGB-Veranstaltung außerhalb des Hotels teilnimmt, wer in die Stadt geht oder kein Abendessen möchte, sollte sich bei der jetzt folgenden Feststellung, wie viel Essen benötigt wird, nicht beteiligen. Ich darf jetzt alle bitten, die heute Abend hier im Hotel essen möchten, die Hand zu heben. (Zurufe: Auszählen!) – Nein, wir brauchen die Zählkommission jetzt nicht. Wir haben sehr verlässliche Schätzer. (Heiterkeit) Ich vermute, dass wir alle so clever sind, dass wir nicht einzelne Positionen bestellen, sondern vielleicht etwas, was buffetmäßig angeboten werden kann. Dann wäre das vernünftig geregelt. – Vielen Dank.

Jetzt darf ich den Kollegen Otto König, IG Metall, Delegiertennummer 201, ans Redepult bitten.

### **Otto König**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Michael und Claus haben in ihren Geschäftsberichten den Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möge sich diese Krise in dieser Form nicht wiederholen. Ich befürchte, Michael, wenn wir es nur bei dem Wunsch belassen und nicht unsere eigentlichen Forderungen nach Regulierung der Finanzmärkte mit Druck unterstützen, wird sich die Krise in der Tat wiederholen. Denn das Kasino ist wieder eröffnet – Claus hat darauf hingewiesen –, es wird wieder gezockt an den Spieltischen. Die skrupellosen Spekulanten in den Investmentbanken haben ihre letzte Scham verloren; sie nehmen ja jetzt ganze Staaten in Geiselschaft. Während die Spekulanten bei Goldman & Sachs in den vergangenen Wochen Irrsinnssummen verdienten und wieder mit Champagner anstießen, haben nach wie vor unsere Kolleginnen und Kollegen in den Metallbetrieben und in anderen Bereichen Angst um ihre Arbeitsplätze. Die Kurzarbeit ist noch nicht passé. Wir haben es nach wie vor damit zu tun, während die schon wieder auf ihre Gewinne anstoßen, Kolleginnen und Kollegen. Ich fände es gut, wenn von diesem Kongress ein klares Signal zu der Frage „Griechenland“ und zur Finanzkrise ausginge, wenn wir auch unsere Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Griechenland bekunden und ganz klar sagen würden, dass wir international da etwas tun müssen. (Beifall)

Es rächt sich, dass bis heute weder in Deutschland noch in Europa Konsequenzen aus der Finanzmarktkatastrophe gezogen worden sind. Im Gegenteil, Schwarz-Gelb und insbesondere die FDP schützen die Banken und Spekulanten, statt den Finanzmarkt zu regulieren und beispielsweise die längst überfällige Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Im Übrigen, Kolleginnen und Kollegen, haben wir heute Mittag ja live erlebt, wie eine Kanzlerin sich zwar gut verkauft, aber gleichzeitig die Methode des Aussitzens wie unter Kohl fortsetzt. Sie hat nicht gesagt, dass sie in dieser Frage etwas tut, Kolleginnen und Kollegen.

Statt den Spekulanten das Handwerk zu legen, damit sie nicht auf den Staatsbankrott von Ländern wie Griechenland wetten können, wurde die Situation mit populistischen Floskeln und Aufsätzen verschärft. Lasst mich auch sagen: Ich finde es unverschämmt und beschämend, wie Teile der Boulevardpresse in unserem Land mit chauvinistischen Kommentaren das auch noch unterstützen. (Beifall) Wir dürfen deshalb nicht akzeptieren, dass durch Einschnitte in sozialstaatliche Rechte und die Kürzung von Arbeits- und Sozialeinkommen die Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise den arbeitenden Menschen aufgebürdet werden.

Michael, Du hast darauf hingewiesen: Ja, in der Tat haben exakt vor einem Jahr hier in Berlin 100.000 Kolleginnen und Kollegen demonstriert. Sie haben klargemacht: Wir zahlen nicht für Eure Krise. Ich denke, daran hat sich nach einem Jahr nichts verändert. Dabei bleibt es. Wir zahlen als Arbeitnehmer nicht für diese Krise, Kolleginnen und Kollegen. (Leichter Beifall) Die Botschaft von Frau Merkel heute Mittag, dass es keine Einschnitte geben wird, hört man wohl – allein mir fehlt der Glaube. Es gibt halt diese Kochs und die anderen Ministerpräsidenten, die jetzt in der Tat schon über die ersten Einschnitte reden. Sie lassen die Spekulationspaläste in Frieden und erklären den Hütten, den Kindergärten, den Gymnasien, den Berufsschulen und den Universitäten den Krieg. Dass sie ausgerechnet bei Kindern, Schülern, Auszubildenden, Studenten und Arbeitslosen die Kosten für die Krise eintreiben wollen, Kolleginnen und Kollegen, halte ich für ein soziales Verbrechen. (Vereinzelt Beifall) Dieser zynische Vorstoß von Roland Koch, ergänzt durch die zynischen Angriffe des FDP-Vorsitzenden gegen unsere arbeitslosen Kollegen, ist in der Tat nicht mehr auszuhalten. Koch und Westerwelle sind gefährliche Brandstifter, die als Feuerwehrmänner verkleidet behaupten, sie könnten mit Benzin einen Großbrand löschen. Wer Beschäftigte gegen Arbeitslose aufbringen will, wer Hartz-IV-Empfängern den letzten Cent und die Würde rauben will, der spaltet die Gesellschaft, der wird das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes aus den Angeln heben. Wir müssen diesen Menschen und diesen Politikern in den Arm fallen, aber nicht mit der schärfsten Waffe, die wir haben, mit der Presseerklärung, sondern mit dem Druck aller Gewerkschaftsmitglieder.

Kolleginnen und Kollegen, das Satiremagazin „Titanic“ hat in seiner März-Ausgabe die Schlagzeile „Toyota ruft Westerwelle zurück“ auf dem Titel. Die Diagnose lautet: Kopfdichtung defekt, Schraube locker, nicht zu bremsen. (Heiterkeit – Beifall) Nein, es war nicht Toyota, es waren die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen, die Schwarz-Gelb vor einer Woche abgestraft und Westerwelle gebremst haben. Aber das Kreuz auf dem Wahlzettel reicht nicht, jetzt müssen wir den weiteren Druck machen, Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall) Wir müssen für eine Gesellschaft streiten, die die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft, und dazu gehört nicht die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sondern die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Insoweit muss man schon hinhören, wenn Frau Merkel vor dem Hintergrund, dass sie noch in diesem Jahr das Gesetz zu überprüfen hat, heute wieder klipp und klar sagt, sie möchte die Verlängerung der Lebensarbeitszeit beibehalten. Das können wir nicht akzeptieren, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir fordern deshalb die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen auf, ein transparentes Prüfungsverfahren unter Beteiligung der Gewerkschaften einzuleiten. Dabei müssen die Belastungen am Arbeitsplatz, die tatsächlichen Chancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt sowie die sozialen Auswirkungen einer verlängerten Lebensarbeitszeit für jüngere und ältere Beschäftigte berücksichtigt werden. Wir bleiben dabei: Die Rente mit 67 muss weg. (Beifall) Doch das wird kein Selbstläufer, Kolleginnen und Kollegen.

Für die Forderungen, die Rente mit 67 muss fallen, gegen die Einführung der Kopfpauschale, für die Sicherung der Beschäftigung in den Betrieben, für die Regulierung der Finanzmärkte müssen wir gemeinsam Druck machen. Dafür sollte auch von diesem Kongress ein Signal gesetzt werden, Kolleginnen und Kollegen.

Michael, es ist richtig, dass wir den Kapitalismus-Kongress vom Mai letzten Jahres im Herbst fortsetzen. Aber es reicht nicht aus, dass wir uns dann nur wieder in Sälen treffen und über die Frage diskutieren, wie erneut der Finanzmarkt reguliert werden muss. Wir müssen auch in der Tat das fortsetzen, was wir vor einem Jahr am 16. Mai hier gemacht haben. Es muss nicht in Berlin sein. Wir können die Frage des Drucks der Mitglieder genauso in den einzelnen Landesbezirken, in den Landeshauptstädten machen. Aber wir müssen uns für die Forderungen, die wir hier auch beschließen, entsprechend auf die Straße bewegen. – Ich danke Euch. (Beifall)

### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Als Nächster hat das Wort Hans Peter Eschweiler, IG BAU, Delegiertenummer 4. Otto, Dir recht herzlichen Dank für Deinen Wortbeitrag.

### **Hans Peter Eschweiler**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lasst mich zunächst einmal den Kollegen danken, die für die Zusammenstellung des Geschäftsberichts verantwortlich waren. Ich denke, ich spreche im Sinne der meisten Anwesenden hier, wenn ich sage, dass dieser Geschäftsbericht insbesondere in seinem redaktionellen Teil keine Wünsche offen lässt. Er ist zeitnah gestaltet. Er ist sehr gut in seiner Aufmachung. Vielen Dank.

Inhalt dieses Geschäftsberichts ist aber auch ein Anhang, der unter anderem überschrieben ist mit „Chronik der Ereignisse der Jahre 2006 bis 2009“. Lasst mich hierzu zwei kritische Anmerkungen machen.

Erste Anmerkung. Die IG BAU hat im Jahr 2007 einen Arbeitskampf im Bauhauptgewerbe geführt, der sehr schwierig war. Dieser Arbeitskampf ist geführt worden auf einem Terrain, das nicht ganz einfach ist. Er ist geführt worden in kleinsten Kleinbetrieben, nämlich da, wo das Handwerk regiert und nicht die Industrie. Dieser Arbeitskampf ist letztendlich zum Erfolg gekommen, weil es viele Kolleginnen und Kollegen gegeben hat, die sich dort engagiert haben, die sich dort eingebracht haben und die letztendlich dafür verantwortlich waren, dass dieser Arbeitskampf auch ein Erfolg wurde.

Ich lese in dieser „Chronik der Ereignisse“ in diesem Geschäftsbericht mit Datum vom 19. März 2007: „bundesweiter Ärzteprotest gegen die Gesundheitsreform“. Ich finde nichts, was darauf hinweist, dass die IG BAU im Jahr 2007 diesen Arbeitskampf geführt hat. Hier muss man auch einmal die Relationen betrachten, um was es hier geht. Es ist etwas anderes, wenn eine Industriegewerkschaft wie die IG BAU in einem solchen Bereich einen Arbeitskampf führt oder als wenn Ärzte einen bundesweiten Protesttag durchführen. (Beifall)

Zweite Anmerkung. Da möchte ich zunächst dem Kollegen Michael Sommer recht herzlich danken. Er hat ja in seinen mündlichen Ausführungen zum Geschäftsbericht auch auf die Bedeutung des Arbeitskampfes im Gebäudereiniger-Handwerk hingewiesen. Und auch hier hat die IG BAU im vergangenen Jahr erstmalig in ihrer Geschichte, erstmalig aber auch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, einen Arbeitskampf in einem Bereich geführt, der immer größere Bedeutung erlangt. Und auch zu diesem für uns als IG BAU ganz zentralen Punkt finde ich in diesem Geschäftsbericht und in dieser Chronik nichts.

Ich verstehe diese Chronik so – das wäre mein Anspruch, würde ich sie redaktionell gestalten müssen –, dass dort aufgelistet werden Dinge, Ereignisse, die aus gewerkschaftlicher Sicht während dieses Berichtszeitraums von Wichtigkeit waren. Hier bitte ich dringend darum, dies in Zukunft nachzubessern und hier die Relationen der Ereignisse auch zu berücksichtigen. – Danke schön. (Beifall)

### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Hans Peter. Jetzt hat das Wort die Kollegin Gabriele Landen, Delegiertenummer 327, ver.di.

### **Gabriele Landen**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben von Michael gehört, Mindestlohn 8,50 Euro, gute Tarifverträge, wir setzen uns dafür ein. Von einem guten Arbeitgeber erwarte ich, dass er auch mit guten Dienstleistern zusammenarbeitet. Gute Dienstleister sind für mich tarifiert.

Warum sage ich das? Ich bin bei ver.di in dem bunten Fachbereich 13 und gehöre dort zu der Fachgruppe „Touristik, Freizeit, Wohlbefinden“. Was ist passiert? Wir wurden eingeladen, und ich stellte fest, mit einem nicht tarifierten Unternehmen werden die Reisemittel besorgt. Für mich geht es nicht nur darum, dass die touristischen Unternehmen irgendwo jetzt tarifiert sein sollen, mit denen der DGB oder die Gewerkschaften zusammenarbeiten, sondern ich erwarte, wir alle, unsere Kolleginnen erwarten, und ich glaube, auch die ehrenamtlichen, dass wir wirklich nur mit tarifierten Unternehmen arbeiten. Wenn wir das nicht tun, wer macht es dann? (Beifall)

Es wird ja ein Unternehmen unterstützt, das ausgetreten ist, das die Tariffucht begangen hat, und nicht nur ein Unternehmen in der Touristik, sondern auch in anderen Branchen. Die, die tarifiert sind, bekommen vielleicht den Tarifvertrag verschlechtert, denn es ist ja kaum noch jemand drin im Tarifverband. Ich erwarte wirklich in den nächsten Jahren, dass wir alle, alle Mitgliedsgewerkschaften, der DGB darauf achten, nur mit tarifierten Unternehmen zu arbeiten. – Danke. (Beifall)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke schön, Gabi. Es kommt jetzt Horst Steiner, Delegiertenummer 375, ver.di.

**Horst Steiner**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin hier als Delegierter von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, und zwar aus dem Seniorenbereich. Ein Gastteilnehmer, ebenfalls ein Senior, hat hier kein Rederecht. Er hat mich gebeten, seinen Beitrag zu übernehmen, was ich auch hiermit tue. Es geht hier um den Kollegen Dr. Fritz Schirach, Teilnehmernummer 105/4.

Ich möchte hier Bezug nehmen auf den mündlichen Geschäftsbericht, wo unser Vorsitzender, der Kollege Michael Sommer, in einer kurzen Passage auch die Seniorinnen und Senioren angesprochen hat.

Kolleginnen und Kollegen, gestattet mir hier mal eine persönliche Feststellung zu dem Seniorenbereich. Innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind allein 1.350.690 Seniorinnen und Senioren organisiert. Das sind 21,6 Prozent – man kann jetzt darüber streiten, ob das gut ist oder nicht – der insgesamt 6.264.923 Mitglieder der Einzelgewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Nun, Kolleginnen und Kollegen, ich bin jetzt nicht so vermessen zu sagen, die Seniorinnen und Senioren sind der Nabel der Welt, schon gar nicht im Deutschen Gewerkschaftsbund. Aber auf der anderen Seite glaube ich schon, man sollte sich das doch mal zu Gemüte führen. Ich möchte hier auch einmal daran erinnern, dass es schon Lob, Dank und Anerkennung verdient, wenn sich Kolleginnen und Kollegen bei den Einzelgewerkschaften auch über ihr Arbeitsleben hinaus gewerkschaftlich organisieren. Das finde ich persönlich sehr gut. (Beifall)

Ich bin jetzt fast noch versucht zu sagen, dass sich zumindest in der Einzelgewerkschaft, aus der ich komme, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Seniorenbereich sehr aktiv in die Gewerkschaftsarbeit mit einbringen. Die zählen also keineswegs zum alten Eisen, sondern machen wirklich eine ausgezeichnete Gewerkschaftsarbeit. Ich gehe mal davon aus, auch bei den anderen Einzelgewerkschaften ist das so.

Nun, Kolleginnen und Kollegen, jetzt muss ich den Michael mal ansprechen. Lieber Michael, Du hast – da muss ich ein bisschen zurückgehen – auf dem 18. Bundeskongress den Seniorinnen und Senioren versprochen, dass Du Dich gerne mal in einem Koordinationskreis, der aus den Vorsitzenden – ich spreche jetzt vornehmlich von den Ehrenamtlichen – der Seniorenausschüsse auf Bundesebene von den Einzelgewerkschaften besteht, einfindest, zumindest einmal im Jahr, um mit ihnen über seniorenelevante Themen zu sprechen. Ich glaube, das ist nicht zuviel verlangt, und es wäre auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber diesen Seniorinnen und Senioren.

Jetzt mussten wir leider Gottes feststellen – Terminnot hin und her –, dass dieses Versprechen bis jetzt nicht eingelöst wurde. Einmal wurde ein Termin angedacht, der kam dann aber nicht zustande. Nun, bei allem Verständnis für den vollen Terminkalender, ich hätte das – das sage ich jetzt mal ganz offen – auch gar nicht so auf dem Kongress angesprochen. Aber nachdem dieses Versprechen auf dem vergangenen Kongress gegeben wurde, jetzt die Bitte, Michael, auch an Dich, dass Du in der kommenden Legislaturperiode doch einmal die Zeit findest, zumindest einmal im Jahr mit Deinen Seniorinnen und Senioren – es sind ja nicht wenige; das sieht man ja an der Zahl – ein Gespräch zu führen, auch mit ihnen über für Senioren wichtige Themen zu beraten. Ich glaube, das ist nicht zuviel verlangt, und die Senioren würden es Dir auch danken. – Recht vielen Dank. (Beifall)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Horst. Es folgt Eberhard Brandt, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Delegiertenummer 82.

**Eberhard Brandt**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Michael Sommer hat eine eindrucksvolle Bilanz von Aktivitäten des DGB in der Krise vorgelegt. Er hat auch deutlich darstellen können, wie hoch die gesellschaftliche Akzeptanz für die guten Lösungen ist, für die der DGB eingetreten ist. Auch dass Frau Merkel anders als vor vier Jahren hier reagiert hat, ist ja schon ein Zeichen, dass der DGB etwas bewirkt. Auch der Kapitalismuskongress hat gezeigt, dass man das nicht nur auf einer einfachen Handlungsebene kann, sondern auch reflektieren kann über Strategien, die auf komplexere Analysen zurückgehen.

Aber es gibt eine Fehlstelle, und ich will zu der Fehlstelle sprechen. Die Fehlstelle ist: Der DGB hat es nicht geschafft, ein Steuerkonzept vorzulegen, ein Konzept, mit dem sich eine Bewegung auslösen lässt, die dafür sorgt, dass wir einen gut finanzierten Staat haben. Das ist allerdings aus meiner Sicht ein großer Fehler.

Wir stehen vor einer Krise der Staatshaushalte in Bund, Ländern und Kommunen. Frau Merkel hat mit ihrem Spruch, wir leben über unsere Verhältnisse, einen Sparhammer angekündigt. Was für eine Pointe setzt der DGB in dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den Staat? Im Rechenschaftsbericht, auch in der mündlichen Ergänzung, waren es nur magere Aussagen. Der DGB sei gegen Steuersenkungen, gegen Eskapaden, gegen die Schuldenbremse und für die Gewerbesteuer. Das war in dem Bereich alles, mehr nicht. Ingrid Sehrbrock hat vom Bildungsgipfel gesprochen und behauptet, da seien 13 Milliarden gesichert. Darüber mag man auch unterschiedlicher Auffassung sein, ob das so der Fall ist. Aber eine positive Idee fehlt, etwas, wofür sich streiten lässt, eine Alternative gegen den Sparzwang. Wie werden Bund, Länder und Kommunen finanziell so ausgestattet, dass die Demontage des Sozialstaats verhindert wird, dass sich überhaupt die Bundesrepublik mit Recht Sozialstaat nennen kann?

Die Bildung ist chronisch unterfinanziert, bei den Hochschulen, bei den Schulen, in den Kommunen, wenn man zur Bildung nicht nur die Kindertagesstätten, die Bibliotheken, die Theater oder die Einrichtungen wie Sportplätze rechnet. Alles das steht unter dem Verdikt, dass es nicht mehr staatlich zu finanzieren ist. Da gibt es neue Debatten von Koch, aber auch in Niedersachsen, woher ich stamme, von der CDU: Kindertagesstätten nicht mehr gebührenfrei, bremsen beim Ausbau der Kindertagesstätten, Personalabbau bei Hochschulen, Personalabbau bei Schulen, obwohl das Personal gebraucht wird, weil das vorhandene Personal kolossal überlastet wird. Ist das eine Frage der betroffenen Gewerkschaften, der GEW, von ver.di und der Gewerkschaft der Polizei allein, oder ist das eine Angelegenheit, die alle Gewerkschaften des DGB betrifft?

Wir müssen sagen, wie das Geld in die Einnahmeseite kommt, wie der Staat zu mehr Geld kommt, und das glaubwürdig. Ohne solch ein Steuerkonzept können wir nicht in eine politische Auseinandersetzung gehen. Diese politische Auseinandersetzung hat die große Chance, neue Bündnispartner zu gewinnen. Wir haben das in Niedersachsen mit dem DGB ganz gut geschafft und sind dabei, mit den Bürgermeistern und Landräten gemeinsam politisch zu agieren. Das sind nicht immer nur unsere Freunde und Bündnispartner. Wir haben auch weitere Chancen auf neue Bündnispartner auf dieser Strecke. Wir haben also die Chance, die gleiche gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen wie bei anderen Aktivitäten, die der DGB erfolgreich gegen die Krise unternommen hat. Also, es gibt doch Elemente: solidarische Einfachsteuer mit einem Steueraufkommen wie unter Kohl vor Rot-Grün und den Steuerstreichungen, Unternehmenssteuer wie vor Rot-Grün, Erbschaftsteuer und Vermögensteuer wie in Europa üblich, und dazu die Finanztransaktionssteuer, und der Staat hätte genug Geld für all die Leistungen, die die Bürger, die die Mitglieder aller DGB-Gewerkschaften dringend gebrauchen.

Was hat Euch im DGB-Bundesvorstand daran gehindert, solch ein Konzept zu verabschieden? Die Frage müsste hier dringend beantwortet werden; denn wir brauchen eine Lösung und können darauf nicht verzichten. Der DGB hat den Mund gespitzt, aber es fehlte der Pfiff, und es fehlte die Überlegung, wie man zu einer Strategie kommt, diesen Pfiff auch in dieser Gesellschaft unüberhörbar zu machen. (Beifall)

### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Eberhard. Es kommt jetzt Monika Brandl, ver.di, Teilnehmernummer 59.

### **Monika Brandl**

Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zu einem Thema sprechen, das heute schon bei Dietmar Hexel auf der Tagesordnung war, zum DGB-Index „Gute Arbeit“. Ich denke, das ist ein sehr, sehr wichtiges Thema, gerade wo heute Arbeit auf der Tagesordnung steht, gute Arbeit und auch sichere Arbeitsverhältnisse. Zehntausende Männer und Frauen aus allen Branchen, aus allen Berufen, aus allen Tätigkeitsfeldern und aus allen Altersgruppen haben auf die Frage, was sind Eure Anforderungen an gute Arbeit, geantwortet. Die wichtigste Antwort ist, sie fordern eine Arbeit, die sinnvoll ist, sie fordern Anerkennung, Respekt und Mitbestimmung. Sie fordern eine Arbeit, die nicht psychisch und auch nicht physisch krank macht. Und sie erwarten in ihrer Arbeit Weiterbildung und ein gutes Betriebsklima. Und sie erwarten eine Arbeit, die Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

„Gute Arbeit“ ist aber vor allem Arbeit, die sicher ist und eine Lebensplanung ermöglicht. Das sind die Anforderungen der Menschen an gute Arbeit. „Gute Arbeit“ durchzusetzen, das ist, so finde ich, unsere Aufgabe, gerade in der Krise. Du hast es heute dargestellt. Ich denke, wir können auf das Thema „gute Arbeit“ nicht verzichten. Ich meine, wir müssen es noch mehr auf die Straße bringen, wir müssen es noch mehr in die Einzelgewerkschaften bringen. Wir müssen es dorthin bringen, wohin es gehört, nämlich in die Betriebe. Wir müssen in die Betriebe gehen und dort mit unseren Kolleginnen und Kollegen streiten: Was sind unsere Anforderungen an „gute Arbeit“?

Wir müssen uns auch fragen, was wir dazu tun müssen. „Gute Arbeit“ ist Zukunft für uns. Das können wir den Kolleginnen und Kollegen sagen. Für uns bedeuten Arbeit und Zukunft nicht Minijobs und Hartz IV, Kolleginnen und Kollegen. „Gute Arbeit“ bedeutet gutes Auskommen und vor allen Dingen Verzicht auf Angst um den Arbeitsplatz.

Es ist aus meiner Sicht wichtig, dass wir dieses Thema gerade jetzt in der Krise in die Betriebe geben, dass wir uns nicht zurückdrängen lassen. Ich habe es wie wahrscheinlich viele von Euch heute unterschwellig auch von Frau Merkel gehört: Es werden schwere Zeiten auf uns zukommen, es werden schwierige Tarifverhandlungen auf uns zukommen. Natürlich müssen wir die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze berücksichtigen. Gerade deshalb gilt: Kolleginnen und Kollegen: Wehret den Anfängen! Deshalb müssen wir „gute Arbeit“ in die Betriebe bringen.

Absichtserklärungen von Politikern helfen uns da nicht weiter. Da müssen wir, die Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die Personalrätinnen und Personalräte in den Betrieben dafür sorgen. „Gute Arbeit“ ist aus meiner Sicht ein zentrales Thema, das man sehr gut in Betriebsversammlungen ansprechen kann. Ich habe es selber probiert; deshalb kann ich es berichten. Wir haben es in Betriebsversammlungen gemacht, und zwar in Form von Befragungen. Wir haben die Befragungen noch in der Betriebsversammlung auswerten lassen und nach einer Pause das Ergebnis bekannt gegeben. Ihr könnt Euch gar nicht vorstellen, wie die Kolleginnen und Kollegen da mitgehen, denn das, was auf der Agenda ist, ist ja das, was sie angekreuzt haben.

Wenn man das nutzt, um mit dem Arbeitgeber vor Ort am konkreten Beispiel zu diskutieren, was Sache ist, haben wir ein ganzes Stück erreicht, weil dann die Kolleginnen und Kollegen mitgehen und sagen: Das ist es, was wir wollen. Dann haben wir gemeinsam mit den Beschäftigten und für die Beschäftigten unsere Forderungen an die Arbeitgeberseite artikuliert, was wir, die Beschäftigten, unter „guter Arbeit“ verstehen.

Ich finde, das schärft das Befinden der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb. Deshalb finde ich nun in der Krise: jetzt erst recht – wir in Bayern sagen: grad aggradd – „gute Arbeit“. Ich bitte Euch um Unterstützung, dass alle Gewerkschaften und alle Kolleginnen und Kollegen das in diesem Jahr in die Betriebe bringen. – Vielen Dank. (Beifall)

#### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Monika. – Es folgt Stephanie Odenwald, GEW, Delegiertennummer 72.

#### **Stephanie Odenwald**

Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Ich will zu zwei Punkten etwas sagen: zum Thema Ausbildung und zu der Frage, was die richtige Soziale Marktwirtschaft ist. Vor vier Jahren haben wir beschlossen, dass der DGB eine Kampagne „Ausbildung für alle“ und „Grundrecht für Ausbildung“ macht. Da ist auch sehr viel gelaufen. Das ist eine tolle Sache; das ist im Rechenschaftsbericht nachzulesen.

Ingrid Sehrbrock hat schon darauf hingewiesen: Die Petition, die vor zwei Jahren vor dem Bundestag abgegeben wurde, schmort seit zwei Jahren in der Schublade. Es wird höchste Zeit, dass sich da etwas tut. Am Mittwoch nächster Woche wird eine Schülerdelegation aus Hessen – von der hessischen Landesschülervertretung – zu den Parteien gehen und Gespräche führen. Ich finde es dringend nötig, dass der DGB seine Kanäle nochmals nutzt, um die Sache voranzutreiben. Das ist meine große Bitte. (Beifall)

Was ist die richtige Soziale Marktwirtschaft? Ingrid Sehrbrock hat den Begriff mehrmals benutzt. Ich richte diese Frage aber nicht nur an sie, sondern an alle. Im Rechenschaftsbericht ist das sehr deutlich formuliert, zum Beispiel auf Seite 31: „Der Kapitalismus untergräbt seine eigenen Produktionsvoraussetzungen“. Gemeint sind hier der Klimawandel und seine Folgen. Auch im Zusammenhang mit der Finanzkrise werden sehr drastisch die Auswirkungen dargelegt.

Aber ich finde, die Konsequenzen sind nicht kongruent und stark genug. Wenn man sagt, der Kapitalismus untergrabe seine eigenen Produktionsbedingungen, es folgten Finanzkrisen und so weiter, es gebe schlimme Verheerungen in der sozialen Struktur von Gesellschaften, dann müsste man überlegen, als Gewerkschaft eine klare Alternative aufzuzeigen. Ich erinnere daran: Sogar die CDU hat nach 1945 im Ahlener Programm gesagt: Der Kapitalismus hat sich diskreditiert, wir brauchen eine andere gesellschaftliche Regulierung.

Meines Erachtens hat auch der Kapitalismuskongress keine sehr klare Position hervorgebracht. Soziale Marktwirtschaft steht als Begriff für den Kapitalismus der Nachkriegszeit. Marktwirtschaft ist so etwas wie der Wurzelbaum, wie der Ästebaum. Zur Wirtschaft gehören Markt, Produktion und Konsumtion.

Ich finde, wir müssen auch beim DGB hier zu einer anderen Begrifflichkeit finden. Wir müssen das auf dem nächsten Kapitalismuskongress noch einmal sehr deutlich und klar diskutieren. (Beifall)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke schön, Stephanie. – Es folgt Angelika Spautz, ver.di, Delegiertennummer 373. – Bitte schön.

**Angelika Spautz**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ingrid Sehrbrock hat darauf aufmerksam gemacht, dass immer mehr Frauen zu Familien-ernährerinnen werden. Wenn ich mir den Geschäftsbericht anschau, finde ich in der Chronik Einträge wie: 16. März 2006: erstmaliger bundesweiter Streik von Klinikärzten; 3. Mai 2006: Angela Merkel trifft George Bush; Mai 2009: 60. Parteitag der FDP.

Was ich in dieser Chronik nicht finde, ist der größte Streik, den es im Sozial- und Erziehungsdienst 2009 für alle Beschäftigten in den Kindertagesstätten, in den Jugendämtern, in den Jugendfreizeitstätten, in den allgemeinen Sozialdiensten von denjenigen gegeben hat, die teilweise in sehr prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten. (Beifall) Dort sind sehr viele Frauen beschäftigt, die für ihre Arbeitsbedingungen auf die Straße gegangen sind und einen Tarifabschluss mit einem Gesundheitsschutztarifvertrag erreicht haben. Zum Teil konnten sie auch ihre Entgeltforderungen durchsetzen.

Das ist in der Chronik leider nicht aufgeführt. Lediglich auf den Seiten 78/79 gibt es eine kurze Darstellung. Wenn ich eine Chronik anfertige, die viele Leute kurz durchblättern, ist, denke ich, ein solcher Streik wichtig, der von einer öffentlichkeitswirksamen Diskussion begleitet war. Endlich konnten sich diese Berufsgruppen in die Öffentlichkeit bringen. Wir hatten eine gute Resonanz, wir haben ein gutes Ergebnis erreicht. Das ist meines Erachtens wert, im Geschäftsbericht ein bisschen ausführlicher benannt zu werden. – Danke schön. (Beifall)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Angelika. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Wir schlagen verfahrensmäßig vor, dass jetzt die GBV-Mitglieder die Möglichkeit erhalten, die gestellten Fragen zu beantworten. Wir schlagen vor, dies in umgekehrter Reihenfolge zu tun. – Der GBV berät sich noch kurz. – Sie nehmen unseren Vorschlag an. Danke.

Dann kommt also jetzt die Beantwortung in umgekehrter Reihenfolge. Das heißt, als Erstes spricht Claus Matecki, dann kommen Annelie Buntenbach, dann Dietmar Hexel, dann Ingrid Sehrbrock und zum Abschluss Michael Sommer. – Claus Matecki beginnt. Du hast das Wort, Claus.

**Claus Matecki, Mitglied des DGB-Bundesvorstands**

Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns so verabredet, dass ich zu dem Teil etwas sage, zu dem ich konkret angesprochen worden bin. Der Michael wird einen Teil der Fragen, die sich in unserem Zuständigkeitsbereich überschneiden haben, beantworten.

Otto König hat gefragt: Wie sieht das eigentlich aus, warum gibt es keine konkreteren Vorschläge zu Griechenland? Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich bin deutlich darauf eingegangen, wie wir die Situation in Griechenland bewerten, auch darauf, wie wir die Situation der Bundesregierung bewerten. Ich will das aber noch mit zwei, drei Sätzen ergänzen.

Für uns ist nicht nachvollziehbar und auch unverständlich, dass private Banken bei der EZB zu 1 Prozent Kredite bekommen, die sie anschließend, je nach Lage, entweder an die Realwirtschaft weitergeben oder damit weiter spekulieren, dass aber Staaten, die in Schwierigkeiten gekommen sind, für die wir eine gemeinsame Verantwortung in der Europäischen Union haben, beispielsweise nicht zu den gleichen Konditionen Kredite bekommen können. So bekommt Griechenland eine Zeit lang Kredite mit einem Zinssatz von über 10 Prozent. Das macht den griechischen Staat, das macht auch den griechischen Kollegen das Leben besonders schwer.

Ich war am 5. Mai bei unseren Kolleginnen und Kollegen in Griechenland; zwei Kollegen der dortigen Gewerkschaft sind heute auch hier anwesend. Ich habe dort auf der Streikveranstaltung gesprochen. Und die Kollegen haben mir gesagt: „Unser Problem ist zweigeteilt. Das eine ist das, was wir in den letzten Jahren strukturell selber verursacht haben.“ Heute ist an einer Stelle gesagt worden: „Wir können uns gar nicht vorstellen, dass das nicht bekannt gewesen ist.“ Das kann ich mir auch nicht vorstellen. Denn wenn man sich anguckt, wie beispielsweise Goldman Sachs gehandelt hat, dann haben die den Teil aufgegriffen, haben den noch mal verbrieft, haben den anschließend über Kreditausfallversicherungen - CDS - abgesichert und haben damit doppeltes Geld gemacht.

Es geht doch darum: Natürlich sind die griechischen Kollegen bereit, den Teil, der in ihrem Land durch andere Regierungen, durch Vorgängerregierungen, verursacht worden ist, selber zu regeln. Aber wenn man beispielsweise Kredite zu zweistelligen Zinssätzen bekommt, dann ist das kaum abzutragen. Zu dem Teil haben wir etwas angemerkt.

Otto, ich weiß, dass die IG Metall eine Resolution zu Griechenland verabschiedet hat; die ist im Wesentlichen inhaltlich deckungsgleich auch mit der Resolution, die der DGB-Bundesvorstand verabschiedet hat. Wir als GBV oder als DGB-Bundesvorstand sind nicht in der Lage, einen Initiativantrag zur Situation in Griechenland einzubringen. Das können nur die Gewerkschaften und die Delegierten selber. Aber möglicherweise gibt es ja einen solchen Antrag.

Ich glaube also, Otto, dass wir in der Einschätzung gar nicht auseinander liegen. Ich denke auch, dass der Kongress da nicht auseinander liegt, sondern dass wir in dem Bemühen, dass nicht weiter Sozialabbau zu Lasten unserer griechischen Kolleginnen und Kollegen geht, einer Meinung sind. – Vielen Dank.

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Claus. – Annelie, bitte.

**Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstands**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will anfangen mit dem Punkt „Seniorenpolitik“. Ich glaube, hier ist seit dem letzten Kongress eine Menge passiert. Da gibt es inzwischen seniorenpolitische Eckpunkte, die gemeinsam erarbeitet worden sind. Jetzt geht es darum, das, was in diesen Eckpunkten steht, worauf wir uns gemeinsam geeinigt haben, auch wirklich umzusetzen, und zwar gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren, die sich da aktiv einmischen und dafür die nötige – das füge ich ausdrücklich hinzu – hauptamtliche Unterstützung erhalten. Die braucht man nämlich, wenn man in den Strukturen arbeiten will und wenn man die Strukturen vor Ort aufbauen will. Diese Unterstützung braucht man im Bezirk, und die braucht man auch von Seiten der Bundesvorstandsverwaltung.

Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ihr Seniorenarbeit macht, Ihr seid mit der Satzung noch nicht ganz zufrieden. Aber durch Eure Argumente und Eure Einmischung hat sich im Laufe des Diskussionsprozesses durchaus einiges verändert. Ich plädiere dafür, dass wir die Chancen, die darin stecken, auch wirklich nutzen.

Ich freue mich sehr über das Engagement der Seniorinnen und Senioren; darauf können wir auf gar keinen Fall verzichten. Ich will dazu ein Beispiel nennen. Ich habe das im Bauhandwerk erlebt, wo es darum ging, auf vielen kleinen Baustellen für die Einstellung der Arbeit zu sorgen. Da waren auch Senioren und Seniorinnen vor Ort, Senioren haben sich eingemischt, haben die Kollegen ins Gespräch verwickelt und von der Arbeit abgehalten. Sie, die den Streik unterstützt haben, haben sich dann natürlich auch nicht einschüchtern lassen, wenn der Inhaber kam und sagte „weg da!“ Von daher war das wirklich eine große Unterstützung.

Von solchen Möglichkeiten gibt es, glaube ich, eine ganze Menge, die wir miteinander entwickeln und auch ausprobieren können. Ihr habt dazu viele Ideen, das weiß ich. Ich glaube, und dabei bleibe ich auch, lautstarke und aktive Senioren tun uns im DGB sehr gut. Deshalb bitte ich Euch, in diesem Sinne weiterzumachen. (Leichter Beifall)

Ich will noch einen Punkt ansprechen: Angleichung des Rentenrechts Ost/West. Ich will mich vor dem Thema nicht drücken, obwohl das ein schwieriges Kapitel ist; denn da gibt es eben den Dachverband – diejenigen, die an dem Thema schon etwas länger dran sind, wissen das auch – und einfach schlicht unterschiedliche Positionen der Mitgliedsgewerkschaften. Daher haben wir versucht, eine gemeinsame Grundlage zu formulieren, die wir als DGB gemeinsam tragen können. Dazu gehört, dass DGB und Gewerkschaften gemeinsam für eine abschließende Regelung eintreten. Es kann nicht sein, dass wir auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit immer noch zwei getrennte Rechtskreise haben, die auch dauerhaft weiter so bleiben sollen, sondern wir müssen hier verlässliche Perspektiven für eine Angleichung haben. Das heißt nicht die Angleichung heute, das heißt auch nicht die Angleichung morgen, aber es muss endlich eine Entscheidung darüber gefällt werden, wie denn diese beiden voneinander getrennten Rechtskreise angepasst werden sollen. Sonst kriegen wir die Unruhe da nie raus.

Die Koalition hat sich zwar auf die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts verpflichtet, aber ich glaube, wir als Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass eben nicht eine Regelung zum Nulltarif geschaffen wird, die den Rentnerinnen und Rentnern nichts bringt und die den jüngeren Versicherten in Ostdeutschland auch noch zusätzlich Einbußen einbrockt. Denn wenn die Hochwertung der Einkommen, die in den ostdeutschen Ländern erzielt werden, jetzt wegfällt, dann sind die Leute noch sicherer im Alter auf die Grundsicherung angewiesen. Und genau das darf nicht passieren. Deswegen müssen wir gemeinsam darum kämpfen, dass es bei dieser Anpassung eben keine Scheinlösung zu Lasten der Rentner und Rentnerinnen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt.

Da will ich noch auf eines hinweisen. Gerade in Ostdeutschland ist die Gefahr der Altersarmut besonders hoch. Wir wissen alle: Lange Zeiten von Arbeitslosigkeit prägen dort viele Erwerbsbiografien, der Niedriglohnbereich ist groß. Und das wird in

Zukunft dazu führen, dass viele, die in Zukunft in Rente gehen, in die Grundsicherung abgedrängt werden. Deshalb ist es gerade für Ostdeutschland so zentral, dass wir mit unseren Forderungen zur Bekämpfung der Altersarmut Erfolg haben, das heißt, Reformen am Arbeitsmarkt und in der Rente, zum Beispiel die bessere Absicherung von Langzeitarbeitslosen, zum Beispiel die Rente nach Mindesteinkommen, bessere Absicherung auch im Fall von Erwerbsminderung. Ich denke, das sind ganz entscheidende Dinge, die wir in diese Diskussion über die Ost-West-Angleichung immer wieder einbringen müssen, denn hier haben wir auch ein gemeinsames Interesse. Rente muss einfach zum Leben reichen.

Das Thema „Keine Rente mit 67“ ist angesprochen worden. Ihr wisst alle, dass das Rentenalter von 65 kaum jemand aus Arbeit erreicht. Es ist so, dass jetzt schon nicht mal jeder Zehnte bis zum Alter von 65 arbeitet, geschweige denn bis zum Alter von 67. Wir sind uns darüber einig: Diese Entscheidung für die Rente mit 67 ist ein fataler Fehler. Die Rente mit 67 muss vom Tisch. Wir haben für den Herbst auch schon eine Reihe von Aktionen und Aktivitäten besprochen und vorbereitet. Wir werden auf dem Kongress auch weiter miteinander darüber diskutieren. Im Herbst kommt nämlich der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung auf den Tisch, und vorher werden wir unsere Anforderung an diese Überprüfung in der großen Konferenz gerade mit Praktikern und Praktikerinnen aus dem Betrieb formulieren, um da Druck für unsere Forderungen zu machen. Ich denke, wir werden im Laufe des Kongresses noch Gelegenheit haben, weiter darüber zu diskutieren, wie wir damit umgehen. Aber Ihr könnt sicher sein: Da bleiben wir am Ball, und da werden wir die Bundesregierung ganz bestimmt nicht alleine lassen mit ihrer Überprüfung, sondern da werden wir wirklich Druck machen.

Auch dieses ist vorhin noch mal angesprochen worden: Im Kampf für die Alterssicherung, für eine Rente, von der man leben kann, setze ich auf das Engagement der Jugend und auf das Engagement der Senioren und Seniorinnen; denn ich glaube, dass das nur mit Alt und Jung gemeinsam geht. Die Kürzungen heute, die Nullrunden, mit denen die Rentnerinnen und Rentner immer weiter abgehängt werden von der Wohlstandsentwicklung, gehen ja zu Lasten der Jüngeren, die, wenn sie dann später mal auf Rente angewiesen sind, keine mehr bekommen, die überhaupt noch über der Grundsicherung liegt.

Es geht darum, dass sich Alt und Jung gemeinsam aufstellen und gegen Altersarmut kämpfen.

Das ist ein Verteilungskonflikt. Gar keine Frage. Aber das ist nicht der Konflikt zwischen den Generationen, den sie uns immer einreden wollen. Vielmehr ist es der zwischen Arm und Reich. Wenn sich Alt und Jung gegeneinander in die Schützengräben schicken lassen, dann kann ich das, was der Kollege vorhin gesagt hat, nur unterstützen: Dann haben wirklich alle verloren.

Was wir in der sozialen Sicherung brauchen, ist der gemeinsame Kampf für mehr Solidarität, und in diese Solidarität gehören Alte und Junge, aber auch all diejenigen müssen in die Pflicht genommen werden, die die dicken Geldbeutel haben. – Danke schön. (Beifall)

#### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Annelie. – Es folgt Dietmar Hexel.

#### **Dietmar Hexel, Mitglied des DGB-Bundesvorstands**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gabriele Landen, Betriebsratsvorsitzende der REWE Touristik, hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass wir mit dem Veranstalter, über den Ihr die Fahrkarten gebucht habt, BCD Travel, vielleicht ein Problem haben.

Ich habe mich gerade informiert. Als wir mit der Firma vor vielen Jahren einen Vertrag geschlossen haben, hatte sie einen Tarifvertrag. Jetzt höre ich, dass sie keinen mehr hat. Wir werden jetzt nicht direkt die Firma wechseln, aber wir werden es zum Anlass nehmen, diese dazu zu bringen, mit ver.di einen Tarifvertrag abzuschließen. Das wäre der erste Schritt. (Beifall) Wenn sie das nicht macht, dann müssen wir sehen, ob es eine andere Lösung gibt. So werden wir verfahren.

Ich sage allerdings auch ganz ehrlich: In anderen Bereichen wird es bei einigen immer schwieriger; Franz-Josef Möllenberg weiß ein Lied davon zu singen, wenn es um Hotels und Gaststätten geht. Selbst wenn es keinen Tarifvertrag gibt, schließen wir einen Vertrag ab, der absichert, dass es niemanden gibt, der zu unwürdigen Bedingungen beschäftigt wird. Ich gebe Euch ein ganz konkretes Beispiel: Der Wach- und Sicherheitsdienst, der hier tätig ist, wurde nicht von uns angeheuert, sondern vom Hotel. Das ist natürlich eine Subfirma. Aber in dem Vertrag, den wir mit dem Hotel machen, steht drin, dass diese Wach- und Sicherheitsfirma die Tarifmindestlöhne oder zumindest 7,50 Euro je Stunde zahlen muss. Das kontrollieren wir auch, damit es auf unseren Kongressen nicht zu einem Unterlaufen dieser Aktion kommt. (Beifall)

Zum Beitrag von Monika Brandl. Monika, Du hast mir aus dem Herzen gesprochen. Dazu muss ich eigentlich gar nichts mehr sagen. Darum geht es: den Index im Betrieb als betriebspolitisches Werkzeug zu nutzen. Und wenn es gut geht, dann soll

dies nicht gegen die andere Seite, sondern mit der anderen Seite laufen. Denn die will ja auch gute Arbeitsbedingungen – das hoffe ich jedenfalls – erreichen, damit die Produkte gut werden oder die Kunden zufrieden sind. Ich kann Dich und alle nur ermuntern, das Instrument zu nutzen.

Ich habe vorhin aus Zeitmangel nur über das Projekt gesprochen. Ich kann noch dazusagen: Die Arbeit wird noch von einer ganz kleinen Gesellschaft mit 2,8 Beschäftigten geleistet. Wir kämpfen natürlich noch ums Überleben, und überleben kann dieses gute Produkt nur, wenn es in den Betrieben genutzt wird. Es muss natürlich auch bezahlt werden. Aber ich kann Euch – und die Unternehmensleitungen auf jeden Fall – beruhigen: Wir sind nicht einmal annähernd so teuer wie andere Unternehmen, die große Broschüren machen und vorgeben, etwas zu messen. Wir messen wissenschaftlich, exakt, vergleichbar und zu Kosten, für die andere Firmen nicht einmal aufstehen würden. Also, nutzt das Instrument, und baut es in Eure Betriebspolitik ein. Im Aufsichtsrat diskutieren wir schon länger darüber, wie wir es mehr befeuern. Insbesondere Hans-Jürgen Urban, Edeltraud Glänzer und Claus-Harald Güster sind ebenso wie Lothar Schröder dabei, es zu verankern.

Du hast es schon gesagt: In der Krise geht es insbesondere um den Sinn, den Nutzen, die Anerkennung und den Respekt der Menschen.

Wer eine Frage dazu hat, kann sich am Stand draußen darüber informieren. Ralf Stuth, der Geschäftsführer der DGB-Index Gute Arbeit GmbH, gibt gerne Antworten, und ich würde mich freuen, wenn es in diesem Jahr gelänge, weitere Unternehmen und Firmen in dieses Projekt hineinzuführen. Ihr könnt als Betriebsrat auch damit werben. Es muss auch nicht immer „DGB-Index“ drüberstehen. Es kann auch „DGB-Index Konzern sowieso“ oder „DGB-Index Betrieb sowieso“ drüberstehen. Macht es doch zu Eurem Instrument. Wichtig ist, dass sich die Menschen mit ihren eigenen Arbeitsvorstellungen und eigenen Arbeitszielen beschäftigen und dass das Management gezwungen wird, sich an diesen konkreten und fairen Zielen zu messen und die Arbeitsbedingungen dort zu verbessern, wo sie noch nicht gut genug sind. – Vielen Dank. (Beifall)

#### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Dietmar. – Bevor Ingrid Sehrbrock das Wort erhält, darf ich noch einen organisatorischen Hinweis geben. Die Busse, die um 19 Uhr in Richtung DGB-Bezirksveranstaltungen abfahren sollten, sind natürlich noch nicht abgefahren. Wir haben organisiert, dass diese warten. So sind wir. (Heiterkeit) Verlasst also bitte nicht panikartig den Kongress. Die Busse warten, und wir geben je nach Kongressende eine konkrete Uhrzeit bekannt, wann die Busse losfahren. – Vielen Dank.

Ingrid, Du hast nun das Wort. Bitte.

#### **Ingrid Sehrbrock, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr seht, bei uns ist alles durchorganisiert, und flexibel sind wir auch. Wir haben alles im Griff.

Jetzt aber zu den inhaltlichen Punkten, die angesprochen worden sind. – Ich will nur ganz kurz auf den Kollegen Eberhard Brandt zu sprechen kommen, der gemeint hat, ich hätte gesagt, die 13 Milliarden Euro für Bildungsinvestitionen seien sicher. Nein, Eberhard, das hatte ich gerade nicht gesagt. Ich hatte gesagt: Die sind verabredet. – Wir haben aber schon festgestellt, dass Koch und seine Ministerin Lautenschläger genau diese 13 Milliarden Euro infrage gestellt haben. Und auch andere werden diese 13 Milliarden Euro infrage stellen. Deshalb ist es meiner Meinung nach unsere Aufgabe, sicherzustellen, dass es bei diesen 13 Milliarden Euro bleibt, und Ihr könnt davon ausgehen, dass wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür einsetzen werden, dass es dabei bleibt und dass diese Verabredung nicht wieder aufgebrochen wird. Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen diese Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Wir haben in der Vergangenheit in die Infrastrukturen der Straßen, der Autobahnen und der Eisenbahn investiert, und jetzt ist die Bildung dran. (Vereinzelt Beifall)

Stephanie Odenwald hat noch einmal auf die Petition im Rahmen der Kampagne „Ausbildung für alle“ aufmerksam gemacht; ich hatte sie auch angesprochen. Wir haben als DGB, Stephanie, noch einmal die Bildungspolitiker und die Fraktionsvorsitzenden angeschrieben, dass sie dieses Thema auf die Tagesordnung setzen. Ihr könnt Euch sicher sein, dass wir noch einmal nachhaken, damit es auch tatsächlich passiert. Es ging um das Grundrecht auf Ausbildung. Ihr wisst, dass es nicht einfach ist, ein solches Grundrecht in der Verfassung zu verankern. Es wäre für uns aber eine gute Gelegenheit, um unsere Position zur Ausbildungssituation deutlich zu machen und diesem Thema das entsprechende Gewicht zu verleihen. Wir hoffen, dass diese Petition in einer Anhörung noch einmal aufgegriffen wird.

Stephanie Odenwald hat darüber hinaus den Kapitalismuskongress und das Thema einer vernünftigen Sozialen Marktwirtschaft angesprochen. Auch ich finde, Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns dieser Frage stellen müssen. Wir müssen wissen und miteinander darüber diskutieren, wohin die Reise gehen soll, und das gilt sowohl in Bezug auf das Wirtschaftssy-

stem als auch auf die Gesellschaft. Stephanie hat ein Programm von 1947 angesprochen. Da steht drin, dass die Vergesellschaftung der Produktionsmittel beabsichtigt ist. Das hat nicht so lange gehalten. 1949 stand schon etwas anderes im CDU-Programm. Ich meine aber, dass wir darüber reden müssen, was wir wollen. Dass Michael das Thema vor dem Kongress nicht losgetreten hat, ist auch verständlich. Ich glaube, dass es unter uns dazu ein breites Spektrum an Meinungen gibt, aber wir müssen uns dieser Frage stellen.

Ich bin deshalb auch froh, dass sich die DGB-Jugend – auch etwas angeschoben von mir – ein bisschen mit der Frage beschäftigt: Wie wollen wir leben? – Mit dieser Frage muss sich gerade die junge Generation beschäftigen. Die Jungen sind schließlich diejenigen, die den Laden einmal übernehmen müssen, und sie müssen auch wissen, wohin die Reise gehen soll. Deshalb freue ich mich, dass die Jugend das Thema aufgegriffen hat. (Vereinzelt Beifall)

Letztes Thema. Angelika Spautz hat, wie ich finde, zu Recht kritisiert, dass wir den Streik der Erzieherinnen nicht in die Chronik aufgenommen haben. Es ist klar: Das gehört da rein. Es gehört auch rein, weil dieser Streik eine symbolische Bedeutung hatte. Es ging nämlich nicht nur um die Erzieherinnen als solche, sondern auch ein Stück weit um die Aufwertung der Arbeit, die Frauen leisten. (Vereinzelt Beifall) Das ist eine ganz wichtige Sache gewesen. Noch einmal herzlichen Glückwunsch zu Eurem Erfolg.

Allerletzter Punkt. Draußen werden Projekte vorgestellt. Drei Projekte zu Frauen möchte ich an dieser Stelle nennen. Erstens geht es um den Equal Pay Day, zweitens um die ESF-Initiative zur Gleichstellung der Frauen in der Wirtschaft – wer Interesse daran hat, kann sich informieren; es gibt ziemlich viel Geld in den Betrieben, das sinnvoll eingesetzt werden kann –, und drittens erwarten die Hebammen unsere Unterstützung. Sie sind zwar Selbstständige, aber sie kommen im Moment in die Bredouille, Kolleginnen und Kollegen. Sie verdienen so viel wie Friseure. Sie haben aber eine erheblich höhere Verantwortung. Sie werden gerade durch Haftpflichtversicherungen in große Schwierigkeiten getrieben. Deshalb, denke ich, sind sie auch die Unterstützung wert.

Es gibt das alles an dem Projektstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das nur als kleine Anregung, um sich noch einmal mit den Fragen, die ich angesprochen habe, zu beschäftigen. – Das war's. Danke. (Beifall)

#### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Ingrid. – Zum Abschluss folgt jetzt Michael Sommer. Michael, bitte.

#### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Kolleginnen und Kollegen! Ich will sozusagen als Letzter noch einmal über die Diskussionsbeiträge gehen. Was nicht beantwortet ist, beantworte ich. Ich nehme erst mal die beiden Diskussionsbeiträge aus dem Bereich der Senioren.

Zunächst nehme ich die Kritik an, Horst. Es ist in Ordnung, dass Ihr das gemacht habt. Wir haben diesen regelmäßigen Seniorenarbeitskreis gehabt. Er ist von Annelie Buntenbach betreut worden. Ich nehme die Kritik an und kann nur Besserung geloben. Ich schlage ausdrücklich vor, dass wir uns noch in diesem Jahr treffen. Mindestens einmal im Jahr muss drin sein. Wenn wir uns in diesem Jahr treffen, lautet mein Vorschlag, dass wir uns dann sehr konkret über die Fragen der Bedingungen der Seniorenarbeit im DGB unter den Bedingungen einer neuen Satzung unterhalten; denn in dem Zusammenhang hat mich das Thema sehr intensiv berührt. Das will ich schon sagen.

Wir haben miteinander bei den Eckpunkten sehr darum gerungen, wie man Seniorenarbeit in den Gewerkschaften und im DGB miteinander koordinieren kann, und sind zum Schluss zu dem Punkt gekommen, dass wir gesagt haben: Dort, wo Seniorenarbeit hauptsächlich stattfindet, soll sie sich auch vor Ort und in den Bezirken in entsprechender Vorstandsarbeit niederschlagen. Das ist der eine Teil.

Nichtsdestotrotz: Die Kritik ist berechtigt. Ich nehme sie an, auf und ernst. Mehr kann ich jetzt nicht tun.

Der zweite Punkt betrifft das, wofür ich mich ausdrücklich auch entschuldigen will. Ich trage zum Schluss auch für den schriftlichen Geschäftsbericht die Verantwortung. Dass die sowohl von der Kollegin von ver.di als auch die von der anderen Kollegin genannten Arbeitskämpfe in der Chronik nicht erscheinen, ist nicht richtig. Das darf nicht sein. Das ist ein Punkt, für den man sich entschuldigen muss. Das ist mir unter anderem deshalb nicht aufgefallen, sage ich ganz offen, weil ich zum Beispiel bei dem damaligen Arbeitskampf in Niedersachsen der IG Bau im Auftrag des DGB-Bundesvorstandes und in Abstimmung mit Klaus Wiesehügel ausdrücklich in Hannover war und ich damals unter anderem die Rolle hatte – das darf man ja heute sagen –, vor den streikenden Kolleginnen und Kollegen, die von ihren Arbeitgebern ausgehungert werden sollten, deutlich zu machen: Kolleginnen und Kollegen, lasst Euch nicht ins Boxhorn jagen; der Solidaritätsfonds des DGB steht für

Euren Arbeitskampf mit zur Verfügung. Und die haben übrigens dann auch gezahlt. Sie haben, was den Solidaritätsfonds für diesen Streik betrifft, mitgezahlt. In der Hauptsache hatte es vor allen Dingen natürlich die IG Bau getan. (Beifall)

Aber ich will an der Stelle deutlich machen: Es hat diese Solidarität im DGB gegeben; es gibt diese Solidarität im DGB – und wir organisieren sie. Das betrifft auch das Gebäudereinigerhandwerk, wo wir ja im Winter diese Streikaktion hatten. Ich erinnere mich an eine Aktion in Frankfurt auch im Zusammenhang mit der IG Metall und Ähnliches mehr. Ich selber habe in Berlin an der Aktion teilgenommen. Es war und bleibt für uns ein wichtiger Streik.

Ich will an dieser Stelle nur eines sagen, damit wir uns nicht missverstehen: Eine gewerkschaftliche Chronik dieser Art im schriftlichen Geschäftsbericht muss die Aufgabe haben, das Gewerkschaftsleben widerzuspiegeln, und zwar generell, und nicht die Frage, welche weltpolitischen Ereignisse es sonst noch gibt. Dafür gibt es andere Nachschlagewerke.

Wir nehmen uns das zu Herzen. Ich werde mit meinen Kolleginnen und Kollegen prüfen, ob wir möglicherweise im Zusammenhang mit der Anlage zum Protokoll dieses Kongresses noch eine Nacharbeit machen. Das darf sich nicht wiederholen. Punkt, Ende. Wir nehmen die Kritik einfach an. (Starker Beifall)

Und zur Bedeutung des Streiks bei den Erzieherinnen und Erziehern hat Ingrid etwas gesagt.

Ich möchte etwas zum Diskussionsbeitrag von Otto König sagen. Otto, die Frage, die Du aufgeworfen hast, wird uns, glaube ich, mindestens die ganze Woche auf diesem Kongress begleiten. Sie wird uns begleiten müssen, weil wir alle wissen: Die Krise ist nicht vorbei. Und auch weil wir alle wissen: Wir müssen Antworten darauf finden, dass sich jetzt in der nächsten Phase der Krise die Frage, wer zahlt die Zeche, sehr viel deutlicher stellt. Und dass diese Frage gestellt wird – auch von der anderen Seite angezettelt –, beweisen Dinge wie der Soloauftritt von Ackermann, der versuchte, uns als Spitzenbanker mal die Weltwirtschaft zu erklären – und der uns anschließend auch erklären wird, wer dann dafür zu zahlen hat, dass die gezockt haben.

Und wir werden diese Frage in allen möglichen Facetten stellen. Das Problem ist nur – und dafür bitte ich auch um Verständnis; auch mich erreichen ja ab und zu Mails nach dem Motto: Jetzt müsst ihr endlich auf dem DGB-Kongress Aktionen beschließen –: Der DGB führt und koordiniert Aktivitäten der Gewerkschaften zusammen, leitet sie ein, bespricht sie miteinander. Wir sind nur dann wirklich wirkungsvoll, wenn wir das auch gemeinsam tun.

Ich bitte Euch sehr, in den weiteren Diskussionen – ob das meinetwegen morgen zum Grundsatzreferat oder zu den Leitartikeln ist – umzudenken, gegenzudenken –, wie wir nicht nur analysieren, sondern wie wir weiterkommen.

Ich gestatte mir allerdings einen Hinweis, Otto. Es gibt mindestens noch ein weiteres Feld der politischen Auseinandersetzung, das Gewerkschaften mitbestimmen können und müssen und übrigens auch bestimmen. Das ist die Frage: Wenn es unmittelbar um die Auswirkungen auf die betriebliche Wirklichkeit unserer Kolleginnen und Kollegen geht, ist die entscheidende Ebene der Antwort: auch der Betrieb.

Ich habe heute bei der Begrüßung von Herrn Dr. Hundt sehr bewusst darauf hingewiesen, dass wir sehr wohl sehen, dass überall dort, wo die Firmen aus der Kurzarbeit herausgehen, indem sie jetzt wieder anfangen, ein bisschen Beschäftigung aufzubauen, sie wieder in die alte Masche verfallen, wieder nur prekäre Beschäftigung anbieten, wieder nur Leiharbeit machen. Dort liegen Handlungs- und Aktionsfelder. Es gibt eben nicht nur die Straße, Kolleginnen und Kollegen. Unsere Handlungsmöglichkeiten sind sehr, sehr vielfältig. Wir sollten uns in den nächsten Tagen möglicherweise die Zeit und die Gelegenheit nehmen, darüber zu diskutieren, wie wir gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Kollegen nicht unter den Schlitten geraten, sondern dass die Krise tatsächlich etwas gerechter verteilt wird. (Starker Beifall)

Dabei glaube ich, dass wir so weit in der Analyse gar nicht auseinander sind; übrigens auch nicht in der Analyse dessen, vor welcher Gefährdung wir stehen. Wir wissen, dass politisch in den vergangenen Monaten vieles storniert worden ist. Wir wissen doch auch, dass vieles einfach mal ausgesprochen, aber aus taktischen Gründen wieder zurückgeführt wurde. Ich meine, die Sprachlosigkeit, die neuerdings Herrn Dr. Westerwelle befällt, ist ja eigentlich nicht sein Wesensmerkmal. (Heiterkeit)

Wir wissen doch, dass vieles vom Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb nie zu Ende diskutiert und zu Ende verhandelt worden ist, dass mal die Kanzlerin sagt, ja, es gibt mit mir keine Steuererleichterungen mehr, aber uns heute Morgen erklärt: Aber bei der Schuldenbremse bleibt es auch. Es stellt sich doch dann sofort die Frage – die müssen wir uns doch logischerweise stellen –: Was folgt denn daraus? Und wie soll dann verteilt werden?

Wenn Klaus Wowereit völlig zu Recht darauf hinweist, wie die Finanznot der Kommunen aussieht, und auf Petra Roth verweist, Kolleginnen und Kollegen, dann wissen wir doch, dass wir eine Aufgabe haben, insgesamt über ein Konzept nachzudenken.

In dem Zusammenhang möchte ich noch etwas zu dem Diskussionsbeitrag des Kollegen Brandt sagen. Er legt den Finger in eine wirklich schwere Wunde. Ich will es mir damit nicht einfach machen. Ich könnte jetzt darauf verweisen, dass der DGB-Bundesvorstand im vergangenen Jahr, im Jahr 2009, steuerpolitische Eckpunkte verabschiedet hat. Ich weiß aber auch, mit welchen Schwierigkeiten wir das getan haben und wie viel noch an Nacharbeit, Detailarbeit und Kleinarbeit zu tun ist.

Im Übrigen darf ich nur darauf hinweisen, dass derjenige, der über Steuern redet, bitte schön nicht den Liberalen auf den Leim gehen sollte, die im Zweifelsfall über Einkommensteuer reden; denn wenn ich über Steuer rede, rede ich auch über das Verhältnis zum Beispiel von Massensteuern und Einkommensteuern, von Belastungen und von der Besteuerung von Großunternehmen, von Reichtümern, von Erbschaften und und und. Ich rede aber auch über die Frage – und das will ich auch morgen noch mal tun –, was wir an Verschiebebahnhöfen zwischen sogenannten Sozialabgaben und Steuern und und und erlebt haben.

Deswegen ist die Erarbeitung eines solchen Gesamtkonzeptes extrem schwierig. Ich würde viel von der Kritik teilen, die auch von Dir immer mit Blick „vor Rot-Grün“ geäußert worden ist. Ich glaube nur nicht, dass wir es uns so einfach machen können, indem wir immer nur sagen: Unter Kohl war es steuerpolitisch besser. – Natürlich hatten wir auch da Ungerechtigkeiten. Natürlich hatten wir auch danach eine Entwicklung, bei der wir nicht davon ausgehen, dass wir alles rückgängig machen wollen. Das gilt zum Beispiel nicht für die Senkung des Einkommensteuersatzes, wohl aber für die Senkung des Spitzensteuersatzes. Wohl wollen wir auch die Tarifverläufe anders gestalten, da bin ich nun wieder nur bei der Einkommensteuer.

Ich plädiere nach wie vor dafür, dass wir uns miteinander Mühe geben, an der ganz schwierigen Materie eines Gesamtsteuerkonzeptes, sozusagen an der die Finanzarchitektur eines Sozialstaates, miteinander weiter zu arbeiten. Ich sage ausdrücklich, dass ein entsprechendes „Trendwende“-Projekt nicht zum abschließenden Erfolg geführt hat. Wir haben sehr viel Material gesammelt, wir haben sehr viel miteinander diskutiert, aber wir haben uns mitnichten alle zusammen auf ein Konzept verständigt, was auch daran liegt, dass die Interessenlagen unserer Kolleginnen und Kollegen auch in solchen Fragen höchst unterschiedlich sind.

Nichtsdestotrotz gebe ich Dir Recht: Wir müssen an einem solchen Konzept weiterarbeiten. Wir können nicht nur den Mund spitzen, wir müssen auch pfeifen. Das heißt auch, wir müssen solche Konzepte entwickeln. Allerdings will ich auch sagen: So völlig sprachlos sind wir nicht. Wir haben zwar kein geschlossenes Gesamtkonzept, da gebe ich Dir Recht, aber wir haben Konzepte zum Beispiel zur Frage des Spitzensteuersatzes. Wir haben uns nie damit zufriedengegeben, dass die Erbschaftsteuer so ist. Wir haben uns nie damit zufriedengegeben, dass die Vermögensteuer faktisch abgeschafft worden ist. Wir haben uns nie damit zufriedengegeben, dass letztendlich immer dann, wenn es richtig an die Kohle geht, versucht wird, die Mehrwertsteuer, also die Massensteuern, zu erhöhen und, und, und.

Deinen Beitrag nehme ich zum Anlass, ausdrücklich darum zu bitten, dass wir uns miteinander Mühe geben, diese Fragen in dem klaren Wissen weiter zu diskutieren, denn es gibt auch zwischen uns keine einfachen Antworten. Das wollte ich an der Stelle noch einmal deutlich machen, weil ich glaube, der Beitrag und die gesamte Materie haben es verdient, dass wir in diesen Fragen sehr offen und ehrlich miteinander umgehen.

Ich möchte ganz kurz noch etwas zu Stephanie sagen. Die Frage, welche Konsequenzen wir aus dieser Krise des Finanzkapitalismus ziehen, kann ja nicht mit einem Referat, mit einer Rede oder mit einem Kongress abgehandelt sein. Ich will ausdrücklich darauf verweisen, dass wir als Grundlage des DGB und damit als gemeinsame Klammer der deutschen Gewerkschaftsbewegung immer ein Grundsatzprogramm haben. In diesem Grundsatzprogramm haben wir uns ausdrücklich auf ein Ja zur Marktwirtschaft verständigt, aber nicht auf ein Ja zu einem ungezügelt Kapitalismus. Wir haben uns ausdrücklich darauf verständigt, dass wir einen Sozialstaat wollen, bestehend aus den Elementen Tarifautonomie, soziale Sicherungssysteme, Mitbestimmung und starker öffentlicher Dienst.

Wenn wir einmal darüber nachdenken, was seit der Verabschiedung dieses Grundsatzprogramms passiert ist, zum Beispiel in Bezug auf einen starken öffentlichen Dienst, dann wissen wir doch auch, dass wir, wenn wir uns noch einmal drei Tage darüber beugen, mit Sicherheit zwar programmatisch wahrscheinlich wieder zum selben Schluss kommen, dass sich aber unsere Bedingungen dafür in weiten Teilen verschlechtert haben, übrigens teilweise auch, was die Frage der Handhabung der Tarifautonomie betrifft. Wir sind in einigen Teilen wunderbar und klasse aufgestellt und haben in anderen Teilen, auch aufgrund eines schlimmen Arbeitgeberverhaltens und aufgrund von Branchenentwicklungen, große Schwierigkeiten miteinander.

Wenn wir darüber reden, bin ich der Meinung: Wir sind eine lebende Organisation, die dann auch ihre Programmatik fortentwickeln muss. Wir sind allerdings niemals eine Organisation, die sozusagen wie eine Partei entscheidet, wie man es abschließend ganz gerne hätte. Wir sind ein Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in den Fragen, und ich fordere ausdrücklich dazu auf, dass wir diese Diskussion fortführen. Das ist auch der Grund, warum ich heute die Gelegenheit genommen habe, auf eine mögliche und notwendige Fortsetzung eines Kapitalismuskongresses hinzuweisen, den man übrigens auch zusammen mit politischen Stiftungen organisieren kann, um sehr viel Sachverstand zu mobilisieren.

Aber eines ist klar: Wir dürfen die Frage, ob es Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftssystem gibt, nicht den Neoliberalen überlassen. Da müssen wir uns schon selber einmischen, und das werden wir auch tun, Kolleginnen und Kollegen. – Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

### **Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Michael, für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Danke auch an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes.

Kolleginnen und Kollegen, unter Tagesordnungspunkt 6 soll der Bundesvorstand entlastet werden. Dazu brauchen wir natürlich die Anerkennung der Mandate.

Deswegen darf ich jetzt den Tagesordnungspunkt 5 aufrufen. Es erfolgt der Bericht der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission durch ihren Sprecher. Das Wort hat der Kollege Hugo Müller, Gewerkschaft der Polizei.

### **Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, den Bericht der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission vorzutragen zu dürfen. Wir haben alle notwendigen Wahlunterlagen und alle notwendigen Meldeunterlagen in der aktuellsten Fassung zur Prüfung vorgelegt bekommen. Auf dieser Basis haben wir die Mandate der anwesenden Delegierten im Sinne der Ziffer 4.3 der Geschäfts- und Wahlordnung geprüft.

Das Prüfergebnis lautet im Wesentlichen, dass 400 Delegierte zum Kongress gemeldet wurden. Bislang haben sich 390 Delegierte persönlich am Kongresscounter eingetragen. Ich möchte an der Stelle ausdrücklich den Kolleginnen und Kollegen am Anmelde- und Wahlcounter mein Kompliment aussprechen. Ihre Arbeit war hervorragend. Ich will aber auch Euch, den Mandatsdelegierten, danke schön sagen für die Disziplin; denn es ist gelungen, dass alle 390 Delegierten, die sich angemeldet haben, auch ihre kompletten Wahlunterlagen haben. (Beifall) Ja, das ist etwas Besonderes.

Die Verteilung der Mandate richtet sich nach der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die zum Stichtag 31.12.2009 an den DGB Beiträge abgeführt haben. Insofern verteilen sich die zurzeit anwesenden 390 Delegierten auf die Einzelgewerkschaften wie folgt: 22 IG BAU, 43 IG BCE, 17 GEW, 137 IG Metall, 15 NCG, 11 GdP, 16 TRANSNET und 129 ver.di.

Ich war äußerst positiv davon überrascht, dass von den 390 anwesenden Delegierten insgesamt 168 weibliche Mandatsdelegierte sind. Damit beträgt der Frauenanteil bei diesem Kongress zurzeit 43 Prozent. (Beifall) Das ist historisch insofern, als dass beim letzten Kongress der Frauenanteil bei gerade 34 Prozent lag. Beim ersten Kongress, der hier in den Unterlagen aufgeführt ist, beim Kongress 1994, lag der Frauenanteil bei 24,7 Prozent. Das ist also fast eine Verdoppelung in 16 Jahren. Das ist eine gute und anerkennenswerte Entwicklung. (Beifall)

Die Altersstruktur der anwesenden Delegierten stellt sich so dar: 9 Prozent sind bis einschließlich 27 Jahre alt, 6 Prozent zwischen 28 und 40 Jahre, 23 Prozent zwischen 41 und 50 Jahre, 50 Prozent zwischen 51 und 60 Jahre – ich gehöre selbst dazu – und 12 Prozent über 60 Jahre. Jüngste Delegierte ist Vanessa Haas von der IG Metall mit 20 Jahren (Beifall), der älteste Delegierte ist der Kollege Horst Steiner von der Gewerkschaft ver.di mit 73 Jahren. (Beifall)

Das Durchschnittsalter aller Mandatsdelegierten liegt bei 51 Jahren. Wir konnten es sehr genau ermitteln, weil alle ihr Alter angegeben haben. (Heiterkeit)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf Grund der von der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission vorgenommenen Überprüfung im Sinne der Ziffern 4.3 und 5.2 der Geschäfts- und Wahlordnung stellt die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission fest, dass alle 390 Delegierten gültige Mandate besitzen. Daher empfehlen wir dem Kongress im Sinne der Ziffer 5.1 der Geschäfts- und Wahlordnung, diesen Delegierten die Stimmberechtigung zu erteilen. – Ich danke Euch. (Beifall)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Hugo. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit jetzt zur ersten Abstimmung, bei der wir auch die Stimmkarten benutzen. Das Präsidium empfiehlt Euch, die Empfehlung des Kollegen Müller anzunehmen und jetzt über die Gültigkeit der 390 Mandate den Anerkennungsbeschluss zu fassen. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen. Danke schön.

Damit ist die Beschlussfassung über die Gültigkeit der Mandate auch abgeschlossen. Wir kommen jetzt zur Entlastung unter dem Tagesordnungspunkt 6, Bundesvorstand. Ich darf noch mal Bertin Eichler ums Wort bitten.

**Bertin Eichler, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht ganz schnell. Ich stelle den Antrag, den Mitgliedern des geschäftsführenden Bundesvorstands Entlastung zu erteilen. (Beifall)

**Robert Feiger, Vorsitzender des Kongresses**

Vielen Dank, Bertin. Ich habe Dank vernommen vom Bundesvorstand. Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt den Antrag gehört. Wir kommen damit zur zweiten Abstimmung. Oder wird noch mal das Wort gewünscht? – Ich vermute, das ist nicht der Fall. Wer den Bundesvorstand für die Tätigkeit der letzten vier Jahre entlasten möchte, den darf ich jetzt nochmals um das Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Bundesvorstand ist einstimmig entlastet. Ich gratuliere! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir unser tagesordnungsmäßig vorgenes Penum erfüllt. Bitte erlaubt mir zum Abschluss noch einige wichtige organisatorische Hinweise, damit mit Essen, Busfahrten und so weiter auch alles klappt.

Zuerst Unterlagen, persönliche Gegenstände: Nicht mehr benötigte Unterlagen können auf den Boden gelegt werden. Diese werden dann hoffentlich fachgerecht und getrennt entsorgt. Unterlagen, die Ihr behalten möchtet, müssen auf dem Tisch verbleiben, weil sie ja sonst entsorgt werden, wenn sie auf dem Boden liegen. (Heiterkeit)

Für persönliche Gegenstände wird logischerweise keine Haftung übernommen. Diese bitte auch nicht auf den Boden legen und auch nicht über Nacht im Raum lassen. Der Saal wird nicht abgesperrt.

Dann noch die Hinweise zum Abendessen. Das Abendessen für diejenigen, die das Essen im Hotel einnehmen möchten, beginnt ab 20 Uhr in der Orangerie im Hotelfoyer. Dazu gibt es Gutscheine an der Wortmeldestelle. Die Essensausgabe erfolgt nur gegen Abgabe dieses Gutscheins.

Dann darf ich noch darauf hinweisen, dass an den hinteren Ausgängen jeweils am Ende des Kongresstages verschiedene Unterlagen ausgeteilt werden. Bitte an jedem Tag auch die Unterlagen mitnehmen und entsprechend abholen.

So, Kolleginnen und Kollegen, dann wünsche ich uns allen einen wunderschönen Abend, schönes Feiern auf den DGB-Bezirksabenden. Für morgen weiterhin ein gutes Gelingen. In diesem Sinne darf ich den ersten Kongresstag schließen. (Zurufe) – Oh, Verzeihung, ich habe etwas vergessen. Danke.

Die Busabfahrten. Wir haben vereinbart, dass mit Unterbrechung des Kongresses in 15 Minuten die Busse bereitstehen und abfahren, sodass Ihr jetzt eine Viertelstunde Zeit habt.

Ich darf mich recht herzlich bedanken für die disziplinierte und kooperative Zusammenarbeit. Der Kongress ist unterbrochen. Schönen Abend. Danke schön. (Beifall)

(Ende des 1. Kongresstages: 19.26 Uhr)

•

